



STADTPARLAMENT

Politische Gemeinde Arbon

Protokoll

5. Sitzung der Legislatur 2015-2019

Dienstag, 8. Dezember 2015, 18.00 Uhr, im Seeparksaal

Vorsitz: Parlamentspräsident Heinz Gygax

Anwesend Stadtparlament: 29 Mitglieder

Entschuldigt: Hofer Philipp, CVP/EVP Beruf

Anwesend Stadtrat: Balg Andreas, FDP, Brühwiler Konrad, SVP,
Gubser Peter, SP-Gewerkschaften-Juso
Hug Patrick, CVP, Züllig Hans-Ulrich, FDP

Protokoll: Evelyne Jung, Parlamentssekretärin

Traktanden

5 / 1. Mitteilungen

5 / 2. Motion Fachkommission Verkehr
Antrag auf formeller Abschluss, Beschlussfassung

5 / 3. Botschaft betreffend Anpassung der wöchentlichen Arbeitszeit für die Angestellten
der Stadt Arbon
Antrag Parlamentsbüro, Bildung einer 5er Kommission

5 / 4. Voranschlag 2016 der Stadt Arbon
Eintreten, Detailberatung, Beschlussfassung

5 / 5. Fragerunde

5 / 6. Informationen aus dem Stadtrat

Präsident Heinz Gygax: Geschätzte Anwesende, Besucherinnen und Besucher, Parlamentsmitglieder und Stadtratsmitglieder.

ich begrüsse sie zu dieser Parlamentssitzung mit einer reichbefrachteten Traktandenliste mit dem Schwerpunkt Voranschlag 2016, bei einer finanziell angespannten Lage. Ich bitte die Parlamentssekretärin um den Namensaufruf.

Namensaufruf

Es erfolgt der Namensaufruf durch die Parlamentssekretärin Evelyne Jung.

Es sind 28 Mitglieder anwesend. Philipp Hofer, CVP/EVP hat sich entschuldigt. Er kann aus beruflichen Gründen nicht an der heutigen Sitzung teilnehmen. Die Beschlussfähigkeit ist gegeben. Das absolute Mehr beträgt 15. Im Moment ist auch Cyrill Stadler, FDP/XMV noch nicht anwesend. Wir hoffen, dass er noch etwas später zu uns stossen wird.

Da Philipp Hofer auch Büromitglied und Stimmenzähler ist, jedoch heute abwesend, müssen wir für die heutige Sitzung einen Ersatz wählen. Arturo Testa, CVP/EVP stellt sich zur Verfügung.

://: In Ersatzwahl wird Arturo Testa, CVP/EVP, einstimmig bei eigener Stimmenthaltung als Stimmenzähler für die heutige Sitzung gewählt.

Traktandenliste

Präsident Heinz Gygax: Sie haben die Traktandenliste rechtzeitig erhalten. Ich stelle diese zur Diskussion.

Die vorliegende Traktandenliste wird stillschweigend genehmigt.

1. Mitteilungen

Unterlagen

Sie haben folgende Unterlagen erhalten:

Per A-Post:

Mit Versand 1 vom 9. November 2015

- Einladung mit Traktandenliste
- Kommissionsbericht FGK, Voranschlag 2016

Mit Versand 2 vom 17. November 2015

- Neue Einladung mit Traktandenliste
- Botschaft betreffend Anpassung der wöchentlichen Arbeitszeit für die Angestellten der Stadt Arbon
- Antrag des Stadtrates zum formellen Abschluss der Motion „Schaffung einer Fachkommission Verkehr“
- Zur Information und Kenntnisnahme: Sozialhilfestatistik des Bundesamtes für Statistik

Mit Sonderversand vom 23. September 2015 haben sie erhalten:

- Voranschlag 2016 der Stadt Arbon

Per E-Mail am 11. November 2015

- Parlamentsprotokoll der 4. Sitzung vom 27. Oktober 2015

Das Protokoll der letzten Parlamentssitzung ist seit dem 28. November 2015 im Internet aufgeschaltet und ist somit genehmigt.

Mitteilungen aus dem Parlamentsbüro

Parlamentarische Vorstösse:
Es sind keine parlamentarischen Vorstösse eingegangen.

Gemäss Art. 12 Einbürgerungsreglement besteht für die Einbürgerungskommission Informationspflicht gegenüber dem Stadtparlament über zu behandelnde Gesuche und gefasste Beschlüsse.

Ich bitte Dominik Diezi, Präsident der Einbürgerungskommission, um Mitteilungen aus der Einbürgerungskommission.

Präsident Einbürgerungskommission Dominik Diezi: Die Einbürgerungskommission hat an der Sitzung vom 10. November 2015 nachfolgende Personen in das Bürgerrecht der Stadt Arbon aufgenommen:

- Bekjiri Aurora, 1998, mazedonische Staatsangehörige
- Bekjiri Laura, 1999, mazedonische Staatsangehörige
- Jasarevic Adnan, 1983, bosnisch-herzegowinischer Staatsangehöriger
Jasarevic Malik, 2008, bosnisch-herzegowinischer Staatsangehöriger
Jasarevic Ilma, 2014, bosnisch-herzegowinische Staatsangehörige
- Maden Dilan, 1998, türkische Staatsangehörige
- Siracusa Giuseppe, 1979, italienischer Staatsangehöriger
Siracusa Samantha, 1977, italienische Staatsangehörige
Siracusa Tiziano, 2008, italienischer Staatsangehöriger
Siracusa Elena, 2012, italienische Staatsangehörige

Pendenzen:

Im Moment liegen 7 pendente, behandlungsreife Gesuche von 12 Personen vor. Weitere 27 Gesuche von 60 Personen befinden sich im Vorprüfungsverfahren, im eidgenössischen Bewilligungsverfahren oder sind zurückgestellt.

Präsident Heinz Gygax: Besten Dank, Dominik Diezi, für die Informationen und der ganzen Kommission für die geleistete Arbeit.

Inzwischen ist auch Cyrill Stadler, FDP/XMV eingetroffen. Wir begrüssen ihn herzlich. Somit sind 29 Mitglieder des Stadtparlaments anwesend. Das absolute Mehr beträgt weiterhin 15.

2. Motion Fachkommission Verkehr

Antrag auf formeller Abschluss, Beschlussfassung

Sie haben den Antrag des Stadtrats für einen formellen Abschluss der Motion betreffend „Schaffung einer Fachkommission Verkehr“ vom 4. Dezember 2012 erhalten. Ich frage den Stadtrat ob er das Wort zuerst ergreifen möchte?

Stadtpräsident Andreas Balg: Es wird keine Wortmeldung gewünscht.

Präsident Heinz Gygax: Ich eröffne die Diskussion.

Felix Heller, SP-Gewerkschaften-Juso: Wir sind im dritten Akt des Trauerspiels um die Fachkommission Verkehr angekommen. Das Theaterstück ist schnell erzählt und leider äusserst langweilig: Im ersten Akt präsentiert der Stadtrat eine unausgewogene Kommissionsbesetzung, in welcher der Langsamverkehr schlichtweg aussen vor gelassen wurde. Der Stadtpräsident verstrickt sich dabei in Widersprüche:

Er möchte keine Parlamentarierinnen und Parlamentarier in der Kommission, da in der Fachkommission nur Fachleute sitzen dürfen, begnügt sich aber mit sich selber als Fachmann für den Langsamverkehr mit der plumpen Begründung, dass er tagtäglich Velo fahre. Das Stadtparlament weist das Geschäft mit klarem Auftrag zur Überarbeitung an den Stadtrat zurück. Vier Monate später dann im zweiten Akt, wo in einem guten Drama normalerweise Spannung aufkommt, legt uns der Stadtrat nochmals genau dieselbe Botschaft wie im ersten Akt vor. Das Stadtparlament ist verärgert und weist das Geschäft abermals zurück. Heute befinden wir uns also im dritten Akt und die Handlung bleibt flach: Der Stadtrat weigert sich stur, auch nur einen einzigen Vertreter oder eine Vertreterin des Langsamverkehrs, beispielsweise von Pro Velo Thurgau, in seine Kommission zu berufen. Damit hätte sich unsere Fraktion bereits zufrieden gegeben und es wäre doch noch zu einem Happy End gekommen. Wir haben aber genug von diesem unsäglichen Theater. Es gibt ein schönes Sprichwort, womit ich hier in leicht abgeänderter Form dem Trauerspiel einen passenden Schlussatz verpasse: „De Gschiider git noh, de Stapi blibt stoh.“

Andrea Vonlanthen, SVP: Sie kennen die Vorgeschichte. Kollege Heller hat sie noch einmal erwähnt. Vor drei Jahren wurde die Motion von Peter Gubser zur Schaffung einer Verkehrskommission in diesem Saal mit einer deutlichen Mehrheit von 23 Ja-Stimmen erheblich erklärt. Ein klarer Auftrag an den Stadtrat. Doch unsere Exekutive weigerte sich seither beharrlich, eine Kommission zu bestellen, in der auch Volksvertreterinnen und Volksvertreter aus dem Parlament vertreten sein sollen. Auch Rückweisungen an den Stadtrat brachte diesen nicht zur Einsicht.

Bei dieser Motion gab es für den Stadtrat drei Möglichkeiten:

1. Er hätte sie gemäss konkretem Motionsauftrag umsetzen und politisch wirklich ausgewogen bestellen können. Ich erinnere an eine ähnliche Situation im Grossen Rat: Hier wurde vor gut zwei Jahren eine Motion eingereicht, welche forderte, die zweite Fremdsprache auf der Primarstufe sei abzuschaffen. Der Regierungsrat wehrte sich aus materiellen und formalen Gründen dagegen, zumal er für die Lehrpläne zuständig sei. Der Grosse Rat erklärte die Motion trotzdem deutlich für erheblich. Wie reagierte der Regierungsrat? Er sagte sofort, er habe die Botschaft verstanden. Er werde den neuen Lehrplan ohne Frühfranzösisch erarbeiten. Das nenne ich eine politisch kluge Haltung.
2. Der Stadtrat hätte sich mit den Motionären und den Fraktionen zusammensetzen können, um einen fairen Kompromiss auszuhandeln.
3. Mit Verweis auf seine reglementarischen Kompetenzen konnte der Stadtrat die Wünsche des Parlaments übergehen und die Motion schlicht negieren.

Der Stadtrat hat leider den dritten Weg gewählt – den Weg der Sturheit, des Machtgehabens und der mangelnden Kompromissbereitschaft. Dieser Weg passt schlecht zum oftmals geäusserten Wunsch, man sollte die Probleme gemeinsam angehen und versuchen, vernünftige Kompromisse zu schliessen.

Die SVP-Fraktion hält das Vorgehen des Stadtrats nach wie vor für politisch unverständlich, unklug und unsensibel. Der Stadtrat leistet dem vertrauensvollen politischen Miteinander einen Bärendienst.

Erfahrene Pädagogen wissen aber, dass man niemanden zur Einsicht und zur Vernunft prügeln kann. Besser fährt man mit dem Grundsatz, den schon Felix Heller leicht abgewandelt gesagt hat „De Gschider git noh“.

Die SVP meint, es lohne sich angesichts der grossen Probleme unserer Stadt nicht, noch weitere Kräfte in diese Sache zu investieren. Sie wird sich darum dem Antrag des Stadtrats auf formelle Erledigung der Motion nicht widersetzen. Sie kann den Antrag aber auch nicht befürworten und wird sich darum der Stimme enthalten.

Claudia Zürcher, FDP/XMV: Jetzt möchte ich auch noch etwas dazu sagen. Es wird davon gesprochen, dass der Stadtrat die Wünsche und die Motion ignoriert hat. So langsam bekomme ich den Verdacht, dass man hinter der Motion bereits gewisse Personen gesehen hat. Es ist in keiner Weise in der Motion gesprochen worden, dass es ein Vertreter des Volkes sein soll, dass es ein Vertreter des Parlaments sein soll, dass es ein Vertreter des Langsamverkehrs sein soll. Die Kommission ist so zusammengesetzt: durch Andreas Balg, Patrick Hug, Herr König von der Polizei, Thomas Kugler als Transportunternehmer für den Transportverkehr, Raphael Künzler als Schulvertretung und Herr Nussbaumer, Vertreter öffentlicher Verkehr.

Ja was wünscht man denn? Wenn man so konkrete Wünsche hat, dann soll man diese bereits in der Motion kundtun. Ich finde, das wäre dann auch anständig und fair gewesen.

Roman Buff, CVP/EVP: Für mich gilt: genug ist genug. Wollen wir noch einen vierten Akt eröffnen in dieser Sache? Es ist ja offenbar nicht einmal gelungen, seit Peter Gubser, der ja Initiant dieser Motion war und jetzt im Stadtrat sitzt, dies hätte beeinflussen können, das ist ihm offenbar auch nicht gelungen. Machen wir jetzt einen Abschluss und hören auf zu diskutieren.

Präsident Heinz Gygax: Wenn keine weiteren Wortmeldungen mehr sind, kommen wir zur Abstimmung zum formellen Abschluss dieser Motion.

://: **Dem Antrag zum formellen Abschluss der Motion „Schaffung einer Fachkommission Verkehr“ vom 4. Dezember 2012 wird mit 16 Stimmen bei 13 Enthaltungen zugestimmt.**

Der Vorstoss gilt damit als erledigt und zum formellen Abschluss gebracht.

3. Botschaft betreffend Anpassung der wöchentlichen Arbeitszeit für die Angestellten der Stadt Arbon

Antrag Parlamentsbüro: Bildung einer 5er Kommission

Lukas Graf, SP-Gewerkschaften-Juso: Wir von der Fraktion SP-Gewerkschaften-Juso beantragen die Bildung einer 7er Kommission. Dies aus zwei Gründen: Einerseits denken wir, dass die Materie an sich, die Sache, ein gewisses Gewicht hat. Es geht da um eine Arbeitszeitverhöhung ohne entsprechende Lohnerhöhung. Ich denke, allein schon die Sache selbst ist eine 7er Kommission wert. Andererseits haben wir auf Ebene der Fraktionen anfangs dieser Legislatur abgemacht, dass wir die 5er Kommission nur in Ausnahmefällen einsetzen möchten, weil wir mit einer 7er Kommission die grossen drei Fraktionen, die Achter-Fraktionen, besser abbilden, weil die dann gleich viele Stimmen haben. Bei einer 5er Kommission brauchen wir einen Turnus. Ich denke, es wäre in diesem Fall sicher sinnvoll, hier eine 7er Kommission einzusetzen.

Cyrill Stadler, FDP/XMV: Wir sind mit der 7er Kommission einverstanden, möchten aber hier festhalten, dass im Papier eine Lohnerhöhung von 1,5 Prozent vorgesehen ist.

Präsident Heinz Gygax: Sind weitere Wortmeldungen? Wenn nicht, lasse ich über diesen Antrag abstimmen.

://: **Dem Antrag von Lukas Graf, SP-Gewerkschaften-Juso, wird einstimmig zugestimmt**

Für diese Kommission haben die Fraktionspräsidenten folgende Vorschläge eingereicht:

- Auer Jacob, SP-Gewerkschaften-Juso
- Bass Remo, CVP/EVP
- Gimmel Max, FDP/XMV
- Künzi Peter, FDP/XMV
- Reutlinger Uta, SP-Gewerkschaften-Juso
- Testa Arturo, CVP/EVP
- Andrea Vonlanthen, SVP

Gemäss Art. 57 Abs. 3 unseres Geschäftsreglements werden Mitglieder und Präsidenten von parlamentarischen Kommissionen offen gewählt, sofern nicht ein Parlamentsmitglied geheime Wahl verlangt. Sie können gesamthaft gewählt werden.

Ich lasse zuerst über die Kommissionszusammensetzung abstimmen.

://: **Die vorgeschlagene Kommission betreffend „Anpassung der wöchentlichen Arbeitszeit für die Angestellten der Stadt Arbon“, wird einstimmig bei eigener Stimmenthaltung gewählt.**

Wir kommen zur Wahl des Präsidiums. Zur Verfügung stellt sich Andrea Vonlanthen.

://: **Andrea Vonlanthen wird als Präsident der Kommission „Anpassung der wöchentlichen Arbeitszeit für die Angestellten“ der Stadt Arbon einstimmig bei eigener Stimmenthaltung gewählt.**

4. Botschaft „Voranschlag 2016 der Stadt Arbon“

Präsident Heinz Gygax: Wir behandeln das Budget als Antrag des Stadtrats. Ich begrüsse zu diesem Traktandum speziell Mischa Vonlanthen und Bernhard Egli von der Finanzverwaltung, welche in verdankenswerter Weise allfällige Änderungen elektronisch aufnehmen. Am Schluss der Beratung wird uns daher das Endergebnis direkt vorliegen.

Vom Stadtrat liegen folgende Anträge vor:

1. Der Steuerfuss für das Jahr 2016 sei bei 76% zu belassen.
2. Der Voranschlag 2016 der Laufenden Rechnung mit einem Aufwandüberschuss von 1'854'500.-- Mio. Franken sei zu genehmigen.
3. Die Investitionsrechnung 2016 mit Nettoinvestitionen von 9'379'000.-- Mio. Franken sei zu genehmigen.

Es liegt ihnen auch der Kommissionsbericht mit den Anträgen der FGK sowie mit den daraus resultierenden Zahlen vor.

Dieser Bericht mit den Anträgen der FGK ist ihnen vorgängig zugestellt worden. Während der materiellen Beratung sind sie selbstverständlich berechtigt, weitere Anträge zu stellen.

Ich möchte sie darauf hinweisen, dass das Eintreten gemäss Art. 17 der Gemeindeordnung obligatorisch ist.

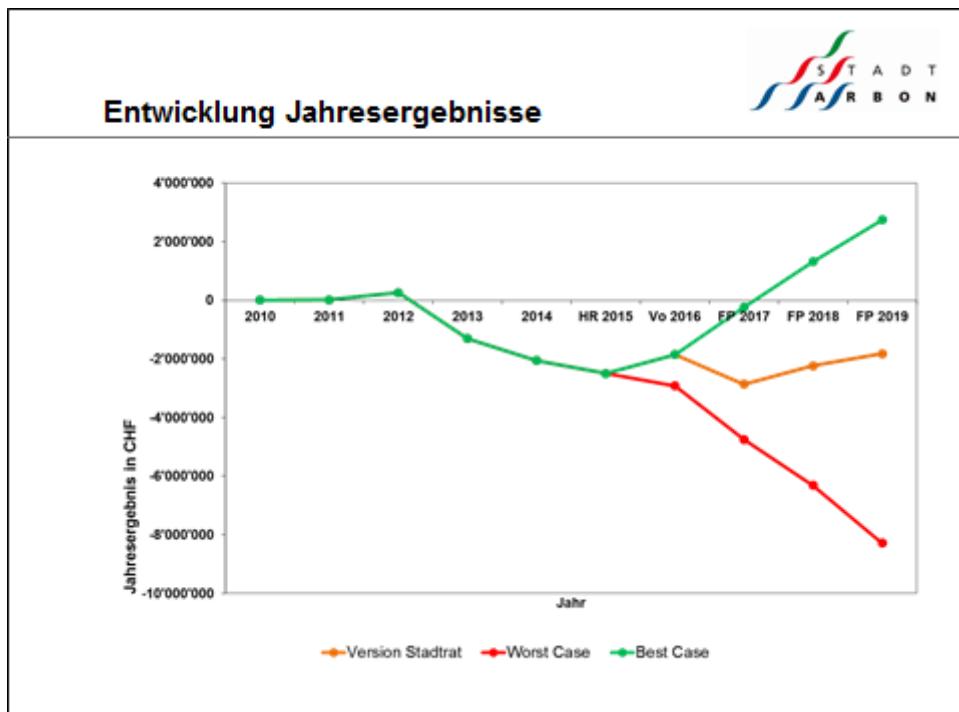
Bevor wir zum Eintreten kommen, erteile ich das Wort zuerst an den Stadtrat. Er wird ihnen anhand einer PP-Präsentation näheres erläutern.

Stadtpräsident Andreas Balg: Wir haben zum besseren Verständnis der Ausgangslage, der Zusammenhänge und der Überlegungen der Vorgehensweises des Stadtrats ein paar Folien vorbereitet. Ich hoffe, unser Vorhaben gelingt. Die Präsentationen teile ich mit meinem Kollegen Stadtrat Patrick Hug.

Ich warte nicht lange und steige mit der ersten Folie ein und konfrontiere sie mit der Entwicklung der Jahresergebnisse, einerseits rückblickend auf 2010 und andererseits bis 2019 aufgeführt.

Arbon

Momentaufnahme und Perspektive



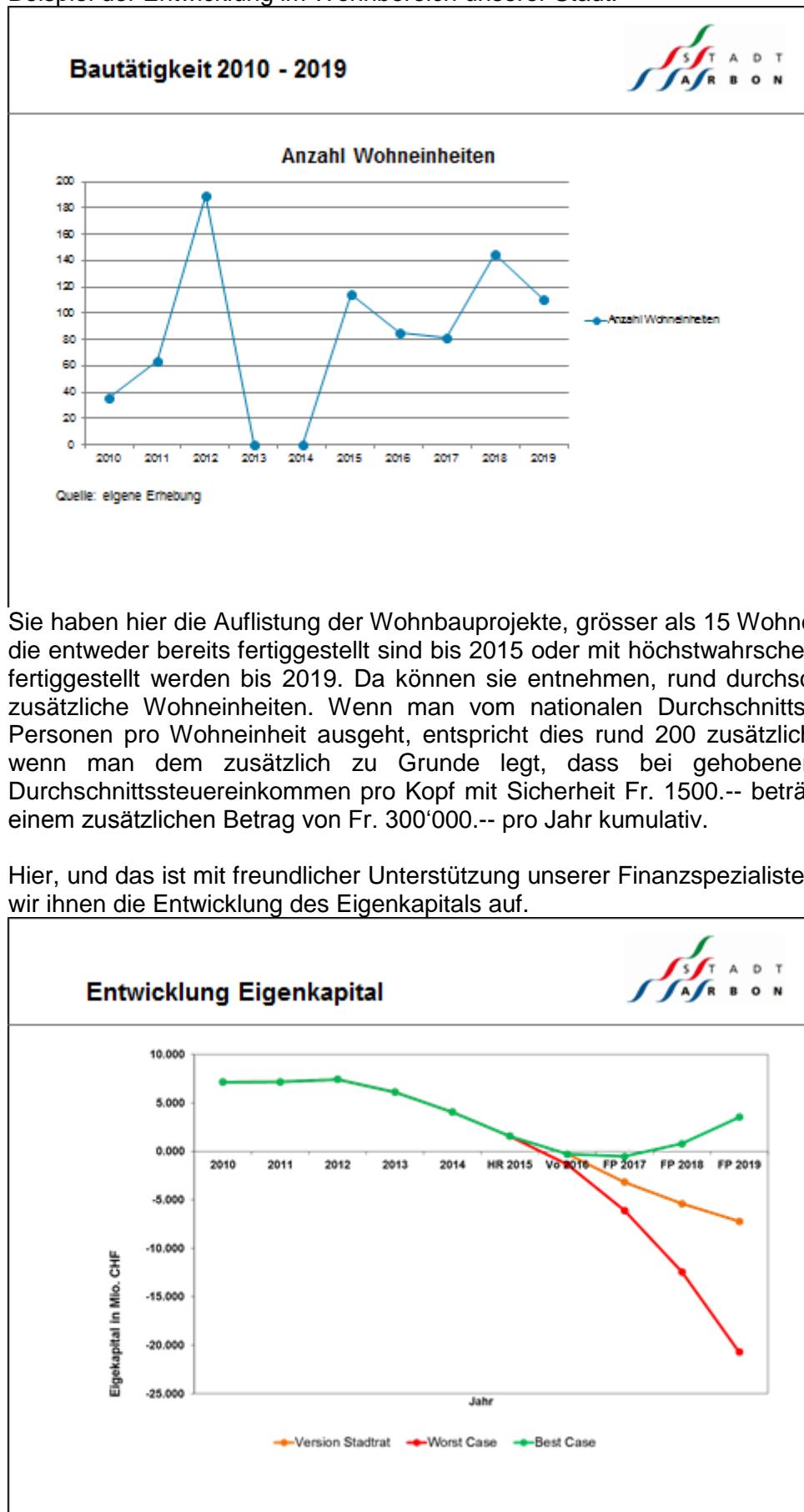
Was sehen sie? Sie sehen zum einen, und das sind die Zahlen, die ihnen bekannt sind, weil sie die Unterlagen entsprechend erhalten haben, die orange Kurve, Finanzplan, Budget Stadtrat. Sie sehen ausserdem ein Szenario, das den besten Fall widerspiegelt, und sie sehen zusätzlich ein Szenario, das den schlechtesten Fall widerspiegelt.

Was sind die Grundlagen für diese Szenarien: Der schlechteste Fall basiert auf den Ausgangswerten Voranschlag gemäss FGK, weil mehr Abschreibungen, Steuerentwicklung null, Ausgaben Sozialhilfe plus 10 Prozent, Finanzausgleich null.

Wenn ich auf die grüne Kurve zu sprechen komme, dann gehen wir vom Voranschlag des Stadtrats aus: Steuerentwicklung plus 7 Prozent, Ausgaben Sozialhilfe stagnierend, Finanzausgleich plus 2 Mio. Franken, was in etwa dem kantonalen Durchschnitt entspricht.

Es sind Extremwerte und die Realität dürfte wahrscheinlich, und so hoffen wir, irgendwo im Bereich zwischen diesen zwei Linien liegen. Das sollte auch so sein, weil wir mit dem Jahresergebnis wieder in den schwarzen Bereich kommen sollten.

Dass das positive Szenario auch eine Grundlage hat, die funktionieren könnte, zeigen wir am Beispiel der Entwicklung im Wohnbereich unserer Stadt.



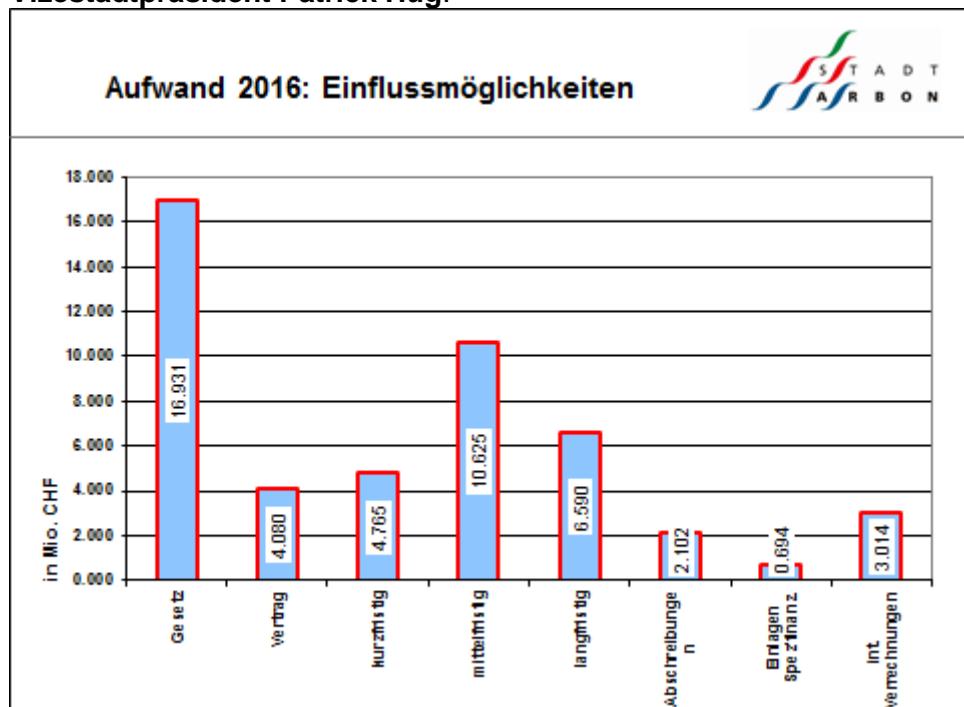
Warum? Sie haben gelesen, dass die FGK die Reduktion der Abschreibung rückgängig machen möchte, und ihnen das entsprechend vorgelegt hat.

Welche Wirkung hätte dies? Die Wirkung wäre, dass der finanzielle Druck auf die Stadt und unsere Aktivitäten zunimmt und wir früher zur Abschreibung des Verlustvortrages kämen.

Was nützt uns dieser Druck? Im Moment nichts. Der Stadtrat empfiehlt diese Diskussion auf 2016 zu vertagen, weil dann klar ist, mit welchen Anpassungen im Finanzausgleich zu rechnen ist. Aktuell wird der Bericht erstellt, der Wirkungsbericht für den Finanzausgleich. Wir gehen davon aus, dass im Frühjahr 2016 das diskutiert wird und bis zur nächsten Budgetrunde klare Verhältnisse vorliegen. Das kann auch anders kommen.

In drei wesentlichen Ertrags- und Ausgabepositionen sind wir extern bestimmt: In der Entwicklung, da sind wir abhängig von den Investoren, im Finanzausgleich, da sind wir abhängig von unseren Kollegen und vom Kantonsrat, Kantonsparlament und im Bereich der Soziallasten, da sind wir wesentlich abhängig von der Wirtschaftslage, Gesetzesänderungen oder weiteren Faktoren. Es ist aber gut zu wissen und wir müssen uns bewusst sein, dass wir abhängig sind, damit wir bereits heute die nötigen Vorkehrungen treffen können. Auch hier, so hoffen wir, liegt das realistische Szenario wiederum zwischen diesen beiden Linien, so dass wir Chancen haben, wieder in ein positives Eigenkapital zu kommen.

Vizestadtpresident Patrick Hug:



Vom Totalaufwand von 48,8 Mio. Franken im Budget 2016 sind rund 17 Mio. Franken gesetzlich gebunden (sie sehen das in der linken Säule), so zum Beispiel die Ausgaben in der Sozialhilfe, die Krankenkassen-Prämienverbilligungsbeiträge, die Beiträge an die Langzeitpflege Pflegeheime und der Gemeindebeitrag an den regionalen Personenverkehr (ÖV). Rund 4 Mio. Franken sind durch Verträge fixiert, so der Betriebskostenanteil an den Abwasserverband Morgental und die Baurechtszinsen. Theoretisch sind knapp 5 Mio. Franken kurzfristig beinflussbar, was in der Praxis aber nur sehr eingeschränkt möglich ist, wie auch die Kürzungsanträge der FGK zeigen. Es handelt sich dabei im Wesentlichen um den baulichen Unterhalt, um Dienstleistungen Dritter und um kleinere Anschaffungen.

Mittelfristig beeinflussbar wären annähernd 11 Mio. Franken, so beispielsweise die Besoldungen (inklusive Sozialleistungen), die Darlehenszinsen bei reduzierten Investitionen und Beiträge an diverse Institutionen. Langfristig beeinflussbar schliesslich sind 6,6 Mio. Franken mit verschiedenen Beiträgen, wie Dock, Spitex oder Kinderhaus sowie Informatik- und Energiekosten.

Der Stadtrat unternimmt weitere Schritte und erzielte bereits auch Resultate, um Ausgaben zu reduzieren und zusätzliche Einnahmen zu generieren. So resultiert aus verschiedenen Massnahmen im Rahmen der Aufgaben- und Leistungs-überprüfung im Jahre 2015 eine Verbesserung von total Fr. 370'000--. Beim Regierungsrat konnten wir aufgrund der ausserordentlichen Aufwendungen, welche die Stadt Arbon zu tragen hat, für das Jahr 2016 einen ausserordentlichen Finanzausgleich von Fr. 600'000-- und für das Jahr 2017 bereits einen solchen von Fr. 500'000-- erreichen. Der Teuerungsfonds der Pensionskasse wird 2016 nicht weiter geäufnet, was einen Betrag von gut Fr. 130'000-- ausmacht. Ich komme darauf noch in der Detailberatung zu sprechen. Und bei den Steuereinnahmen sind aufgrund des reduzierten Pendlerabzuges im Jahre 2017 mit Mehreinnahmen von rund Fr. 200'000-- zu rechnen. Dies einige Punkte, die nicht als abschliessend zu verstehen sind. Weitere Schritte werden folgen, ja müssen folgen.

Stadtpräsident Andreas Balg: Sie sehen, weder der Stadtrat noch der Stadtpräsident bleiben stehen und ich bin gespannt, ob Herr Heller mit diesem Tempo dann auch mitkommt.

Alle sind gefordert und in der aktuellen Situation tun wir gut daran, auch alles mögliche zu unternehmen, dass wir so rasch wie möglich wieder in eine ausgeglichene Situation und eine gute Ausgangslage kommen. Unsere Einwohner haben mit der Zustimmung zur NLK bereits den Grundstein für die wesentlichen Entwicklungs-Schwerpunkte gelegt. Die fünf in Bau befindlichen Projekte im Werk 2: Hamel, Wohnen plus, Presswerk, Wohnen am Park und Jumbo zeigen, dass sowohl HRS wie auch der Stadtrat die Realisierung förderlich behandelt. Wir gehen davon aus, dass die Zahlen, die ich vorher gezeigt habe, auch erreicht werden können.

Wir müssen die Erträge steigern. Die Steigerung des gastronomischen Angebots ist eine Massnahme, die das bewirken kann, sofern das dann auch zugelassen wird. Überprüfung und Anpassung der Gebühren wäre eine weitere Massnahme, die Erträge positiv zu beeinflussen, Werte zu realisieren. Einen solchen Wert würde das Sonnenblumenhaus darstellen. Und wenn ich von Leistungsfähigkeit ausbauen spreche, dann spreche ich insbesondere von den Massnahmen zur Steigerung der Leistungsfähigkeit. Das heisst: Konzentration auf das Wesentliche, Kunden und Dienstleistungsorientierung – und – den Ausbau Arbeitszeit in der Stadtverwaltung.

Der haushälterische Umgang mit den Mitteln ist zwar nichts Neues, aber genauso wichtig. Und last not but least: Arbon bietet viel. Sie wissen das – erzählen sie es weiter.

Jetzt wünsche ich ihnen kluge Entscheide und Diskussion um die wesentlichen Punkte.

Präsident Heinz Gygax: Wir kommen zum Eintreten. Die Diskussion zum Eintreten ist offen. Das Wort zum Eintreten erteile ich zuerst Lukas Graf als Präsident der FGK.

Lukas Graf, Präsident FGK: Die im Mai neu gewählte Finanz- und Geschäftsprüfungskommission der Stadt Arbon traf sich am 18. August zur konstituierenden Sitzung und anschliessend in fünf Sitzungen zur Beratung des Voranschlages 2016. Die fünf neuen Mitglieder dieser neunköpfigen Kommission haben Ihre Arbeit in einem herausfordernden Umfeld begonnen.

An dieser Stelle möchte ich den Dank an meine Kolleginnen und Kollegen vorwegnehmen: Wir haben intensiv und teilweise recht emotional diskutiert, jedoch stets ein gemeinsames Ziel angestrebt – vielen Dank für die konstruktive Zusammenarbeit.

Wie in den Vorjahren hatte die FGK am sogenannten Fragenachmittag Anfang November Gelegenheit, den zuvor erstellten Fragenkatalog mit dem Stadtrat und den Abteilungsleitenden zu besprechen. Ich möchte mich im Namen der FGK beim Stadtrat, den Abteilungsleitenden und den Mitarbeitenden der Verwaltung für die wertvolle Arbeit bedanken. Speziell erwähnen möchte ich wiederum den Einsatz von Mischa Vonlanthen, der uns als Leiter der Abteilung Finanzen während des ganzen Prozesses unterstützt hat.

Das vom Stadtrat vorgelegte Budget weist ein Defizit von 1.85 Mio. Franken in der Laufenden Rechnung aus sowie Nettoinvestitionen von 9.38 Mio. Franken. Damit wird die Stadt im nächsten Jahr zum vierten Mal in Folge einen Aufwandüberschuss verbuchen müssen. Auch das Defizit für dieses Jahr wird laut Hochrechnung rund doppelt so hoch ausfallen wie budgetiert und daher rund 2 Mio. Franken betragen. Gemäss Finanzplan sieht es auch in den kommenden Jahren nicht erfreulicher aus: Fast 7 Mio. Franken beträgt der kumulierte Aufwandüberschuss in den Jahren 2017-2019, gemäss Finanzplan in der Botschaft. Die Gründe sind nicht neu: Überdurchschnittliche Soziallasten, unterdurchschnittliche Steuerkraft und hohe Abschreibungen als Folge des grossen Investitionsbedarfs. Mit der Rechnung 2015 wird das Eigenkapital inklusive Neubewertungsreserve auf rund 2 Mio. Franken schrumpfen.

Vor diesem Hintergrund hat der Stadtrat entschieden, die Abschreibungen im Budget 2016 zu halbieren und das Defizit damit um knapp 1.5 Mio. Franken zu verringern. Begründet wird diese Massnahme durch Mehrabschreibungen, die vor acht Jahren getätigt wurden. In Wirklichkeit beträgt das Defizit im Voranschlag also rund 3.4 Mio. Franken. Man kann dies je nach Blickwinkel als strategischen Schritt zur Verzögerung einer Negativspirale oder als rein kosmetische Massnahme ohne nachhaltiges Problemlösungspotenzial betrachten. Die FGK hat diese Massnahme intensiv diskutiert und wird heute beantragen, die Abschreibungen volumnfänglich vorzunehmen. Dies aus drei Gründen: Erstens widerspricht eine Halbierung der Abschreibungen den elementarsten buchhalterischen Grundsätzen. Zweitens wird dadurch die Abschreibungslast für die Folgejahre vergrössert, das heisst das Problem wird lediglich verschoben, und zwar auf Jahre, in denen die Situation laut Finanzplan nicht anders aussieht. Und drittens sollte sich die Stadt nach Ansicht der Kommissionsmehrheit auch in diesen Zeiten an die Mindestabschreibungssätze gemäss der geltenden Verordnung des Regierungsrates halten.

Im gesamten Bereich Soziale Wohlfahrt führen die weiterhin steigenden Ausgaben für die Sozialhilfe und die Krankenversicherung zu Mehraufwendungen von Fr. 475'000.-- gegenüber der Rechnung 2014 und rund Fr. 200'000.-- gegenüber der Hochrechnung 2015. Lägen die Kosten pro Einwohner für die öffentliche Sozialhilfe auf dem Niveau des Kantonsdurchschnitts, müsste die Stadt Arbon rund 3 Mio. Franken weniger ausgeben. Die Mehrkosten im Bereich der übrigen Sozialhilfe, der Krankenversicherung und der Verwaltung sind hier nicht miteingerechnet. Für diese ausserordentlichen Lasten erhält die Stadt vom Kanton lediglich einen Ausgleich von 1.23 Mio. Franken.

Die Einnahmen aus dem Ressourcenausgleich sinken gegenüber der Rechnung 2014 um Fr. 10'000.-- auf Fr. 315'000.--. Damit erhält Arbon lediglich den gesetzlichen Minimalbetrag, und dies, obwohl die Steuerkraft noch immer unterdurchschnittlich ist und kürzlich weniger stark gewachsen ist als der Kantonsdurchschnitt. Zwar wird gegenüber der Hochrechnung 2015 noch ein Steuerwachstum von 2,1 Prozent budgetiert, im Vergleich zum Budget 2015 sinken die Steuereinnahmen allerdings um 1.5 Prozent. Andererseits erhält die Stadt vom Kanton wiederum einen Ausgleich für besondere Belastungen im Zusammenhang mit dem grossen Investitionsvolumen – und dieser beträgt, wie wir soeben gehört haben, nun erfreulicherweise sogar Fr. 600'000.--.

Wie Sie dem Bericht entnehmen konnten, wird ihnen die FGK in der Detailberatung verschiedene Anträge stellen, die das Defizit in der Laufenden Rechnung um insgesamt Fr. 420'000.-- reduzieren. Der Antrag zum Verzicht auf die Halbierung der Abschreibungen führt andererseits zu Mehraufwendungen von fast 1,5 Mio. Franken und ergibt letztlich einen

Aufwandüberschuss von 2,9 Mio. Franken. Aufgrund der neuen Begebenheiten, die bei der Abgabe des FGK-Berichts noch nicht bekannt waren, die wir soeben gehört haben, wird der Stadtrat noch zwei Änderungsanträge stellen, die das Defizit nochmals etwas verringern.

Beim Investitionsplan wird die FGK Kürzungsanträge im Umfang von Fr. 560'000.-- machen, wovon Fr. 460'000.-- das Verwaltungsvermögen und damit die eigentliche Investitionsrechnung betreffen. Es ist klar: Angesichts der desolaten Finanzlage muss auch das hohe Investitionsvolumen von 9 Mio. Franken kritisch hinterfragt werden. Die FGK ist aber überzeugt, dass drastische Kürzungen hier nicht zielführend wären. Einerseits hat Arbon aufgrund der geringen Investitionen vor 2012 einen gewissen Nachholbedarf, andererseits verlangt die eingeleitete Entwicklung weiterhin eine starke Investitionstätigkeit. Hinzu kommt, dass die Zinssituation nach wie vor sehr günstig ist.

Die FGK ist sich bewusst, dass die beantragten Einsparungen und Mehreinnahmen neben dem riesigen Defizit äusserst gering aussehen. Einem Aufwandüberschuss, der unter Einhaltung der Mindestabschreibungssätze und vor den Kürzungen der FGK rund 13 Steuerprozente beträgt, stellen wir Verbesserungsmassnahmen in der Höhe von knapp 2 Steuerprozenten gegenüber. Mit Kürzungen auf der Aufwandseite lassen sich keine 3,5 Mio. Franken einsparen, ohne die gesetzlichen Aufgaben einer Gemeinde zu vernachlässigen und die Standortattraktivität massiv zu senken. Arbon braucht Mehreinnahmen. Einerseits müssen die Sonderlasten des Standortes Arbon, die kein hausgemachtes Problem sind, sondern direkt auf die Bevölkerungsstruktur dieser Thurgauer Stadt zurückzuführen sind, vom Kanton anerkannt und abgegolten werden. Andererseits muss dringend die Steuerkraft erhöht werden.

Eine Erhöhung des Steuerfusses stand in der FGK ebenfalls zur Debatte. Eine Mehrheit ist aber der Meinung, dass dies die Standortattraktivität senken und die städtische Entwicklung lähmen würde.

Die FGK empfiehlt Ihnen daher mehrheitlich, den Steuerfuss bei 76 Prozent zu belassen und den Voranschlag nach Änderungen anzunehmen sowie den Investitionsplan zu genehmigen.

Luzi Schmid, CVP/EVP: Ausführungen der CVP/EVP-Fraktion zum Eintreten, die an zwei langen, zum Teil hitzigen Fraktionssitzungen stattgefunden haben und, ich kann es nicht wegleugnen, mit einer gewissen Konsternation verbunden sind.

Die Hochrechnung 2015, die Budgetzahlen 2016, die Finanzprognosen bis 2019, überhaupt die finanzielle Situation, aber noch mehr die fehlenden Perspektiven der Stadt Arbon sind bedenklich, niederschmetternd, effektiv bedrohlich. Einwohnerschaft und Steuerzahler sind besorgt, ratlos - und kein Hoffnungsschimmer in Sicht. Da kann ich sagen, die Folien sind nicht angekündigt gewesen, konnte ich nicht einordnen in meinem Referat, sind ein kleiner Hoffnungsschimmer. Schade, dass sie nicht im Budget, in der Botschaft aufgenommen worden sind.

Wie hat der Stadtrat gesagt: „gut, wir bleiben dran“. Ich kann sagen von unserer Fraktion: wir bleiben auch dran und ich nehme an, der Steuerzahler und Stimmbürger bleibt auch dran.

Symptomatisch, aber ebenso beängstigend ist die Statistik ganz am Schluss der Budgetbotschaft, im rosaroten Finanzplan auf Seite 9, wo der Selbstfinanzierungsgrad und Selbstfinanzierungsanteil dargestellt sind. Woraus zu entnehmen ist: Keine Investitionen mit selbsterwirtschafteten Mitteln mehr möglich. Ergo: weitere Neuverschuldungen.

Die Eigenmittel sind aufgebraucht. Bilanzfehlbeträge entstehen und bleiben vorprogrammiert. Aber keine Absichtserklärungen, (ich nehme da diese drei – vier Folien aus) wie das innert der vom Kanton verordneten Frist von fünf Jahren aufgefangen werden soll. Im Gegenteil: Es wird

zugelassen, dass das Defizit jährlich sogar zunehmen wird. Die Schuldbelastungen werden grösser und grösser.

Wir fragen uns, wie konnte es soweit kommen -wie geht es weiter? Und genau bei diesen Fragen bleibt der Stadtrat leider, nicht nur hier in der Botschaft, sondern auch auf Anfragen hin und mit Antworten immer wieder ein bisschen knapp und ohne Strategie. Wir haben deshalb mit all denen Verständnis, die das Budget sogar ablehnen und am liebsten dem Stadtrat zur Überarbeitung zurückgeben wollen.

Es ist in der Tat zu wenig, was der Stadtrat im Zusammenhang mit diesen schlechten Zukunftsperspektiven sagt, plant und erklärt. Enttäuschend, da schon länger und immer wieder, aber leider ganz offensichtlich erfolglos, vor dieser nun eingetroffenen Schieflage, oder muss man sagen, vor diesem Niedergang, gewarnt worden ist und schon länger Erklärungen verlangt worden sind. Unsere Fraktion beurteilt jedoch mehrheitlich eine Rückweisung des Budgets als kontraproduktiv, da einzig Zeit- und Kostenaufwendungen entstehen. Einzig deshalb werden wir nicht auf Rückweisung, wenn das dann traktandiert wird, zustimmen.

Natürlich, das sehen auch wir in unserer Fraktion, kann in einem einzigen Budget, können innerhalb eines einzigen Jahres nicht dermassen massgebliche Korrekturen, insbesondere Sparübungen vorgenommen werden, um schnell wieder auf den richtigen Weg zurückzufinden. Die Stadt Arbon hat zu funktionieren, muss Aufgaben erfüllen und die Infrastrukturen aufrechterhalten. Und da können nicht einfach alle Ausgaben gekürzt oder gestoppt werden. Das verstehen wir auch. Und natürlich sind Gemeindefinanzen immer auch strukturellen und konjunkturellen Einflüssen unterworfen, die nicht ohne weiteres voraussehbar sind. Auch das verstehen wir.

Aber, was der Stadtrat hier punkto Finanzplanung, Korrekturabsichten bei den Ausgaben, Schaffung von Mehreinnahmen vorlegt, ist nicht nur zu wenig, wenig erbaulich, sondern grenzt schon fast an pure Ignoranz oder fährlässiges Nicht-Wollen (wieder Folien ausgenommen, die haben wir ja nicht gekannt). Es ist doch nicht zu viel verlangt, wenn von den zuständigen Stadtverantwortlichen Ursachenerklärungen, Strategien, Absichten und Perspektiven erwartet werden, die auch klipp und klar im Budget aufgezeigt und erörtert werden und die überprüft werden können von allen, die das Budget lesen und auch daran interessiert sind. Sich einfach hinter einer Gefälligkeits-Leistungsüberprüfung zu verstecken, überzeugt angesichts der prekären, desolaten Lage schon lange nicht mehr und provoziert grossen Unmut, der sich, wie wir selber gelesen haben, in Zeitungsartikeln, Leserbriefen und sonstigen Bürgermeinungen je länger, desto heftiger manifestiert.

Es muss jetzt, und das muss die Devise sein, jeder Franken umgedreht werden, der ausgegeben werden will. Und es muss jedem Franken nachgehechtet werden, der zu holen ist. Das ist das einzige Gebot dieser Stunde. Sollte der Stadtrat weiterhin keine greifbaren und überzeugenden Korrektur- und Stützmassnahmen vorlegen und sich weiterhin nur hinter Abwehrerklärungen, nicht beeinflussbaren strukturellen Fremd- oder Aussenverschuldungen und möglichen Steuerfusserhöhungen verstecken, wird unsere CVP/EVP-Fraktion umgehend Vorstösse einreichen, die wir bereits in petto haben, um das Finanzübel nun endlich an der Wurzel packen zu können. Wie hat der Stadtrat noch vor kurzem, etwa vor einem Jahr, den Journalisten zugerufen: Tabuthemen sind tabu. Aber es wird leider weiterhin nur um den heissen Brei geredet.

Die Fürsorgeausgaben sind ein sehr akutes Problem. Die ursprüngliche Steuerentwicklung hat sich leider wieder abgekühlt und vielleicht zu hohe Erwartungen ausgelöst. Das eine verstehen, das andere kennen wir.

Trotz alledem sind das nicht die einzigen Problem- oder Lösungsfelder, die angegangen werden müssen. Wir sehen da durchaus noch Handlungsbedarf.

Es wäre sehr informativ, einmal die Gesamtabrechnung der NLK vorgelegt zu bekommen. Wir haben heute ein paar Informationen erhalten, aber die detaillierten Zahlen würden

interessieren. Ebenso interessieren die Folgekosten für die Erschliessung SaurerWerk2, Entsorgungskosten für belastetes Aushubmaterial, zusätzlicher Unterhalt der geplanten Grünfläche auf dem SaurerWerk2, Erstellung neuer Busbahnhof, Auswirkungen Agglomerationsverträge usw. Was wurde und ist hier tatsächlich ausgegeben worden beziehungsweise, was ist noch auszugeben?

Ebenso bedeutend scheint uns die Frage, wann und woher fliessen die in der Abstimmung angedeuteten Vorteile dieser NLK in unsere Stadtkasse? Hier fordern wir, einmal gesamthaft darüber orientiert zu werden. Spange Süd dürfte wegen unserer gegenwärtigen und zukünftigen Finanzlage Wunschdenken bleiben, auch wenn es ein Abstimmungsversprechen oder -argument war.

Das Thema Verkauf oder Verwaltung von eigenen Liegenschaften: Was ist hier effektiv geplant? Was könnte für Arbon verbessert werden? Wir haben in unserer Fraktion zum Beispiel über den Verkauf der Liegenschaft Bahnhofstrasse 24 und der Friedhofparzelle gesprochen. Könnte hier ganz allgemein zu diesem Thema "stadteigene Grundstücke" der Stadtrat etwas konkreter über Verkauf eventuell, Renditen oder Nutzungsvorteile solcher Anlagen ausführen? Es wäre interessant, gerade im Zusammenhang und im Einflussbereich von Budgetierungen mit Defizitwarnungen und Defizitprognosen.

Das bald schon leidige Thema Verwaltung-, Personalkosten. Es lagen inzwischen zwar etwas mehr Fakten zum Personalaetat vor, wie Altersdurchschnitt und durchschnittliche Anstellungsdauer, aber es ist nach wie vor unmöglich, hier eine Kosten-Nutzen-Rechnung anzustellen. Wir sprechen hier nicht von Entlassungen oder Abbau von Dienstleistungen oder vom Nötigen. Wir sprechen vom Nötigen und Möglichen. Auch hier dürfen wir vom Stadtrat eine schonungslose Offenheit und Lagebeurteilung im Sinne seiner Aufsichtspflichten, seines Kostenbewusstseins und seine Informationspflicht dem Parlament und Stimmbürgern gegenüber erwarten. Wie ist das nun wieder mit kein "Tabuthemen sind tabu"? Es kann nicht genug auf die massive Verschuldung hingewiesen werden. Welche konkreten und detaillierten Abhilfen und Lösungen zieht der Stadtrat hier in Betracht?

Beteiligungen an regionalen oder kantonalen Verbundausgaben: Hier haben wir in der Fraktion länger über die Kosten an die Institution "Perspektive" diskutiert. Welche Vorteile bringt uns das und müssten diese Beteiligungen nicht effektiv gesenkt werden. Die Beteiligungen an Oberthurgauer Sportstätten muss infolge unserer prekären Finanzlage doch gründlich hinterfragt werden, was von unseren umliegenden Gemeinden doch verstanden werden muss.

Das leidige Thema "Stadteigene Gastronomiebetriebe" lassen wir für einmal links liegen, obwohl wir nicht überzeugt sind, alle budgetierten Einnahmen daraus auch tatsächlich in die Stadtkasse einfahren zu können. Aber als Anreiz für gute Verhandlungen und Verträge können diese Budgetzahlen durchaus belassen werden. Sind das, wären das nicht alles Fragen, Herausforderungen und Finanzpositionen, die im Zusammenhang mit einem Budget selbstverständlich be- und ausgewertet und einer strategischen Diskussion zugänglich gemacht werden müssten?

Noch ein Wort zum Kommissionsbericht.

Der Kommissionsbericht ist sehr gründlich und richtig abgefasst, unterstreicht deutlich das vorherrschende Missbehagen und deckt sich fast in allen Punkten mit der Meinung und Stimmung in unserer CVP/EVP-Fraktion. Unsere Fraktion wird in der Detailberatung auch noch selber Anträge und Anregungen einbringen.

Mit den im Kommissionsbericht vorgeschlagenen Änderungen sind wir fast ausschliesslich einverstanden. Bei der Kürzung im Kulturbudget, da sprechen wir von Fr. 12'000.-- sind wir nicht einverstanden. Mit der Streichung des Rufsammeltaxis ist unsere Fraktion mehrheitlich auch nicht einverstanden. Beibehaltung Steuerfuss, damit sind wir einverstanden.

Roland Schöni, SVP: Im Namen der gesamten SVP Fraktion rede ich heute Klartext. Wir haben es gehört. Das dritte Mal ein Millionendefizit in Folge. Ab 2017 ist das Eigenkapital weg und wir sind pleite. Wir müssen uns nun heute Abend entscheiden, ob wir es zu einem vierten, fünften oder sechsten Mal soweit kommen lassen und provozieren, dass wir unter die Zwangsverwaltung des Kantons kommen. Wortreich und jammerhaft wird immer wieder dargelegt, warum es so ist. Man stützt sich auf Berichte und Analysen, um darzulegen, dass man gar nicht viel machen könne und blendet Kritikpunkte aus, welches das Handeln der Ressortverantwortlichen hinterfragt.

Natürlich ist nicht der Stadtrat allein an dieser Finanzmisere schuld. Nein, auch wir Volksvertreter und auch wir von der SVP haben über Jahre hinaus zugesehen, obwohl wir die Budgets jeweils am meisten gekürzt haben. Aber eben, wir haben es auch nicht geschafft. Daher sage ich heute niemandem Danke für dieses Budget, den Dank müssen wir nun verdienen und das werden wir auch und es geht nur gemeinsam.

Im Bericht der FGK ist treffend festgehalten, dass Ratlosigkeit herrscht. Was macht man, wenn man ratlos ist? Man holt sich Rat und vor allem nimmt man sich Zeit nachzudenken. Und genau das sollten wir jetzt machen, indem wir das Budget zurückweisen und dem Stadtrat und uns mehr Zeit geben. So kann es nicht weitergehen. Deshalb kommt von uns auch ein entsprechender Antrag. Die Zeit des „ja – aber“ ist vorüber. Jetzt wird gehandelt.

Cyrill Stadler, FDP/XMV: Das Haupttraktandum des heutigen Abends ist das Budget der Stadt Arbon für das Jahr 2016. In der Fraktion FDP/XMV haben wir uns in regelmässigen Sitzungen seit August zu diesem Thema getroffen und uns intensiv Gedanken zur weiteren finanziellen Entwicklung gemacht.

Der Stadtrat hat keine einfache Aufgabe. Wir alle wissen, wie es um unsere Sozialhilfekosten steht. Wir bezahlen mit Fr. 341.-- pro Einwohner 2,64 mal mehr als die durchschnittliche Thurgauer Gemeinde. Der Durchschnittswert liegt bei Fr. 129.-- pro Einwohner.

In den letzten Jahren hat die Stadt Arbon wichtige Entwicklungen in Angriff genommen. Die NLK, die Altstadt, die Entwicklung vom Saurer Werk2, der neue Schlosshafen und vieles mehr. Weitere grosse Schritte stehen noch weitgehend bevor, denken wir hier nur schon an die Spange Süd. Dass diese Entwicklungen nicht parallel mit einer wirtschaftlichen Boomphase einhergegangen ist, ist uns allen ebenfalls bekannt. Trotz mehrmaligem Drehen und Wenden war es weder dem Stadtrat noch der FGK und auch der Fraktion FGDP/XMV nicht möglich, die alles entlastenden Massnahmen aus dem berühmten Zylinder zu zaubern. Warum nur gelingt uns das nicht, ist ja eine einfache Geschichte, einfach weniger ausgeben als einnehmen – und schon würde es funktionieren. Solche Rezepte greifen leider nicht. Es gibt keine einfache Herleitung der aktuellen Situation, aber es gibt eine langfristige Herkunft. Das Problem entstand nicht am letzten Wochenende, als der Samichlaus die Runde gemacht hat (und vielleicht mehr Chlaussäckli verteilt hat als vorgesehen). Das hat sich über die letzten 20 Jahre entwickelt und wir sollten konstruktiv an künftigen Verbesserungen arbeiten.

Es geht darum, den Stadtfinanzen eine mittelfristige Perspektive zu geben und wir kommen nicht darum herum, das Thema der Finanzen auch politisch weiter zu beackern. Ackerbau ist im übrigen ein ganz gutes Stichwort. Wer ernten will, der muss aussäen. Arbon befindet sich in der Ackerbauterminologie ganz am Anfang. Die Ackerscholle ist umgeworfen und wir können mit der Aussaat beginnen, ernten können wir noch eine Zeit nicht. Und darum geht es in der Diskussion heute Abend.

Wir müssen uns Konzepte überlegen, wie wir den Sommer überstehen. Wo holen wir das Wasser, zusätzliche Liquidität, für eine Bewässerung her? Wie können wir unsere Betriebskosten so tief halten, dass wir nicht zusätzliche Kredite aufnehmen müssen, bis wir die Ernte einfahren können.

Nachdem Robert Schwarzer von der Felix-Redaktion, am letzten Freitag, einen Felix der Woche für eine Steuererhöhung erhalten hat, möchte ich doch beliebt machen, dass dieses Modell nicht als Vorzeigemodell für die Stadt gelten soll. Ich empfehle auf den Felix der Woche für das Stadtparlament zu verzichten.

Die Frage nach der Abschreibungspraxis, notabene die Halbierung der Abschreibung für das aktuelle Jahr, hat schon philosophische Dimensionen angenommen. Fakt ist: das vorliegende Budget ist hochdefizitär, egal wie wir abschreiben. Die Veränderung mit der einen oder anderen Variante ergibt in der Summe nahezu Null. Lassen sie uns also zu diesem Thema nicht allzu viel Zeit investieren.

Materiell wird sich die FDP/XMV-Fraktion grossmehrheitlich den FGK-Vorschlägen anschliessen. Wir nehmen uns aber nicht die Möglichkeit, an der einen oder anderen Budgetposition noch zusätzliche Anträge zur Budgetverbesserung anzubringen.

Konzeptionell glauben wir nicht an den Erbsenzählerweg. Wir sind der Überzeugung, dass übergeordnete Ideen und Pläne erarbeitet werden müssen. Wir haben in der Fraktion neun verschiedene Motionen in Vorbereitung, welche wir noch ausarbeiten und in den nächsten Monaten in den Parlamentsbetrieb einfließen lassen werden. Die Massnahmen, die wir über parlamentarische Vorstösse einbringen werden, decken das ganz Spektrum ab: Von der Bewirtschaftung des Fremdkapitals über die In-den-Wertstellung von Aktiven bis hin zu institutionellen Anpassungen.

Erste Schritte können wir jedoch bereits heute Abend anpacken- Lassen sie uns heute zu effizienteren Budgetierungsformen in Teilbereichen vordringen. Warum sollen dreissig Parlamentarier (ich mache mich sicher unbeliebt, wenn ich einmal mehr erwähne, dass wir nicht die Stadträte Nr. 6 bis Nr. 36 sind) über Einzelbeträge an Institutionen diskutieren, wenn es dazu eine Fachkommission gäbe. Ich rufe sie dazu auf, im grösseren zu denken. Wir sind gesetzgebende Kraft und so sollten wir auch denken und handeln.

Zusammengefasst wird die FDP/XMV-Fraktion weitere Budgetierungs-Massnahmen vorbringen und unterstützen – keine Steuererhöhung unterstützen, weil wir dies als nicht zielführend erachten – konstruktiv an gesunden Stadtfinanzen mitarbeiten, um der Stadt mit den weiten Horizonten auch eine Perspektive zu geben.

Dann habe ich noch eine Ergänzung: Ich möchte gerne von Luzi Schmid noch wissen, was er da mit Gefälligkeits-Lüp meint. Ich kann mir hinter diesen Nebelpetarden nichts vorstellen und bitte Luzi Schmid, mir dies nachher noch genauer zu erläutern.

Ruth Erat, SP-Gewerkschaften-Juso: Es ist zunächst zu danken: Der FGK, Mischa Vonlanthen und der gesamten Verwaltung. Viel Arbeit steckt hinter dem, was wir vor uns haben – und was wiederum auch auf viel Arbeit in den Ressorts beruht. Gerne hätte ich mich den Vorrednerinnen und Vorrednern angeschlossen, Arbeit verdient Wertschätzung auch von uns. Gleichzeitig möchte ich hier, ehe der Blick auf das, was uns besorgt, fällt, gleich auch den Bericht der FGK in einem Punkt relativieren. Gewiss gibt es Indizien für mangelnden Sparwillen. Gewiss müssen wir hier mahnen. Wieder und wieder. Dennoch: Es gibt auch Bereiche, in denen mit Umsicht und Nachdruck gespart wird – gemäss Budget gespart werden soll und wird. Das ist notwendig.

Die Fraktion SP-Gewerkschaften-Juso hat die Unterlagen eingehend diskutiert – und dies mit Sorge.

Denn wie im letzten Jahr gibt es für unsere Fraktion eine klare Diagnose zum Budget der Stadt Arbon: besorgniserregend – im Klartext: nicht nur absehbar ist nun das vollkommene Wegschrumpfen des Eigenkapitals. Es ist auch datierbar. 2017 sind wir da angekommen. Das gilt es nun zu sehen, realistisch, ohne Geschwätz von einer Durchgangsphase, ohne wenn man...

Denn, wie es in der Information vorab des Stadtrats geheissen hat, das kann ja auch anders kommen. Unsere Basis und unsere Entwicklungsmöglichkeiten bleiben von zu hohen Ausgaben und zu geringen Einnahmen geprägt. Von hier ausgehend haben wir zu arbeiten: zu optimieren, Ausgaben genau zu prüfen und das Problem der Einnahmen anzugehen – dies verantwortlich. Und das heisst für die SP-Gewerkschaften-Juso: ohne Beschönigung durch eine Halbierung der Abschreibungen, ohne Verschiebung von Lasten auf spätere Jahre. Denn das wäre nicht nur Augenwischerei. Das wäre auch verantwortungslos. Die Abschreibungen sind also nicht einfach zu halbieren – hier und heute ohne Blick auf die Zukunft.

Verantwortungsvoll und vernünftig wäre hier und heute (ich bekomme den dreifachen Felix) eine Steuererhöhung von 10 Prozent. Ich sage „wäre“. Denn klar ist – dafür findet sich hier und heute keine Mehrheit. Dies auch aus guten Gründen. Denn die Wahrnehmung auf die Stadt und uns ist eine, die ein solch vernünftiges Tun verunmöglicht. Wir müssen zeigen – vermehrt zeigen – dass wir auf kluge Weise einsparen, nachhaltig agieren und mit Engagement gegen die Auswirkungen einer kompetitiven Finanzpolitik auf Kantonsebene ankämpfen. Arbon hat sich aktiv und wahrnehmbar dafür einzusetzen, dass der Lastenausgleich auch die besondere Leistung einer urbaneren Lebensform honoriert. Als SP-Gewerkschaften-Juso erwarten wir in diesem Punkt auch von unseren FDP- und SVP-Parlamentarierinnen und Parlamentariern aktiv ein Umdenken ihrer Kantonsratsfraktionen zu befördern – so Arbon und mit Arbon der Urbanität auch im Thurgau eine Chance zu verschaffen. Das ist unsere gemeinsame Arbeit.

Gemeinsam haben wir auch den Sparwillen einzufordern und mitzutragen und dafür auch die neueren Erkenntnisse zu nutzen. Wir können zusammen mit der Bevölkerung auf einen übertriebenen Sicherheitsapparat verzichten. Und wir können ebenso aus der Informationsveranstaltung zu den Sozialen Diensten lernen, dass mit genügend gut ausgebildetem Personal hier Einsparungen möglich sind. „Abdämpfung“ hat Stadtrat Züllig das an der Veranstaltung genannt. Wir möchten diesen Begriff durch griffige Massnahmen, die längerfristig wirksam sind, ersetzt haben. Und diese erwarten wir. Dafür ist es notwendig, dass das gesamte Parlament den Bericht der RGB kennt. Nur so – mit dem notwendigen Wissen – können wir etwas tun. Und man kann etwas tun. Das konnte am Informationsabend gelernt werden. Es braucht dazu aber auf *allen Ebenen* Sachwissen und die Bereitschaft, umzusetzen. Hier erwarten wir vom Stadtrat mehr – mehr auch zum Ernstnehmen von Parlamentsbeschlüssen. Mit Unbehagen haben wir beispielsweise auch festgestellt, dass in Einzelbereichen, etwa beim Standortmarketing, die Kürzung im Vorjahr nicht weiter gelten soll. Das kann in und ausserhalb von Zeiten des Sparens nicht angehen.

Für die SP-Gewerkschaften-Juso ist aber auch klar: Es gibt Schmerzgrenzen. Und Sparwut kann auch nachhaltig schaden. Arbon hat seine Qualitäten zu pflegen und seine Aufgaben zu erfüllen. Wenn immer mehr Parkanlagen mit demselben finanziellen Aufwand gepflegt werden, dann ist das schon gespart – und wenn hier ein Mehr-Sparen die Attraktivität zu vernichten droht, ist das unsinnig. Denn was Arbon braucht, das ist auch eine positive Entwicklung der Einnahmen. Zu loben sind da beispielsweise die höheren Gewinne bei den Häfen. Dennoch. Unsere Fraktion schliesst sich der Diagnose der FGK an: Es ist mit ungetrübtem Blick zu sanieren – ohne Beschönigung. Zu einzelnen Punkten nehmen wir in der Detailberatung Stellung.

Dominik Diezi, CVP/EVP: Erlauben sie auch mir noch grundsätzliche Ausführungen angesichts dieser schwierigen Situation, in der sich Arbon befindet.. Wie kommen wir wieder aus dieser Schieflage heraus, lautet da natürlich die drängende Frage, die sich uns allen stellt. Es empfiehlt sich dabei in zeitlicher Hinsicht zu unterscheiden zwischen dem aktuellen Budget 2016 und dem Budget 2017.

Zuerst zum Budget 2016, um das es heute geht.

Dieses Budget soll ja bekanntlich am 1. Januar 2016 in Kraft treten, also in wenigen Wochen. Es liegt auf der Hand, dass da die Spielräume klein sind, hier heute im Parlament noch sehr viel ändern zu können. Wir denken, die Spielräume, die es auf diese kürzeste Frist hin gibt, hat die FGK weitgehend ausgereizt. Wir werden daher den Anträgen der FGK auch weitgehend folgen.

Einen Haushalt im Gleichgewicht bekommen wir auf diese Weise allerdings nicht. Sollen wir daher das Budget 2016 gefrustet ablehnen? Wir meinen nein. Es wäre so sicher wie das Amen in der Kirche, dass uns nach der Ablehnung des Budgets bald eine neue Version unterbreitet würde, die dem nun zur Abstimmung vorliegenden wie ein Zwilling gleichen würde. Mit bösem Willen des Stadtrats hätte das nichts zu tun. Das Budget 2016 ist nun mal im Wesentlichen das Spiegelbild von früheren Entscheiden, eigenen wie fremden. Innerhalb weniger Wochen kann der Stadtrat diesbezüglich das Steuer nicht herumreissen, auch nicht auf Befehl des Parlaments oder des Volkes. Und es braucht grundlegende Änderungen, wenn wir ein ausgeglichenes Budget wollen. Blosse Budgetkosmetik hilft da nicht weiter. Eine Ablehnung des Budgets 2016 wäre daher unserer Auffassung reine Politik fürs Schaufenster. Ausser zusätzlichem Aufwand und damit auch weiteren Kosten würde durch Ablehnung rein gar nichts gewonnen. Wem es wirklich ums Sparen geht – und darum geht es uns,- verzichten wir auf solchen Leerlauf.

Was ist stattdessen zu tun? Sollen wir uns resigniert damit abfinden, dass es um die Finanzen der Stadt schlecht bestellt ist und uns der Stadtrat in seinen Ausführungen zum Budget kaum Perspektiven aufzeigt, wie wir aus der aktuellen Situation wieder herauskommen? Selbstverständlich nicht. Nein, meine Damen und Herren, ein solches Budget darf es nicht nochmals geben. Dafür wird sich unsere Fraktion mit vollem Engagement einsetzen.

Und damit komme ich zum Ausblick auf den kommenden Budgetprozess 2017, denn nach dem Budget ist bekanntlich vor dem Budget. Und im Hinblick auf die Ausarbeitung des Budgets 2017 muss nun nach unserer Auffassung einiges anders laufen als in der Vergangenheit. Im Wesentlichen geht es uns dabei um die folgenden zehn Punkte.

1. Wir brauchen nun im politischen Arbon eine klare Prioritätensetzung. Die aktuelle finanzielle Schieflage ist das Problem unserer Stadt und muss an erster Stelle aller politischen Bemühungen stehen. Wenn uns der finanzielle Turnaround innerhalb der nächsten Zeit nicht gelingt, nimmt uns das jeden politischen Handlungsspielraum
2. Es ist Zeit für eine schonungslose Analyse der Situation. Das politische Arbon ist in finanzieller Hinsicht ein Sanierungsfall.
3. Es braucht daher nun seitens des Stadtrats dringend ein überzeugendes Sanierungskonzept. Trotz der finanziell schwierigen Situation gibt es keinen Grund zur Resignation. Arbon hat sehr viel Potenzial und viele Entwicklungen laufen durchaus in eine gute Richtung. Wir werden diesen Haushalt wieder ins Lot bringen, wenn wir alle, Parlament und Bevölkerung, am gleichen Strick ziehen. Aber der Stadtrat muss hier öffentlich wahrnehmbar die Führung übernehmen und vorangehen. Er muss überzeugend aufzeigen, mit welchen Massnahmen wir über welchen Zeitraum den Haushalt wieder ausgleichen können.

4. Teil eines solchen Sanierungskonzepts muss ein Sparprogramm sein. Die städtischen Subventionen sind konsequent und systematisch auf ihre Sinnhaftigkeit hin zu untersuchen, zu priorisieren und mit der aktuellen wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit unserer Stadt in Einklang zu bringen. Das wird absehbar Verteilkämpfe auslösen. Aber diese Diskussionen sind nun zu führen. Wir werden diesen notwendigen Prozess aktiv vorantreiben und von der Fraktion entsprechende Vorschläge zu Beginn des nächsten Jahres ins Parlament einbringen. Und wir begrüssen es ausdrücklich, wenn auch von anderen Fraktionen entsprechende Bemühungen unternommen werden. Und wenn es uns nicht gelingt, bei den Ausgaben Prioritäten zu setzen, dann sind bei den gesetzlich nicht gebundenen Ausgaben allenfalls auch Kreditsperren ein Thema. Bereits heute aber ohne schlüssiges Sanierungskonzept nach der Rasenmähermethode vorzugehen, scheint uns hingegen keine seriöse Finanzpolitik zu sein.
5. Im Rahmen der Vorbereitung eines solchen Sparprogramms ist bei der städtischen Verwaltung auch eine Leistungsüberprüfung durchzuführen. Der städtische Stellenetat ist unter die Lupe zu nehmen. Es erscheint relativ schwer verständlich, dass sich der Stadtrat in derart angespannten finanziellen Zeiten gegen eine solche Durchleuchtung der Verwaltung wehrt. Entsprechende Quervergleiche mit anderen Gemeinden erscheinen nicht nur möglich, sondern sehr sinnvoll.
6. Im Rahmen eines Sanierungskonzepts sind wir auch bereit, über Mehreinnahmen zu diskutieren. Wenn im Rahmen eines grundsätzlich stimmigen Konzepts der finanzielle Ausgleich realistisch erscheint, dann kann man mit uns über Mehreinnahmen diskutieren. Aber heute gewissermassen ins Blaue, ohne effektive Aussicht auf einen ausgeglichenen Haushalt irgendwelche Mehreinnahmen zu beschliessen, ist mit uns nicht zu haben.
7. An erster Stelle stehen bezüglich Mehreinnahmen natürlich die Sozialhilfeausgaben, bzw. ein entsprechend höherer kantonaler Ausgleich. Wenn wir die Sozialhilfeausgaben nicht in den Griff bekommen, wird die Sanierung unseres Haushaltes ein sehr schwieriges Unterfangen bleiben. Natürlich werden wir diesbezüglich die Situation in Arbon weiterhin sehr kritisch verfolgen. Der jüngst erstellte Bericht, der bislang noch nicht vorliegt, wird uns dabei eine Hilfe sein. Aber wir sollten in Arbon damit aufhören, diesbezüglich das Hauptproblem bei den Mitarbeitern des eigenen Sozialdienstes zu sehen. Hauptproblem ist, dass wir aufgrund relativ vieler günstiger Wohnungen und relativ alter Verhältnisse in Arbon für sozial schwächere Mitbürgerinnen und Mitbürger einen attraktiven Wohnort darstellen. Wenn sie dann effektiv nach Arbon ziehen, ist ihnen dafür selbstverständlich kein Vorwurf zu machen. Aber es muss innerkantonal in grösserem Ausmass als heute eine Solidarität unter den Städten herrschen. Dies vor allem deshalb, da der Kanton uns die Regeln, nach denen die Sozialhilfeleistungen zu bemessen sind, verbindlich vorgibt und uns nur sehr kleine Ermessensspielräume einräumt.
8. Im Weiteren brauchen wir eine nachhaltige Finanzpolitik. Wenn wir den Finanzhaushalt nur mittels Einmalerlöszen aus dem Verkauf von Liegenschaften und anderen Vermögenswerten im Lot halten, dann tun wir dies auf Kosten der kommenden Jahre. Wir müssen nicht Liegenschaften verkaufen, sondern dafür sorgen, dass sie höhere Erträge generieren, allenfalls auch indem Liegenschaften im Baurecht abgegeben werden. Das entlastet den Haushalt dauerhaft.
9. Weiter ist eine Investitionsplanung erforderlich, die sich an unseren aktuellen finanziellen Möglichkeiten ausrichtet. Und die sind bescheiden. Die knappen Mittel sind neben dem notwendigen Unterhalt der bestehenden Infrastruktur konsequent auf diejenigen Vorhaben zu konzentrieren, die das grösste Wachstumspotential versprechen.
10. Schliesslich braucht es auch hier eine professionelle Kommunikation. Der Bevölkerung kann Einiges zugemutet werden, wenn sie zur Überzeugung gelangt, dass die Stadt eine stimmige Sanierungsstrategie verfolgt, was vor allem heisst, dass der Stadtrat glaubwürdig vermitteln kann, dass wir das Ziel eines ausgeglichenen Haushalts mit den vorgeschlagenen Massnahmen während, und das ist wichtig, eines überblickbaren Zeitraums auch effektiv erreichen werden.

Die Bevölkerung muss daher in den Sanierungsprozess eingebunden werden, was nur mittels frühzeitiger und offener Kommunikation gelingen kann.

Meine Damen und Herren, wir stehen vor schwierigen Jahren. Aber wir müssen diese Herausforderungen meistern und wir werden sie meistern. Die CVP/EVP-Fraktion wird sich im neuen Jahr intensiv darum bemühen, dass diesbezüglich die Weichen rechtzeitig richtig gestellt werden.

Andrea Vonlanthen, SVP: Kurze Bemerkung zur lustig oder witzig gemeinten Bemerkung, der Felix der Woche sei Robert Schwarzer erteilt worden für eine Steuererhöhung. Selbstverständlich hat Röbi Schwarzer den Felix der Woche verdient, aber nicht für eine Steuererhöhung sondern weil seine Behörde die Hausaufgaben gemacht hat. Die Sekundarschulbehörde hat gespart, wirklich gespart, dass es weh tat. Drei Lehrer wurden entlassen, eine Klasse wurde gestrichen – das waren echte Sparbemühungen. Dann rechtfertigt es sich auch, nach Mehreinnahmen zu suchen und, die wurden dann auch gewährleistet. Aber nicht wegen der Steuererhöhung, sondern weil die Behörde ihren Job gemacht hat, hat er den Felix bekommen.

Wir haben vorhin eine kurzfristig anberaumte Präsentation des Stadtrats erlebt. Ich denke, dass es zum Budget selber weniger Erhellendes gebracht hat. Auffallend aber war doch, dass dazu zwei Stadträte gebraucht wurden, um am Mikrophon Auskunft zu geben. Und da stellt sich doch wieder einmal die Frage: Wer ist denn bei uns zuständig als Finanzminister? Wir meinen, dass der Stadtrat langsam doch an eine interne Reorganisation denken müsste, in der Richtung, dass die Finanzen einfach ins Stadtpräsidium gehören. Dies um so mehr, als unser Stadtpräsident kein eigentliches Ressort führt. Das ist überhaupt keine Kritik an unserem Finanzchef Patrick Hug, aber es ist eine Kritik an einem problematischen Ressortsystem. In aller Regel führt im Thurgau der Stadtpräsident, der Gemeindepräsident das Finanzressort. Das gäbe ich nie aus den Händen, sagte mir gestern ein Stadtpräsident. Das Ressort Finanzen ist das Schlüsselressort. Es sollte nicht einfach als ein Ressort neben anderen verstanden werden. Es sollte ein griffiges Ressort mit Weisungsrecht in sämtliche Ressorts hinein sein. Der Stadtpräsident als einziger Exekutivprofi im Stadthaus sollte die finanziellen Fäden in seinen Händen halten und entschieden reagieren, wenn die Kosten in einzelnen Ressorts und Ämtern aus dem Ruder laufen. Zusammen mit anderen Ressortleitern hätte er auch viel klarere Vorgaben pro Ressort zur Erfolgsrechnung und zur Investitionsrechnung zu machen, und diese auch zu überwachen.

Punkto Finanzen haben wir in Arbon ein Führungsproblem und ein Strategieproblem. Abgesehen von diesem Problem punkto Sparwille und Budgetdefizit hat der Stadtrat seine Hausaufgaben wirklich nicht gemacht. Darauf weist ja die FGK in ihrem Bericht hin: Ein eindringlicher Sparwille ist nicht erkennbar, sagt die FGK zum wiederholten Mal. Deshalb auch werden wir, wie Roland Schöni es angekündigt hat, werden wir einen Antrag stellen, das Budget zurückzuweisen. Nicht weil wir gefrustet wären, Kollege Diezi, sondern weil wir meinen, wir müssten das konsequenterweise tun. Wir werden auch nicht für Ablehnung plädieren, weil es ein Leerlauf wäre, sondern wie wir meinen, der Stadtrat braucht jetzt einen klaren Fingerzeig, dass er seinen Job zu machen hätte, und Sparmassnahmen einzuleiten hätte.

Max Gimmel, FDP/XMV: Wenn wir die Stadt Arbon vergleichen, und ich muss das immer wieder einmal mit Frauenfeld, Kreuzlingen, Amriswil und Weinfelden, so hat die Stadt Arbon in den Schulen, wie auch in den Kirchen, in der Gemeinde 15 bis 20 Prozent höhere Steuersätze als die anderen Gemeinden im Durchschnitt. Also die Schule ist genauso schlecht dran bezüglich Steuerfuss, wie die Gemeinde und die Kirchen. Das ist Fact. Wenn wir jetzt einmal die Stadt Frauenfeld vergleichen, wenn die mit der Steuerkraft pro Einwohner kutschieren müsste wie die Stadt Arbon, dann hätte Frauenfeld ein Defizit von 14 Mio. Franken. Kreuzlingen hätte ein Defizit von 6 Mio. Franken.

Ich habe einfach den Eindruck, wir üben hier drin uns in Zuweisungen von Schimpfwörtern, ohne dass wir substantiell an die Sache gehen. Wenn hier irgendjemand da drin behaupten mag, er hätte eine Lösung für das Problem von Arbon, dann soll er sie jetzt und heute bringen, und soll darlegen, wie man es lösen kann. Ich glaube, es sind so viele Leute an diesem Thema und es ist so verdammt schwierig, eine Lösung zu finden, wie man zusätzliche Steuerkraft erringen kann. Es ist nicht leicht in einem Budgetprozess, indem wir notabene höchstens 10 Prozent vom gesamten Steuerfranken, den wir bezahlen, anfechten können. Wenn sie mal schauen, wieviel effektiv hier oben diskutiert wird von dem, was sie auf der Steuerrechnung haben, dann sind das höchstens 10 Prozent. Der Rest geht an den Kanton, die Schule und an die Kirchen. Der andere Rest, der noch fehlt, sind noch etwa 12 Prozent von diesen 76 Prozent, die gebundene Kosten sind.

Aus diesem Grund sind wir in unserer Fraktion der Ansicht, dass wir unbedingt vermeiden sollten, die Steuerattraktivität von Arbon irgendwie zu schwächen. Wir müssen mit einem rigorosen Sparprogramm hinter effektive Sparmassnahmen gehen. Und das tut weh. Es gibt Abstriche auf allen Ebenen. Das ist aber befristet. Wenn wir die mal gemacht haben, so können wir einigermassen überleben und müssen dann zuschauen, wie wir neue Steuerpotenziale generieren können.

Wenn wir 2 Mio. Franken mehr Steuereinnahmen wollen, bräuchten wir als nächstes Zuzüger, 250 neue Zuzüger mit einem Einkommen von über Fr. 100'000--. Das ist einfach einmal ein Bild, was es effektiv braucht, um steuermässig aus dieser Situation rauszukommen. Dazu haben wir heute keine Lösung, dazu müssen wir einfach langfristig denken. Das hat man ja auch gesehen in der Folie vom Stadtpräsidenten. Die Entwicklung der Wohnbauten geht in diese Richtung. Aber diese Entwicklung geht langsam vor sich. Und von diesen 100 neuen Wohnungen versteuern leider nicht alle 100 neuen Wohnungsbesitzer Fr. 100'000--. Das wäre zu schön. Aber es ist Fakt, dass wir auf dieses Steuersubstrat abzielen müssen und deshalb auch in diesem Bereich Wohnraum zur Verfügung stellen müssen.

Ich meine, dass wir jetzt dazu übergehen, einfach seriös Punkt für Punkt dieses Budgets anzuschauen und Abstriche zu machen. Das müssen wir gemeinsam tun. Das kann nicht jeder für sich allein, und auch nicht jeder seine eigenen Interessen wahren. Es ist notwendig, dass wir uns zusammenraufen und da bitte ich euch alle sehr darum. Danke.

Riquet Heller, FDP/XMV: Ich habe euch sehr gerne zugehört. Interessante Voten, grundsätzliche Voten. Aber was haben wir denn bisher gemacht? Wo haben wir die Leitplanken gesetzt als Gesetzgeber? Jedem Franken hinterher hechten. Wir haben diskutiert über die Subvention der politischen Arbeit. Die ging natürlich durch. Kritiker wurden nicht beachtet. Jetzt soll man hinter jedem Franken hinterherhechten.

Zweiter Punkt Genossenschaft Sonnhalden: Wir haben 1 Mio. Franken Genossenschaftskapital gezeichnet, obwohl wir nicht dazu gezwungen gewesen wären. Wir haben es gleichwohl getan. Politisch wurden nachher die Gegner, die das bekämpft haben, mit einer schallenden Ohrfeige bedacht, nach der Abstimmung weggelobt. Eine schallende Ohrfeige war das, die Sparbemühung. Sie klingt jetzt nach bei dieser düsteren Perspektive, die wir hier haben.

Sie wissen, dass wir Probleme bei der Sporthalle haben. Sicher wie das Amen der Kirche wird sein, dass die Bauherrin, die Sekundarschulgemeinde Arbon Roggwil zu uns kommen wird und dort eine Mithilfe unsererseits für diese entsprechende Kostenüberschreitung haben möchte.

Dann, was wir erreicht haben in der Legislaturperiode, ist auch, dass wir den potentersten Pächter für unsere Gastronomiebetriebe nicht mehr haben. Den haben wir verscheucht. Das ist die Leistung des Parlaments.

Sodann, herzlichen Dank Dominik Diezi, für die Prioritätenliste, die du wünschest. Als ersten Punkt, um die finanzielle Lage zu verbessern. Was heisst das konkret für die Demenzinitiative, die kommen wird? Was heisst das konkret für die Projekte in Sachen Sonnenblumen? Dort wird sich zeigen, was Fakt ist.

Und dann noch ein letzter Gedanke: Leitstern sollte es schon sein, dass Leute nach Arbon kommen, und sich nicht wegen der Steuern abgehalten fühlen, hier Wohnsitz zu nehmen. Und hier ist einfach Fakt, dass wir kantonal bereits an der Spitze liegen. Wenn wir auch Verbesserungen mit Sparbemühungen machen, wie das Andrea Vonlanthen gesagt hat, und dann über eine Steuererhöhung diskutieren, um allenfalls einen „felix“ dann doch noch zu verdienen. Es ist Tatsache, wenn wir die Steuern erhöhen, wir bauen unsere Spitzenposition aus. Würden wir aus dem Mittelfeld agieren und Steuern erhöhen, wäre ich noch dabei. Aber wir sind bereits an der Spitze. Es ist wie beim Alkoholiker, der nochmals einen Zweier trinkt. Nein, es müsste einer weniger sein.

Deshalb meine ich, es wird ein schmerzhafter Prozess sein. Dieses Budget werden wir höchstwahrscheinlich genehmigen ohne Steuererhöhung. Aber im kommenden Jahr werden einige heilige Kühe zur Schlachtbank geführt werden müssen, ansonsten das nächste Budget genau dasselbe Szenarium zeigt, wie das jetzige.

Luzi Schmid, CVP/EVP: Ich bin ja noch eine Antwort schuldig. Es wurde aus dem Parlament gefragt, was die Lüp-Überprüfung ist. Wie habe ich gesagt: eine Gefälligkeits-Lüp. Wenn wir heute in der Diskussion das anhören, ist ja klar, diese Leistungsüberprüfung hat uns nicht weitergebracht. Ich habe gesagt: wessen Brot ich esse, dessen Lied ich singe. So ist eben auch diese Leistungsüberprüfung. Ist ja klar, der Stadtrat ist in der Zwickmühle. Was sollen sie machen? Sie brauchen Aussenstehende, die dann noch aufzeigen, wie es weiter gehen kann.

Was mich aber bei dieser Frage wirklich stört: Diese Frage ist ja an den Stadtrat gerichtet gewesen. Jetzt fragt mich ein Parlamentarier, wie ich das meine. Ich glaube, der Stadtrat braucht keine verlängerten Arme hier im Parlament, um sich zu rechtfertigen. Die Lüp, die haben wir vor einem Jahr hier drin im Saal besprochen und sehr ausgiebig. Wir haben grüne und schwarze Punkte gehabt. Die Begeisterung war ja wirklich nicht gross, weil, das waren Lösungsansätze, die wir hier drinnen alle gewusst und gekannt haben. Wenn das keine Gelegenheit- oder keine Wunsch-Lüp ist, dann weiss ich nicht. Die ganz grossen Herausforderungen: Schuldenabbau, Verträge mit der HRS, da stand gar nichts. Da können wir heute noch nicht darüber diskutieren. Das ist die Aufgabe vom Stadtrat, hier uns einmal klaren Wein einzuschenken. Die ganzen moralischen Überlegungen verstehe ich natürlich, wenn ich gerade am Mikrophon bin, auch. Nur wenn wir keine Informationen haben vom Stadtrat, können wir auch keine Lösungen anbieten.

Ich bin in der FGK. Wir haben nachgefragt. Müssen wir zum Beispiel, Verträge mit der HRS, eine Subkommission bilden? Wieso können wir da nicht informiert werden? Das ist die Frage. Deshalb habe ich diese Lüp angetönt, weil ich das Gefühl habe, hier wird mit einem Bericht immer wieder gewedelt, um abzulenken.

Vizestadtpräsident Patrick Hug: Lassen sie mich als Ergänzung zur PP-Präsentation und aufgrund ihrer Voten zum Eintreten noch folgendes erwähnen. In seinem Entscheid, der Stadt Arbon für die Jahre 2016 und 2017 ausserordentliche Finanzausgleichsbeträge von insgesamt 1,1 Mio. Franken zu gewähren, attestiert der Regierungsrat der Stadt Arbon eine besonders schwierige finanzielle Situation. Die Leistung eines Beitrags zum Abbau des strukturell bedingten Defizits aus übermässigen Belastungen der Vorjahre zeige sich gesamtheitlich betrachtet als gerechtfertigt. So wörtlich zitiert aus dem Entscheid. Neben den stark gestiegenen Sozialhilfekosten erwähnt die Regierung vor allem die hohen Investitionen und Abschreibungen für die Erstellung der NLK und die Erschliessung des Areals Saurer WerkZwei.

Für die Stadt Arbon ist nun aber wesentlich, Roland Schöni, dass sie aufgrund des Wirkungsberichts 2011-2015, welchen der Regierungsrat im Frühjahr 2016 erstellt, ab 1.1.2017 einen wesentlich höheren Soziallastenausgleich erhält. Heute hat die Stadt Arbon im Vergleich zum kantonalen Durchschnitt eine Mehrbelastung von über 2 Mio. Franken zu tragen. Cyrill Stadler hat es erwähnt. Der Stadtrat, Luzi Schmid, wird sodann die Ergebnisse aus der Aufgaben- und Leistungsüberprüfung weiter konsequent umsetzen und die diesbezüglichen Anstrengungen zur Rechnungsverbesserung noch intensivieren. Wir werden weitere Sparmassnahmen in die Wege leiten müssen. Dies steht ausser Frage, Dominik Diezi. Gerade an der gestrigen Stadtratssitzung haben wir einen fünfstelligen Betrag gestrichen, der im Budget 2015 vom Stadtparlament ursprünglich genehmigt worden war.

Lassen sie mich noch einige Aussagen zum Antrag des Stadtrats zur Reduktion der Abschreibungen erwähnen. Ich möchte im Namen des Stadtrats ausdrücklich festhalten, dass wir uns hier nicht selber betrügen wollen, wie dies die FGK schreibt. Vielmehr wollen wir uns im Hinblick auf das Eigenkapital, und dieses wurde ja heute Abend von verschiedenen Votanten immer wieder erwähnt, dass sich dieses eben dramatisch reduziert, für ein zusätzliches Jahr Luft verschaffen, bis eben der neue Soziallastenausgleich 2017 in Kraft tritt. Wir haben in den Jahren 2007 und 2008 zusätzliche Abschreibungen in der Höhe von total 2,5 Mio. Franken vorgenommen. Und diesen Betrag wollen wir nun teilweise korrigieren und davon einmalig rund 1,5 Mio. Franken zur Reduktion des Budgetdefizits 2016 einsetzen.

Präsident Heinz Gygax: Sind weitere Wortmeldungen? Damit ist die Eintretensdebatte geschlossen. Wir kommen nun zur Detailberatung der Laufenden Rechnung.

Detailberatung:

Ich möchte ihnen vorab bekannt geben, wie ich die Detailberatung durchführen werde.

- 1.) Liegt ein Antrag der FGK vor, möchte ich nur bei einem Gegenantrag eines Stadtrats- oder eines Parlamentsmitglieds abstimmen lassen, da dieser Antrag ansonsten für mich als unbestritten gilt. In diesem Fall würde der FGK-Antrag als genehmigt gelten.
- 2.) Liegt ein Antrag der FGK vor und wird von einem Parlamentsmitglied ein Gegenantrag oder ein anderer Antrag gestellt, werden wir zuerst über Antrag FGK und Antrag Parlamentsmitglied abstimmen. Danach wird der obsiegende Antrag dem Antrag des Stadtrates, den sie dem Voranschlag entnehmen können, gegenübergestellt und darüber abgestimmt.
- 3.) Unbestrittene Korrekturen seitens Stadtrat: Wenn seitens Stadtrat Korrekturen angebracht werden und keine Wortmeldungen seitens Parlament erfolgen, gelten diese als unbestritten und damit als angenommen.
- 4.) zieht der Stadtrat einen seiner Anträge zurück und liegt ein FGK-Antrag vor, der ebenfalls als unbestritten gilt, gilt der FGK-Antrag als stillschweigend angenommen.
- 5.) zieht der Stadtrat einen seiner Anträge zurück, wird er hinfällig und wir müssen darüber nicht abstimmen.

Laufende Rechnung

Präsident Heinz Gygax: Ich werde ihnen die funktionalen Hauptbereiche und die dazugehörigen Gruppen, die fettgedruckt sind, lesen und dann eine Pause machen, um zu sehen, wer etwas sagen will. Bei Wortmeldungen bitte ich sie, immer auch die Kontonummer zu nennen.

Die Detailberatung ist eröffnet:
Botschaft zum Voranschlag 2016

Seiten 1 und 2

Roland Schöni, SVP: Ich habe es schon angekündigt. Im Namen der SVP-Fraktion stelle ich den Antrag, den Steuerfuss bei 76 Prozent zu belassen, und im Gegenzug den Voranschlag und den Investitionsplan 2016 an den Stadtrat zurückzuweisen. Selbst die Sparbemühungen der FGK greifen zu kurz und mit einer Halbierung der Abschreibungen sparen wir keinen Franken. Im Gegenteil, wir schieben das Problem nur weiter vor uns her. Geld, das wir vom Ausgleich, wie wir es auf der Folie gesehen haben, also wenn Geld von aussen kommt, oder man keine Einlagen in Fonds tätigt, das ist noch lange nicht gespart.

Es gibt Lösungen, Max Gimmel, und ich greife hier einige Punkte auf. Im Grunde genommen sieht man durch alle Fraktionen, dass wir alle hier bemüht sind, zu sparen. Nur fehlt es an Mut. Wir reden jetzt von einem 3,4 Mio. Franken-Defizit.

Wir fordern, dass das Defizit unter eine Million gedrückt wird

- Kein weiterer Stellenausbau – Verschiebung von Stellen innerhalb des städtischen Personals oder durch Einsparungen im entsprechenden Ressort
- Die Sparvorschläge aufgrund der Berichte und Analysen wie LüP, Bericht Mühle 2014 und neuster Sozialbericht Riz sind umzusetzen. Diese haben uns einen Haufen Geld gekostet und die Wirkung im Ziel ist überhaupt nicht eingetreten.
- Im weiteren fordern wir vom Stadtrat eine Verzichtplanung für mindestens ein oder zwei Jahre, mit Rückstellung von allen nicht zwingend notwendigen Projekten. Man könnte zum Beispiel einen Baustopp beim Kappeli sagen. Dort ist sowieso nicht klar, wie es mit dem Nutzungskonzept weiter geht. Man hat dort noch keine Vorstellungen, wie es ist. Weiter sind die Planungen einzustellen bei der Durchfahrt im Städtli, wir belassen es so. Dann Rückbau Bahnhofstrasse, hier kann man auch noch zuwarten. Und – es gibt noch weitere Punkte.
- Dann, wenn gespart werden muss, natürlich ein Leistungsabbau. Ein Leistungsabbau, wo es möglich ist. Die Leute werden das spüren und ertragen müssen. Sonst geht es nicht. Man kann nicht mehr verdienen und weniger arbeiten. Es wird einschneidende Massnahmen nachsichziehen.
- Dann zu den Ausgaben: Alle nicht gebundenen Ausgaben sind um fünf Prozent zu kürzen. Meine Recherche von Sirnach z.B. ergab, dass dort nur 46 Prozent als gebundene Ausgaben gelten, also nicht einmal die Hälfte. Der Stadtrat müsste einmal klar beziffern, welche Ausgaben er konkret als gebunden betrachtet und darlegen, was es heissen würde, die nicht gebundenen Ausgaben um fünf Prozent zu kürzen. Ich sehe, dass es nicht ganz unproblematisch ist, auch rechtlich, aber man müsste es einmal versuchen.
- Im weiteren wäre eine Schuldenbremse einzuführen, die helfen würde, dass auf Dauer nicht mehr ausgegeben wird, als tatsächlich vorhanden ist. Also: auf Dauer nicht mehr ausgeben als vorhanden ist.

Sie sehen, es gibt noch viele Punkte zu diskutieren. Wenn man aber nicht diskutieren will und nur seinen Standpunkt vertritt, kommen wir nicht weiter. Es kann zum Beispiel nicht sein, dass vier Stadträte sparen wollen und im Ressort Soziales überhaupt nicht. Falls nicht das Wunder von Arbon geschieht, sollten sie dieses Budget zurückweisen. Wenn wir es nicht tun, könnten es die Steuerzahler und Steuerzahlerinnen am 28. Februar 2016 an der Urne machen.

Ich beantrage Rückweisung Budget 2016 an den Stadtrat.

Präsident Heinz Gygax: Wir stimmen über diese Rückweisung ab.

://: **Der Antrag von Roland Schöni, SVP, Rückweisung des Budgets 2016 an den Stadtrat, wird mit 22 zu 6 Stimmen bei einer Personenabwesenheit im Saal, abgelehnt.**

Präsident Heinz Gygax: Wir kommen zur laufenden Rechnung.

Seite 1 bis Seite 8

keine Bemerkungen

Dominik Diezi, CVP/EVP: Es geht um den Lastenausgleich Sozialhilfekosten. Eine Frage unserer Fraktion: Wie bereits im Eintretungsvotum angetönt, liegt die Hauptursache der aktuellen Schieflage des Arboners Finanzhaushalts bei dem aus unserer Sicht ungenügendem kantonalem Lastenausgleich im Bereich der Sozialhilfe. Ich habe es vorhin schon angetönt. Natürlich müssen wir selbst unsere Hausaufgaben machen. Aber eben auf Grund der Struktur von Arbon übt diese Stadt mit seinen vielen günstigen Wohnungen und der Anonymität einer Kleinstadt eine starke Sogwirkung auf finanzschwache Mitbürgerinnen und Mitbürger aus der ganzen Region aus. Wir erbringen in diesem Bereich letztlich auch namhafte Leistungen für den uns umgebenden ländlichen Raum. Wir sind deshalb dringend auf mehr regionale und vor allem kantonale Solidarität angewiesen. Es ist wirklich keine billige Ausrede, wenn der Lastenausgleich nicht schnell zu unseren Gunsten angepasst wird, erscheint die Schliessung der Lücke im laufenden Haushalt als kaum lösbarer Herkulesaufgabe.

Die CVP/EVP-Fraktion hat zwar mit Befriedigung zur Kenntnis genommen, dass der Stadtrat diesbezüglich beim Regierungsrat offensichtlich ein offenes Ohr fand, und 2016 eine weitere, erhöhte Einmalauszahlung erfolgen soll. Nach Auffassung unserer Fraktion muss dieses Problem aber dauerhaft und nicht nur mittels eigentlich kantonaler Gnadenakte behoben werden. Unsere Fraktion möchte deshalb vom Stadtrat wissen, wie er sich diesbezüglich das weitere Vorgehen vorstellt, beziehungsweise wie seine entsprechende Strategie aussieht.

Stadtpräsident Andreas Balg: Die Frage beantworte ich gerne. Wir haben ja neben den Gesprächen mit dem Regierungsrat auch auf weiteren Ebenen Massnahmen ergriffen und bereits erste Erfolge erreicht. Zum einen ist ja eine Arboner Arbeitsgruppe gebildet worden, die zusammengesetzt ist aus den Kantonsparlamentariern und Vertretern aus dem Stadtrat. Wir haben innerhalb der Gruppe Massnahmen und Möglichkeiten besprochen, sind dann aktiv geworden in der weiteren Kommunikation, zuerst auf der Regierungsratsebene. Dann hat erst kürzlich eine Besprechung unter den sechs grössten Gemeinden stattgefunden. Dies insbesondere deswegen, weil, es sind ja kleinere Städte, aber trotzdem Städte, die ähnliche Herausforderungen haben wie Arbon selbst, einfach mit dem Unterschied, dass sich Frauenfeld und Kreuzlingen die hohen Sozialbelastungen besser leisten können. Der nächste Schritt ist nun eine gemeinsame Basis zu finden im Bezirk. Da erachten wir, dass wir eine gute Ausgangslage haben, weil Romanshorn und Amriswil einen ähnlichen Druck verspüren, wenn auch noch nicht in der gleichen Dimension. Damit wäre dann die Basis gelegt für eine intensive Diskussion des Wirkungsberichts. Wir erhoffen uns da in dem Zusammenhang die nötige Unterstützung dann auch für eine Anerkennung der besonderen Situation von Arbon kantonsweit zu erhalten. Der nächste Schritt ist: eine Veranstaltung auf Ebene Bezirk und dann die Einflussnahme in der Diskussion des Wirkungsberichtes, der im Frühjahr des nächsten Jahres erstellt sein sollte.

Lukas Graf, Präsident FGK: Ich möchte noch zu Seite 10 etwas zu den Abschreibungen sagen. Es geht hier noch nicht um den Antrag der FGK, der kommt noch bei den Zahlen selbst.

Ich möchte einfach dem Stadtrat danken für diese Szenarien, die er da aufgezeigt hat. Die FGK hat dies mehrfach gefordert, dass man so mal in die Zukunft schaut. Ich frage mich einfach: warum – warum wird das erst heute und warum so kurz vor der Budgetdiskussion gemacht? Es kommt bei mir einfach der Verdacht auf, dass man hier drei Kurven präsentiert, dies sozusagen als visuellen Impuls, deren Berechnungslage überhaupt nicht klar ist. Man kommt dann mit mündlichen Darstellungen zur Berechnungsgrundlage. Da wissen wir folgendes: die rote Kurve ist mit bestehenden FGK-Abschreibungen, null Steuererhöhungen und bisherigem Finanzausgleich.

Die grüne Kurve basiert auf einer Steuerkrafterhöhung von sieben Prozent, da kämen dann Folgefragen auf. Auf einen Finanzausgleich von plus 2 Mio. Franken zum jetzigen, da kämen auch Folgefragen auf, und mit halbierten Abschreibungen, da nähme mich dann die weitere Frist noch wunder, wie sich das auswirkt. Über die orange Kurve wissen wir folgendes: sie ist etwa in der Mitte. Da muss ich schon sagen, da hätte ich mir etwas mehr Informationen im Vorfeld, vor allem früher gewünscht, dass man darüber auch diskutieren kann. Dies ist für mich, meiner Meinung nach, ein plumper Versuch, hier die Parlamentsmeinung irgendwie zu beeinflussen.

Cyrill Stadler, FDP/XMV: Ich möchte mich hier anschliessen an das Votum vom Lukas Graf. Der Finanzausgleich wird in irgendeiner Form gekoppelt sein an die durchschnittliche Ausgabe, die man pro Bürger hat im Sozialhilfebereich. Wenn wir das hochrechnen mit 14'000 Einwohnern, die Fr. 129.--, die die durchschnittliche Gemeinde im Kanton bezahlt, bekommen wir einen Betrag von 1,8 Mio. Franken. Wenn wir mit unserem Wert rechnen, kommen wir auf 4,7 Mio. Franken, also Fr. 341.-- mal 14'000 Einwohner. Die Differenz dazwischen bewegt sich irgendwo knapp unter 3 Mio. Franken. Wenn der Kanton die volle Differenz übernehmen würde, dann sähe das Ergebnis wirklich besser aus. Wenn der Kanton beispielsweise, wie das im St. Galler-Finanzausgleich der Fall ist, 55 Prozent der zusätzlichen Belastung übernimmt, dann bewegen wir uns bei einer Verbesserung irgendwo in der Grössenordnung 1,4 / 1,5 Mio. Franken. Mit diesem zusätzlichen Lastenausgleich, der jetzt für dieses und nächstes Jahr, für 2016 und 2017 versprochen wurde, bewegen wir uns schon irgendwo in der Grössenordnung, wie das der Kanton St. Gallen abwickelt. Also so viel besser würden wir am Schluss der Übung auch nicht dastehen.

Aber, und da bin ich völlig einverstanden, bis auf den letzten Rappen kann man das so mit einer einfachen Kalkulation nicht darlegen. Es macht auf jeden Fall Sinn, gegenüber dem Kanton, hier Gewicht in die Waagschale zu legen. Ein möglicher Weg könnte es sein, dass wir vielleicht als Stadt eine Standesinitiative lancieren und sagen: halt, es muss ein neuer Finanz- und Lastenausgleich innerhalb vom Kanton angezettelt werden und das eben mit Nachdruck unterstützen würden.

Präsident Heinz Gygax: Sind keine weiteren Wortmeldungen, fahren wir fort.

Seite 11 bis 17

keine Bemerkungen

Wir kommen zu den gelben Seiten, Voranschlag 2016, Laufende Rechnung Seiten 1 bis 32.

10 Allgemeine Verwaltung

Lukas Graf, Präsident FGK: Ich möchte an dieser Stelle die beiden Anträge zu den Unterkontengruppen stellen, einzeln zuerst zur Unterkontengruppe 3010 Besoldungen und nicht wie 3110 im FGK-Bericht fälschlicherweise steht:

Hier kommt es aufgrund der zeitlichen Abläufe bereits zu einer etwas speziellen Situation und zwar: Als die FGK sich bei Stadtrat erkundigt hat, wie weit die Umsetzung der Arbeitszeiterhöhung auf 42 Wochenarbeitsstunden sei, war noch nicht klar, dass diese Massnahme wenn überhaupt erst im 2017 rechnungsrelevant wird. Auch am Fragenachmittag vom 3. November war noch von 2016 die Rede. Inzwischen haben wir die entsprechende Botschaft des Stadtrats erhalten und dafür vorhin eine Kommission eingesetzt. In dieser Botschaft heisst es nun: „Anzustreben ist eine Umsetzung der beiden Massnahmen auf den 1. Januar 2017“.

Der Antrag der FGK besteht gleichwohl und ich stelle diesen hiermit: Die FGK beantragt eine Kürzung in der Unterkontengruppe Besoldungen von 30'000.-- Franken. Ein erster Effekt der Wochenarbeitszeiterhöhung wurde bereits auf 2016 erwartet. Mittelfristig sollte es möglich sein, durch diese Mehrarbeit 200 Stellenprozente einzusparen.

Die Fr. 30'000.-- sind ein Betrag, der nach Ansicht der FGK bereits innerhalb des ersten Jahres durch Veränderungen im Personalaetat sowie durch Nutzung der natürlichen Fluktuation eingespart werden könnte.

Präsident Heinz Gygax: Wir machen weiter.

Stadtpräsident Andreas Balg: Was machen wir jetzt?

Lukas Graf, Präsident FGK: Das war ein Antrag der FGK. Wenn jemand dagegen ist, muss er sich jetzt melden. Sie müssen uns da ein bisschen Zeit lassen.

Präsident Heinz Gygax: Es gibt einen Gegenantrag?

Jacob Auer, SP-Gewerkschaften-Juso: Das ist halt, wenn man zur Linken des Präsidenten sitzt, dann sieht man mich nicht.

Ich spreche zum gleichen Konto wie Kollege Lukas Graf im FGK-Bericht, die Besoldung um Fr. 30'000.-- weniger zu budgetieren. Eine allfällige Massnahme zum Thema Mehrarbeit ist erst 2017 spürbar. Daher beantrage ich, diesen Antrag der FGK kommentarlos abzulehnen.

Max Gimmel, FDP/XMV: Bezuglich der Arbeitszeiterhöhung bin ich nicht sicher, dass die wirklich erst per 1.1.2017 wirksam wird, ich plädiere deshalb, dem Antrag der FGK zuzustimmen.

Stadtpräsident Andreas Balg: Einfach zur allgemeinen Erläuterung. Der Stadtrat hat die Thematik diskutiert und wir waren uns anfänglich nicht sicher, ob wir allenfalls eine befristete und für 2016 orientierte Anpassung vornehmen können. Wir haben das diskutiert und sind der Meinung, dass wir dem entsprechenden Prozess die nötige Zeit geben müssen und dann die Anpassung auf den 1.1.2017 erfolgt. Zusätzlich darf ich sagen, dass die Organisation der Verwaltung laufend überprüft und, wo möglich, optimiert wird. Wer dabei war beim aktuellen Bericht über die Sozialdienstabteilung, der hat gesehen, dass man von Personalerhöhungen spricht. Dennoch ist es uns gelungen, in den letzten zwei Jahren die Tendenz zu senken und Stellen, mindestens punktuell, insgesamt zu reduzieren. Insgesamt liegt dieser Betrag innerhalb der möglichen Schwankungen. Dennoch bleiben wir bei unserem Antrag.

Max Gimmel, FDP/XMV: Ich möchte zu diesem Thema gerne noch ein Beispiel erwähnen. Die Stadt Uzwil hat sich mit der Firma Bühler solidarisiert und hat im Gemeinderat beschlossen, dass die Gemeindeangestellten befristet von 42 auf 44 Stunden die Arbeitszeit erhöhen sollen. Es gibt Beispiele, wo man wirklich was machen kann. Ich glaube, die Situation bei uns in Arbon darf durchaus verglichen werden mit vielen Betrieben, die mit einer echten Eurosituation konfrontiert sind. Deshalb denke ich, man darf da noch einen Zicken zulegen.

Präsident Heinz Gygax: Wir kommen zur Abstimmung.

://: Der Antrag der FGK, die Unterkontogruppe 3010, Besoldungen, um Fr. 30'000.-- weniger zu budgetieren, wird mit 21 zu 8 Stimmen angenommen.

Präsident Heinz Gygax: Wir kommen zum nächsten Konto.

Lukas Graf, Präsident FGK: Wir kommen zum zweiten Antrag der Unterkontengruppe. Das ist die Unterkontengruppe 3310 bis 3314, Abschreibungen. Wie im Eintreten bereits angekündigt und begründet, beantragt die FGK grossmehrheitlich, die Abschreibungen vollumfänglich vorzunehmen und die Mindestabschreibungen gemäss kantonaler Verordnung einzuhalten. Dies führt zu Mehraufwendungen im Umfang von 1,487 Mio. Franken gegenüber dem Budget des Stadtrats.

Vizestadtpräsident Patrick Hug: Wie bereits erwähnt, möchte der Stadtrat an seinem Antrag festhalten. Der Stadtrat ist sich bewusst, dass die Verordnung des Regierungsrats über das Rechnungswesen Mindestabschreibungssätze vorschreibt. Begründen lässt sich dieser Schritt, wie in der Botschaft zum Voranschlag 2016 erwähnt, dadurch, dass in den Jahren 2007 und 2008 zusätzliche Abschreibungen in der Höhe von insgesamt 2,5 Mio. Franken getätigt wurden. Hätte zu jenem Zeitpunkt der Stadtrat die zukünftigen finanziellen Probleme bereits voraussehen können, wären die damaligen Gewinnverwendungen mit Sicherheit anders entschieden worden. Deshalb erachtet es der Stadtrat als legitim, in der aktuellen Situation die damaligen zusätzlichen Abschreibungen teilweise wieder zu korrigieren. Wir haben den Antrag für einen ausserordentlichen Finanzausgleich zusammen mit dem Budget 2016 beim Regierungsrat eingereicht und keinerlei Beanstandungen bezüglich des reduzierten Abschreibungsbetrags erhalten.

Ruedi Daeppl, SVP: Im Namen der SVP-Fraktion spreche ich hier, die Halbierung der Abschreibungen ist nicht zulässig und muss darum abgelehnt werden. Mit diesem Trick sparen wir keinen Franken. Frauenfeld hat über Jahre Abschreibungen gemacht und hat dies deshalb getätigt. Wenn hier Frauenfeld ins Spiel gebracht wird, ist es eine ganz andere Ausgangslage. Frauenfeld hat diesen finanzpolitischen Trick angewendet, um kurzfristig mehr Spielraum zu haben. Das mag kurzfristig angehen, weil man wieder bessere Zeiten sieht. Frauenfeld hat ein Eigenkapital von ungefähr 70 Mio. Franken. Das ist auch der Grund, dass sich der Kanton auch nicht eingeschaltet hat.

Bei Arbon sieht das aber ganz anders aus. Wir haben praktisch kein Eigenkapital mehr und können das nicht in Kürze ausgleichen. Falls Arbon diese Abschreibungsvorschriften umgeht, wird der Kanton intervenieren, vor allem wenn man ihn auf die Verletzung der Verordnung hinweist. Nicht zuletzt deshalb kommt die Halbierung der Abschreibungen nicht in Frage. Ich beantrage deshalb eine Ablehnung.

Riquet Heller, FDP/XMV: Ich bitte sie den Stadtrat zu unterstützen. Erster Punkt: bringen wir uns nicht unnötig unter Druck. Folgen wir nicht dem Stadtrat, so hat das zur Folge, dass unser Eigenkapital schneller schwindet, wie Schnee am Märzenschnee. So können wir ihn ein bisschen an den Schatten stellen, das Eigenkapital, und gewinnen so Zeit.

Es stimmt, es ändert an der Lage eigentlich nichts.

Ein zweiter Punkt: Es mag sein, dass der Kanton aufmucken wird, aber soll er. Soll er unsere desolate Lage zur Kenntnis nehmen und dann sagen: ihr habt voll abzuschreiben. Dann sind wir noch mehr im Sumpf drin und soll er auch die entsprechenden Konsequenzen betreffend den Gesuchen, die unser Stadtrat stellt, ziehen. Deshalb bitte ich sie, den Stadtrat zu unterstützen.

Roland Schöni, SVP: Jetzt bin ich schon etwas erstaunt über die FDP und vor allem über Riquet Heller, der uns als Oberlehrer jeweils die Paragraphen um die Ohren schlägt und sagt, dass man genau nach Reglement und Verordnungen arbeiten müsse. Es ist ganz klar, der Kanton schreibt vor, dass die Abschreibungen korrekt vorgenommen werden müssen. Es wäre eine Verletzung der Verordnung. Dass er das jetzt zu diesem Zeitpunkt gutheisst, erstaunt mich doch.

Cyrill Stadler, FDP/XMV: Roland Schöni, ich kann dich beruhigen. Das Erstaunen hält sich in Grenzen. Wir haben das fraktionsintern sehr intensiv diskutiert. Es gibt sehr gute Argumente für den stadträtlichen Weg und es gibt ebenso gute Argumente für den FGK-Weg. Ich selber habe mich für den FGK-Weg entschieden, weil ich auch der Meinung bin, dass die zusätzlich getätigten Abschreibungen zu weit in der Vergangenheit liegen, und dass ein guter Teil des Effektes, dieser verdeckten Eigenkapitalbildung, oder der Bildung der stillen Reserven, wie auch immer man diesem Kind den Namen geben will, aufgebraucht sind.

Aus diesem Grund denke ich, wäre es eher transparenter, wenn man sagt: halt stopp, Ende der Übung, Ende der Fahnenstange. Wir sind an einem Punkt angelangt, wo es brenzlig wird. Wenn wir halt jetzt nochmals etwas mehr abschreiben und näher am Nullpunkt vom Eigenkapital hinkommen, dann zeigen wir aber auch gegenüber dem Kanton, gegenüber Dritten, gegenüber Aussenstehenden: uns steht das Wasser jetzt einfach bis zum Hals. Aus dieser Überlegung, vermischt mit dem eher weitzurückliegenden Sündenfall, ich sag dem jetzt mal so, dem könnte man auch Glücksfall sagen, der erhöhten Abschreibungen, bin ich der Meinung, dass man der FGK folgen sollte und für den normal vorgesehenen Abschreibungs- betrag stimmen sollte. Das müssen wir auch in unseren Unternehmungen und in unseren Firmen so machen. Wir können da auch nicht nach Belieben höher oder weniger hoch abschreiben.

Silke Sutter-Heer, FDP/XMV: Ich habe mir die Mühe genommen nachzufragen, wie das denn in Frauenfeld abgelaufen ist. Es gab auch Diskussionen, sehr sachlich geführte Diskussionen, ohne dass dabei die Argumente persönlich geworden wären. Das Argument war in der Tat gleich wie bei uns. Man hatte zuvor Mehr Abschreibungen vorgenommen als vorgesehen war gesetzlich und hat sich dann auf den Standpunkt gestellt, ohne dass der Kanton eingegriffen hätte, dass man diese Mehrabschreibungen, die ja auch nicht gesetzeskonform wären, wenn man das Gesetz so eng auslegen würde, eben in den Jahren darauf kompensieren würde. Es hat eine Diskussion gegeben. Die Mehrheit konnte sich dieser Argumentation dann anschliessen. Man hat dies dann so in Frauenfeld gemacht. Man kann nun im Nachgang diskutieren; hat der Kanton nicht eingegriffen, weil mehr Eigenkapital zur Verfügung gestanden hat? Meine Auskunft ist, wenn man beim Kanton nachfragt, sagen sie oder verweisen sie einfach auf das Gesetz, ohne tatsächlich eine Auslegungshilfe zu liefern. Das heisst; der Kanton gibt keine Auskunft wie er denn in unserem Fall tatsächlich reagieren würde und ob er intervenieren würde. Daher auch meine Auffassung: es sind beide Meinungen möglich, man kann so etwas sachlich diskutieren. Es ist durchaus legitim, dass der Stadtrat einen solchen Vorschlag macht und dass wir uns die Mühe nehmen, diesen Gedankengängen zu folgen und uns eine Meinung zu bilden und diese dann auch sachlich darzulegen.

Präsident Heinz Gygax: Wir stimmen darüber ab. Ich stelle wiederum diese beiden Anträge, Antrag Stadtrat dem Antrag der FGK gegenüber.

://: **Der Antrag der FGK, Unterkontengruppe 33310-3314 auf die buchhalterische Massnahme zu verzichten und die Mindestabschreibungssätze gemäss kantonaler Verordnung einzuhalten, wird mit 24 zu 4 Stimmen angenommen.**

1012 Exekutive	keine Bemerkung
1013 Stadtparlament	keine Bemerkung
1020 Gemeindeverwaltung	

Monika Strauss, SVP: 1020.3090 übrige Personalkosten stelle ich Antrag auf eine Reduktion von Fr. 20'000.-- gegenüber im Voranschlag 2016 aufgeführten Fr. 45'000.--, da es sich bei diesem Betrag um nicht gebundene oder nachvollziehbare Ausgaben handelt. Wenn irgendwo gespart werden kann, dann ist es erfahrungsgemäss bei den Personalkosten und speziell bei den übrigen, nicht konkret ausgewiesenen Personalkosten.

://: **Der Antrag von Monika Strauss, das Konto 1020.3090, übrige Personalkosten, um Fr. 20'000.-- zu kürzen, wird mit 14 zu 11 Stimmen bei 3 Enthaltungen abgelehnt.**

Max Gimmel, FDP/XMV: Konto: 1021.3010 EKAS. Die EKAS heisst Eidgenössische Koordinationskommission für Arbeitssicherheit. Sie koordiniert Präventionsmassnahmen und unterstützt Unternehmen dabei, Sicherheit und Gesundheit am Arbeitsplatz zu verbessern.

In unserer Rechnung wird EKAS ein separates Konto zugeordnet, was in keiner anderen grossen Thurgauer Gemeinde sonst der Fall ist. Massnahmen zur Arbeitssicherheit darf man sich aber bestimmt nicht entziehen. Sie sind wichtig und sie müssen permanent überwacht und weiter entwickelt werden.

Im Personalaetat der Stadt Arbon arbeitet etwa ein Drittel im technischen Bereich, wo die Überwachung der Arbeitssicherheit zentral ist, allem voran im Werkhof. Zwei Drittel der Stadtverwaltung arbeiten im Büro, wo das Gefährdungspotential doch erheblich geringer ist. EKAS ist dotiert mit einer etwa 25 Prozent-Stelle. Die Fr. 20'900.-- Personalkosten entsprechen einem Salär von einem Bruttolohn von Fr. 6000.-- Das bedeutet, dass rund zehn Stunden pro Woche ein Mitarbeitender der Stadt sich der Arbeitssicherheit widmet. Ich meine, das ist nicht realistisch und wird auch in keinem vergleichbaren Betrieb so gehandhabt. Nach der Einführung von EKAS war der Aufwand bestimmt grösser als heute. Heute hat sich das eingespielt und gehört EKAS in die Abteilungen und nicht als Sonderposten dargestellt.

Wir stellen deshalb den Antrag zu Konto 1021.3010. Das Konto 1021.3010 ist auf Fr. 10'000.-- zu reduzieren und als Folge davon entsprechend 1021.3030/3040/3050.

Damit gefährden wir in keiner Weise die Arbeitssicherheit unserer Gemeindeangestellten. Wir denken, wir können so die Verantwortung weiter wahrnehmen und auch zunehmend den Abteilungen übertragen. Es wäre vielleicht sinnvoll, dass in kommenden Jahren dieses Konto nicht mehr separat geführt wird.

Lukas Graf, Präsident FGK: Max Gimmel, du hast absolut recht, was die Verrechnung hier betrifft. Wir haben das auch in der Antwort des Stadtrats gehört, dass es hier vor allem um Besoldungskosten geht. Es kann sicher nicht sein, dass dieser Anteil an Besoldungskosten in den Bereich Arbeitssicherheit gehört. Du hast auch recht, wenn du sagst, man sollte dies in Zukunft anders ausweisen. Ich verstehe aber nicht ganz, wenn du Fr. 10'000.-- kürzt, und es ist klar, dass es sich nur um Personalkostenverrechnung handelt, dann musst du ja irgendwo Fr. 10'000.-- Lohn abbauen, und das kann ich nicht unterstützen. Mein Problem ist, wenn du hier sagst, wir haben Mobilien, Geräte, ohne näheres darüber zu wissen, du willst diese nicht gewähren, ist das ein anderes Ding. Aber wenn wir vom Stadtrat die Antwort erhalten, es handelt sich hier um Personalkosten, die einfach auf dieses Konto abgewälzt werden, was vollkommen richtigerweise sicher nicht in diesem Umfang richtig ist, dann kann ich diesem Antrag nicht zustimmen. Weil dann geht es darum, dass man eigentlich einen Personalabbau fordert.

Max Gimmel, FDP/XMV: Im Klartext heisst es das. Es wäre ein Personalabbau. Wenn man genau sein will, um 12,5 Prozent. Ich meine, es geht darum, dass man jetzt sukzessive das reduziert, was nicht klar ausgewiesen ist. Ich stelle fest, 25 Prozentstelle für EKAS ist zuviel, was immer auch darunter ist. Ich denke, deshalb ist es gerechtfertigt, dass man das macht. Mir ist auch klar, dass mit 12,5 Prozent Pensum-Reduktion so eine Verschiebung nicht möglich ist. Es soll sich aber zeigen, dass vielleicht bis am Ende der Diskussion es klarer sich darstellt, überall ein bisschen abzuschneiden. Das ist der Weg, den wir leider gehen müssen.

Riquet Heller, FDP/XMV: Noch eine kritische Bemerkung zur FGK. Wenn tatsächlich über Jahre unter einem falschen Konto Löhne verbucht werden, wie nennt man das?

Peter Künzi, FDP/XMV: Ich möchte da vielleicht noch etwas Aufklärung beitragen zum Thema EKAS. Ich bin Kopas in unserer Firma. Unsere Firma ist ein Betrieb, wo das Risiko relativ sehr hoch ist. Wir haben 25 Mitarbeiter. Mein Einsatz zum Thema EKAS beträgt im Jahr in etwa vier bis fünf Arbeitstage. Wenn man das nun hochrechnet auf einen Betrieb mit ungefähr 100 Mitarbeitenden, dann bin ich schon der Meinung, dass man der Kürzung, wie sie Max Gimmel beantragt hat, zustimmen kann. Dann ist der Betrag mit Fr. 35'000.-- definitiv zu hoch.

Stadtpräsident Andras Balg: Es mag sein, dass wir hier von der Zuordnung und dem Prozentsatz nicht ganz richtig liegen. Es ist mit grösster Wahrscheinlichkeit auch so. Wir haben das, oder ich habe das nicht nachgemessen. Es ist klar, es sind Personalkosten und es ist auch klar, dass nicht Leistungen für die EKAS in diesem Rahmen geleistet oder erbracht werden. Aber es kann nicht sein, dass wir hier das Problem an einer Stelle lösen, wenn wir hier die Verbuchung nicht richtig, nicht eindeutig, nicht korrekt in den prozentualen Verhältnissen zugeordnet haben. Es kann nicht sein, dass uns das Parlament bezüglich Stellenprozente bei einzelnen Mitarbeitern etwas vorschreibt. Ich bin gerne bereit, die Anpassung vorzunehmen und die korrekten Beträge hier einzusetzen. Das bedeutet aber eine Umschichtung in den Konten und auf keinen Fall eine Entlastung einer Stelle im Baubereich.

Silke Sutter-Heer, FDP: Es mag sein, dass das für viele heute neu ist. Fakt ist, dass diese Position seit über zehn Jahren kritisiert wird. Wenn dann nun das Argument kommt; ja eigentlich würden diese Personalkosten irgendwo anders hingehören, kann ich das nicht ganz nachvollziehen. Max Gimmel ist von der ersten Stunden in diesem Parlament aufgestanden und hat gesagt, diese EKAS-Kosten können so nicht stimmen. Immer wieder wurde in den vergangenen Jahren behauptet, diese Kosten seien richtig. Es seien noch Weiterbildungskosten drinnen – und diese Person müsse zur Weiterbildung gehen, etc. ect.. Es wäre genügend Zeit gewesen, diese Kosten richtig zu verbuchen. Ich gehe davon aus, dass halt dieser Aufwand betrieben wird, und möchte dafür plädieren, dass wir nun tatsächlich dieses Zeichen nach über 12 Jahren einmal setzen und diese Kosten senken. Von mir aus können sie dann nächstes Jahr am richtigen Ort budgetiert werden. Es kann doch einfach nicht sein, dass diese Zahlen nicht stimmen. Dann müssten wir ja jede Zahl hinterfragen, stimmt denn das, was da steht im Budget. Das haben wir auch nicht in der FGK gemacht, das würde den Aufwand sprengen. Wir müssen doch davon ausgehen, was da steht, das ist richtig, das wurde an Aufwand geleistet, insbesondere bei Positionen, die seit Jahr und Tag kritisiert werden.

Präsident Heinz Gygax: Wir stimmen über den Antrag von Max Gimmel ab.

://: **Dem Antrag von Max Gimmel, das Konto 1021.3010 auf Fr. 10'000.-- zu reduzieren wird mit 24 zu 4 Stimmen bei 1 Enthaltung zugestimmt.**

1028 Bauverwaltung

Claudia Zürcher, FDP/XMV: Konto 1028.3183 Dienstleistungen Dritter: Da ist es gegenüber der Rechnung 2014 um circa Fr. 30'000.-- mehr und heisst: externe Prüfung Baugesuche und Energieberatung. Wenn wir dann das Konto 1028.4310 anschauen, dann verweise ich auf die Bemerkung: leichter Rückbau der Baugesuche erwartet. Wenn wir die Kurven gesehen haben, dann ist es so, wie ich gemeint habe, bei der Bautätigkeit ist es eher so, dass sie abnimmt. Aus diesem Grunde möchte ich im Voranschlag das Konto von Fr. 100'000.-- um Fr. 30'000.-- reduzieren, weil man ja da eben einen leichten Rückgang erwartet.

Stadtrat Peter Gubser: Es hat sich nicht eine grosse Kostenentwicklung gebildet hier bei dem Konto. Sie erinnern sich vielleicht noch: Peter Binkert ist vorzeitig pensioniert worden. Dann hat man diese Aufgabe ausgelagert an Peter Grau bei der Firma Wälli. Das kommt jetzt voll zum Tragen hier. Darum ist dieser Betrag im letzten Budget und im nächsten Budget etwas höher. Früher wurde diese Arbeit in der Verwaltung selber gelöst.

://: **Dem Antrag von Claudia Zürcher, Konto 1028.3183, Dienstleistungen Dritter um Fr. 30'000.-- zu kürzen, wird mit 14 zu 14 Stimmen mit Stichentscheid des Präsidenten zugestimmt.**

1029 Werkhof
1030 Leistungen für Pensionierte

keine Bemerkung

Vizestadtpräsident Patrick Hug: Ich spreche zum Konto 1030.3072 „Einlage Teuerungsfonds Pensionskasse Stadt Arbon“. Angesichts der anhaltenden Negativteuerung und dem Umstand, dass der Teuerungsfonds Ende 2015 den Betrag von 1 Mio. Franken überschreiten wird, hat der Verwaltungsrat an seiner letzten Sitzung beschlossen, auf eine weitere Äufnung des Fonds zu verzichten. Die Aufwandposition von Fr. 132'000.-- ist somit zu streichen.

1090 Verw.-Liegenschaft: Stadthaus

Max Gimmel, FDP/XMV: 1090.3900 und somit zur Kostenart 3900. Das ist die erste Position, die von dieser Kostenart auftritt. Es sind 30 Positionen. Gemäss interner Verrechnungen werden diesen 30 Positionen mit Fr. 493'900.--, also eine halbe Mio. Franken, Personalkosten verrechnet. Das sind etwa sechs bis sieben Vollzeitangestellte auf ein ganzes Jahr bezogen.

Wir stellen den Antrag zur Kostenart .3900. Die Budgetpositionen mit der Kostenart 3900 sind gesamthaft um Fr. 35'000.-- zu kürzen. Wir stellen diesen Antrag zur ersten Position mit der Kostenart.

Es geht um Leistungen, die der Werkhof an verschiedene Infrastruktur-Bereiche weiter verrechnet, wie die Parkanlagen am See unten, der Hafen etc. Diese Leistungen werden heute von den Mitarbeitenden des Werkhofes gemacht und wir haben den Eindruck, dass sie gut gemacht werden. Wenn wir nun hingehen und diese Leistungen reduzieren wollen, heisst das in keiner Weise, dass die Mitarbeitenden die gleiche Arbeit in kürzerer Zeit erledigen müssen, mit weniger Personal. Es ist die Aufforderung und entspricht dem Sparwillen, den wir alle hier bekunden, dass wir das Angebot reduzieren müssen und nicht mehr alles so anbieten können wie bisher. Wir haben es verschiedentlich gehört, dass wir wie bisher nicht weiter kommen. Es muss uns gelingen, auf allen Ebenen, in allen Themen, Ansprüche zurück zu stellen und das Angebot, das diese Stadt den Einwohnerinnen und Einwohnern bietet, zu reduzieren, dass es breit abgestützt ist. Die Last muss verteilt werden.

Im Klartext bedeutet unser Antrag, dass im Werkhof eine Stelle reduziert wird, und somit, dass der Werkhof das Pensum, das er im Stande ist zu leisten, dem neuen Stellenetat anpassen muss. Das wird sichtbare Folgen haben, die wir mittragen müssen. Vielleicht entstehen aber auch neue Möglichkeiten, wo wir uns als Einwohnerinnen und Einwohner einbringen können, indem wir unsere Anspruchshaltung gegenüber der Gemeinde auch überdenken. Es wird mehr Eigenleistung von den Nutzniessern erfordern, wenn es darum geht, Leistungen des Werkhofs selber an die Hand zu nehmen. In der Schweiz gibt es zum Beispiel Gemeinden, in denen Bürgergruppen die Wege in den Aussenquartieren sauber halten. Das Beispiel soll zeigen, dass man sich nicht einfach einem Thema verschliessen sollte, sondern durchaus überlegen kann, wie eigentlich unser persönlicher Beitrag aussehen könnte.

Wir befürworten eine Arbeitszeit-Verlängerung, der Stadtrat hat das Thema bereits aufgenommen, und wir meinen, dass diese Arbeitszeiterhöhung im Rahmen von zwei Stellen liegt. Wir schaffen also Zeit für zwei Stellen. Es ist deshalb notwendig, dass wir uns überlegen, wie wir diese zusätzlich gewonnene Zeit nutzen können.

Lukas Graf, Präsident FGK: Max Gimmel, ich verstehe das Vorgehen wirklich nicht. Ich denke auch, dass wir eventuell beim Werkhof noch Luft nach oben haben. Würde allerdings gerne zuerst die Stadtratsantwort dazu hören. Wieso aber macht ihr das bei den internen Verrechnungen? Wenn ihr da streicht, dann müsst ihr konsequenterweise auch die Habenposition beim Werkhof, in Konto 1029.4900 entsprechend kürzen, weil das reine interne Verrechnungen sind.

Wenn ihr eine Stelle im Werkhof streichen wollt, dann macht es über die Besoldungen, sicher nicht bei den internen Verrechnungen. Hier streicht ihr aufwändig, andererseits an der Habenposition nichts verändern wollen, das geht gar nicht auf. Das ist Buchhaltung. Ihr könnt nicht hier die internen Verrechnungen streichen, und andererseits bei der Einnahme im Werkhof diese Kosten dann belassen.

Max Gimmel, FDP/XMV: Das ist die erste Position, wo diese auftritt. Es ist buchhalterisch korrekt, dass die Besoldungen im Werkhof reduziert werden müssen. Ich erwähne dies, weil dies zum ersten Mal aufkommt. Es wird im Prinzip ein Antrag folgen müssen, dass wir im Werkhof und im gleichen Betrag die Besoldungen streichen müssen. Das wäre dann die andere Seite.

Stadtrat Peter Gubser: Arbon hat finanzielle Probleme, jawohl. Müssen wir jetzt all unsere Dienstleistungen so abbauen, dass das jedermann nach aussen sieht. Müssen wir die Wege nicht mehr pflegen? Müssen wir den Quartierbewohnern überlassen, die Quartierstrassen zu reinigen? Sollen wir wirklich soweit gehen, dass unsere Strassen so aussehen, wie zum Beispiel Detroit in Amerika? Ich glaube, das wäre jetzt wirklich das Falscheste was wir tun könnten. Wenn wir jetzt so auf Richtung desolate Stadt zu marschieren würden. So geht das nicht. So können wir nicht vorwärts gehen. Wir können nicht jetzt auch noch Bauamtsarbeiter auf die Strasse stellen, um damit unsere Stadt finanziell zu gesunden. Das geht bei anderen Betrieben. Da kann man sich reduzieren auf die Liegenschaften-Verwaltung, aber bei der Stadt geht das nicht.

Max Gimmel, FDP/XMV: Ich lasse den Vergleich mit Detroit nicht zu. Ich finde es auch schade, dass wir uns auf diese Vergleiche einlassen müssen. Es ist legitim zu sagen, dass man gewisse Abstriche in der Leistung des Bauamtes machen kann. Das wollen wir. Es geht nicht um das ganze Bauamt, das in die Wüste geschickt werden muss, sondern man reduziert das Pensum, das das Bauamt zu leisten hat. Das ist mit einer Stelle im Gesamten. Die Fr. 35'000.-- sind ein Halbjahressalär mit einer Stelle, im Gesamten ist das legitim. Es gibt vielleicht auch andere Möglichkeiten, die man suchen muss, wie vielleicht gewisse Arbeiten allenfalls auch ausgelagert werden müssen, oder es gibt Arbeiten, die einfach gestrichen werden müssen. Das muss man sich überlegen. Es ist nicht so, dass plötzlich alle Strassen im desolaten Zustand sind. So gross ist dieser Abbau an Arbeitsleistung nicht.

Silke Sutter-Heer, FDP/XMV: Einfach noch zur Verdeutlichung, diese Fr. 35'000.--: wenn sie zurückkommen auf das Konto 1029.3010, das sind die totalen Besoldungen. Das sind die 1'747'300 Mio. Franken gegen das, was Lukas Graf vorhin gesagt hat, das sind dann die internen Verrechnungen. Selbstverständlich ist es eine tatsächliche Sparbemühung, wenn wir diese Fr. 35'000.-- bei den Besoldungen reduzieren würden. Das würde dann im Gegenschritt natürlich auch beim Konto 1029 und daraus folgend bei allen anderen Konten gestrichen werden, diese Fr. 35'000.-- interne Verrechnungen. Massgeblich ist aber die Minderausgabe schlussendlich bei den Besoldungen. Glauben sie mir, bei 1,7 Mio. Franken Besoldungen und Stellen im Werkhof haben wir noch lange keine Zustände wie in Detroit, wo ich selber noch nicht war. Ich war in anderen amerikanischen Städten, aber da sind wir weit entfernt. Ich denke einfach, solche Diskussionen müssen wirklich sachlich geführt werden. Man kann dagegen sein, dass man Personal reduziert, aber dann gleich auf solche Szenarien zurückzugreifen, das ist einfach wirklich realitätsfremd. Dort sind wir nicht, das bringt nichts in dieser Diskussion. Da kommen wir keinen Schritt weiter.

Lukas Graf, Präsident FGK: Ich muss es einfach wiederholen: Wenn man bei der Kostenart 3900 kürzt, wird automatisch, das ist interne Verrechnung, dann im Konto 1029.4900 der Habenbetrag entsprechend reduziert, und budgetrelevant ist dabei gar nichts. Wenn ihr das ernsthaft wollt, dann macht das gefälligst bei den Besoldungen, dann im Konto 1029.3010. Alles andere macht keinen Sinn. Wirklich nicht.

Stadtpräsident Andreas Balg: Ein substanzialer Beitrag zur Ergänzung: Ich möchte dringend darauf hinweisen, dass die zusätzlichen Anlagen, die es im Werk2 zu pflegen gibt, jetzt bereits beginnen, ein bis zwei zusätzliche Mitarbeiter im Werk nötig zu machen. Wir haben in der Aufgaben- und Leistungsüberprüfung darauf hingewiesen, dass wir möglichst darauf verzichten wollen. Wenn hier weitere Kürzungen vorgenommen werden, dann bringen sie uns in Teufelsküche, und ich weiss noch nicht, wie wir das wirklich lösen. Das dürfte alle masslos überfordern.

Präsident Heinz Gygax: Wir stimmen über diesen Antrag ab. Wird die Budgetposition 3900 um....

Stadtpräsident Andreas Balg: Bitte verwenden sie das richtige Konto. Das Konto ist 1029.3010. Das ist die richtige Position. Alles andere wäre unklug.

Max Gimmel, FDP/XMV: Somit ändere ich meinen Antrag formell ab auf diese Position Besoldungen, 1029.3010 und diese um Fr. 35'000.-- zu kürzen.

://: Der Antrag von Max Gimmel, FDP/XMV, die Budgetpositionen 1029.3010 um Fr. 35'000.-- zu kürzen, wird mit 16 zu 13 Stimmen genehmigt.

1091 Verw.-Liegenschaft: Kappeli
1092 Verw.-Liegenschaft: Bahnhofstrasse 24

keine Bemerkung
keine Bemerkung

11 Öffentliche Sicherheit

1100 Grundbuch, Mass und Gewicht
1101 Einwohnerdienste
1102 Berufsbeistandschaft
1103 Schlichtungsstelle für Miete und Pacht
1109 Übrige Rechtspflege
1113 Polizei

keine Bemerkung
keine Bemerkung
keine Bemerkung
keine Bemerkung
keine Bemerkung

Lukas Graf, Präsident FGK: Ich spreche zu 1113.3180 Kontrolle Aussenanlage durch Dritte. Die FGK ist hier gegen Mehrausgaben und beantragt einstimmig, diese Kosten um Fr. 10'000.-- zu reduzieren und damit den Betrag in der Rechnung 2014 und im Budget 2015 anzupassen.

Felix Heller, SP-Gewerkschaften-Juso: Ich spreche zu demselben Konto und beantrage hier eine stärkere Kürzung, dort, wo es niemandem weh tut. Dort sollten wir noch stärker sparen. Ich beantrage eine Reduktion des Budgetpostens um Fr. 30'000.--.

Wünschenswertes von Notwendigem zu trennen, lautet meist das Motto bei Budgetberatungen, wenn die Finanzlage angespannt ist. Securitas-Patrouillen an 365 Tagen im Jahr sind aber weder wünschenswert noch notwendig, sondern masslos übertrieben, teuer und ineffizient. Die Fraktion „SP-Gewerkschaften-Juso“ möchte nicht weniger, sondern effizientere Kontrolle. Statt an 365 Tagen im Jahr einen Securitas-Mitarbeiter oder eine Mitarbeiterin für abendliche Spaziergänge durch unsere Stadt zu bezahlen, sollen punktuell Revierkontrollen durchgeführt werden. Das heisst beispielsweise, dass es während der Sommerferien durchaus sinnvoll sein kann, täglich zu patrouillieren, oder auch, dass von Donnerstag- bis Samstagabend wegen ausufernden Festen mehr Kontrollen nötig sind. Aber an einem kalten, nebligen Dienstagabend im Dezember, wie heute, sehe ich nun wirklich keinen Sinn in den nächtlichen Patrouillen der Securitas. Wenn sie heute nach der Sitzung am See entlang spazieren oder sich nach einem Schlummertrunk auf den Heimweg machen, gehe ich jede Wette mit ihnen ein, dass sie niemanden beim Littering oder Herumlärmen erwischen. Wahrscheinlicher ist vielmehr, dass sie keine Menschenseele antreffen werden.

Manche mögen argumentieren, dass die Patrouillen eine abschreckende Wirkung auf Einbrecher hätten, was ich aber stark anzweifle. Erstens ist laut Antwort des Stadtrats nur eine einzige Sicherheitsperson unterwegs, sodass es einem enormen Zufall gleichkäme, wenn sich diese genau dort aufhält, wo ein Einbrecher am Werk ist. Zweitens verhalten sich Einbrecher meistens leise, flink und mehr oder minder schlau, sodass sie sich kaum von einem Sicherheitsmann oder einer Sicherheitsfrau gestört fühlen würden. Und wenn sie doch überzeugt sind, dass diese präventive Wirkung wichtig ist, dann kann ich sie beruhigen:

Sie bliebe auch mit punktuellen Revierkontrollen bestehen. Die Bösewichte wüssten ja schliesslich nicht, an welchen Abenden die Securitas unterwegs ist.

Wenn die Kontrollen nur an vier statt an sieben Abenden durchgeführt werden, liegt die Wahrscheinlichkeit, dass eine Revierkontrolle durchgeführt wird, immer noch bei hohen 60 Prozent.

Abgesehen davon braucht es bei den wirklich dringenden Fällen sowieso die Polizei, da die Securitas-Mitarbeitenden kaum über polizeiliche Kompetenzen verfügen und im Gegensatz zur Polizei bei schwierigen Situationen schnell überfordert wären. Die Polizei kann ausserdem jederzeit gerufen werden, wenn sich jemand von Lärm gestört fühlt oder etwas Verdächtiges beobachtet. Auch dafür braucht es keine allnächtlichen teuren Patrouillen.

Geschätzte Kolleginnen und Kollegen, ich möchte festhalten, dass wir in Arbon kein Sicherheitsproblem haben. Securitas-Patrouillen an 365 Tagen führen auch nicht zu noch mehr Sicherheit. Sie sind ineffizient und belasten in erster Linie unsere Finanzen. Den einzigen, denen wir hier ein verfrühtes Weihnachtsgeschenk bereiten, ist die Firma Securitas, die für 2016 gar noch etwas mehr Geld für ihre Dienstleistung will. Ich beantrage aus den dargelegten Gründen, diesen Budgetposten nicht nur um Fr. 10'000.--, wie es die FGK vorschlägt, sondern um Fr. 30'000.-- zu reduzieren. Auch mit den verbleibenden Fr. 70'000.-- ist es dem Stadtrat möglich, Revierkontrollen anzusetzen; aber mit Verstand und nicht einfach auf Vorrat. Hier können wir getrost kürzen, ohne auf irgendetwas verzichten zu müssen. Ich bitte sie um Unterstützung dieses Kürzungsantrags.

Stadtrat Konrad Brühwiler: Das Positive vorweg. Wir sind in den letzten Jahren vor chaotischen Zuständen oder vor schweren Sachbeschädigungen mehrheitlich verschont geblieben. Diesen positiven Umstand schreibt der Stadtrat der effizienten und effektiven Kontrolle durch die Securitas-Dienste zu. Wir haben im letzten Sommer positive Erfahrungen mit der Revierkontrolle gemacht. Diese Revierkontrolle machen wir nicht nur für die Stadt Arbon beziehungsweise die Anlagen der Stadt Arbon. Die machen wir zusammen mit unseren Drittpartnern, mit Schulen, mit Geschäften, mit der SBB ect.. Mit diesen Drittpartnern zusammen braucht es den 365-Tagedienst. Sonst sind wir nicht mehr im Boot und sie ziehen ihren eigenen Sicherheitsdienst auf. Wollen wir das, dass die Securitas heute hier für diesen Partner, morgen für diesen und übermorgen wieder für jemanden anderen unterwegs ist? Das glaube ich, kann es nicht sein.

Zusätzlich kommen im nächsten Jahr neue Aufgaben auf die Stadt Arbon zu. Ich spreche nur den Skatepark an, der nächstes Jahr erstmals über die ganze Saison offen sein wird. Wir gehen in das zweite Jahr mit der Sperrstunde für Gartenwirtschaften bis 23.00 Uhr. Da müssen wir die Erfahrungen vom letzten Jahr auswerten, was uns im nächsten Jahr erwartet. Bei einer Kürzung werden wir versuchen müssen, die Kontrollen noch effizienter und effektiver zu gestalten. Wenn uns dies nicht gelingt, müssen wir wahrscheinlich oder mit grösster Sicherheit Leistungen stark abbauen.

Der Stadtrat kann Fr. 10'000.-- Kürzungen mittragen, Fr. 30'000.-- wären unverantwortlich. Ich bitte sie, dies zu berücksichtigen.

Andrea Vonlanthen, SVP: Es fällt mir nicht ganz leicht, Felix Heller zu unterstützen und meinem Sicherheitschef zu widersprechen. Ich halte die Kürzung, wie sie Felix Heller beantragt, für vertretbar. Dies aus vier Gründen:

1. Wir müssen sparen. Wir müssen dort sparen, wo es weh tut, wo unter Umständen Leistungen abgebaut werden, wo unter Umständen Leistungen auf andere übertragen werden müssen.
2. Stadtrat Brühwiler hat es angetönt: effizientere Kontrollen sind nicht undenbar. Das halte ich wirklich auch für möglich.
3. Die Kantonspolizei Thurgau baut ihren Bestand laufend aus, in den nächsten Jahren weiter bis auf 390 Mitarbeitende.

Sie baut damit bewusst auch ihren Sicherheitsdienst in den Gemeinden aus. Sie will mehr in den Gemeinden kontrollieren, in den Quartieren herumfahren. Das wird sie auch in der Stadt, wie Arbon, tun.

4. Ich denke, dass das zuständige Ressort, zusammen mit der neuen kompetenten Kommunikationsstelle, durchaus auch sicherheitsrelevant wirken könnte, indem sie mehr publiziert in Richtung Sicherheit, in Richtung Wachsamkeit an die einzelnen Bürgerinnen und Bürger. Zusammen mit der Kommunikationsstelle sollte eine verbesserte Prävention noch möglich sein, die eben auch mithilft, hier noch ein paar Fr. 10'000.-- zu sparen.

Silke Sutter-Heer, FDP/XMV: Vielleicht kann mir noch jemand sagen, wenn man eine Zeile heruntersucht, Position 4620, das ist der Anteil Dritte mit Fr. 45'000.-- Haben, wie sich das denn auswirken würde bei einer Kürzung um Fr. 30'000.--? Wieviel würde dann diese Position zusammengestrichen? Bei Fr. 10'000.-- nehme ich an, dass sich das ziemlich ausnivelliert. Das sehe ich auch vorne, als es dort Fr. 40'000.-- waren. Bei Fr. 30'000.--, ist mir nicht ganz klar, wie sich dieser Betrag dann verändern würde.

Stadtrat Konrad Brühwiler: Das ist dann natürlich die Konsequenz daraus. Wenn wir dann nur noch Fr. 70'000.-- mit den Dritten teilen, dann werden diese Dritten nicht die Hälfte übernehmen oder sogar noch mehr. Jetzt waren es 45 Prozent. Sie werden bei diesen 45 Prozent bleiben. Das ist eine partnerschaftliche Lösung gewesen bis jetzt. Die Stadt hat den Lead gehabt für das Ganze und konnte mit den Drittpartnern diese Verbindungen, diese Vereinbarungen so treffen. Da müssen die Antragssteller konsequenterweise diese Position auch kürzen. Es kann nicht sein, dass nur auf der Ausgabenseite geschraubt wird und die Einnahmenseite wird dann geschönt.

Silke Sutter-Heer, FDP/XMV: Dann die Anschlussfrage: das sind 45 Prozent? Wenn ich das jetzt ausrechne, wäre der nächste Antrag quasi, dass die 45 Prozent um Fr. 30'000.-- gekürzt werden müssen?

Riquet Heller, FDP/XMV: Dass sie aber klarsehen: 45 Prozent sind ein besserer Betrag, wenn der Antrag meines Sohnes ankommt, als wenn wir nur Fr. 10'000.-- streichen. Demzufolge ist das kein Argument, wenn Dritte beteiligt sind, dass wir nicht Fr. 30'000.-- runtergehen und nicht bloss Fr. 10'000.--.

Im Übrigen erstaunt mich, dass unser Sicherheitsdirektor sich nicht verteidigt hat im Sinne von: ich fahre eben im Sommer und wenn es schön Wetter ist, eine Doppelpatrouille, zwei Patrouillen und im Winter, wenn niemand rum ist, nur eine. Das wäre doch effizienter Einsatz einer Patrouille. Aber offensichtlich ist das so, dass stur jeden Tag bei uns eine Securitas-Patrouille unterwegs ist. Das sehe ich jetzt wirklich nicht ein, weshalb heute beispielsweise demnächst ein Mann oder vielleicht sogar zwei Männer der Securitas da unten durchgeht und schauen geht, ob jemand Littering oder sonstige Sachbeschädigung macht. Jetzt ist doch niemand rum. Deshalb kann man Fr. 30'000.-- sparen. Selbstverständlich gebe ich recht, 45 Prozent davon gehen auf der Einnahmenseite der Beiträge Dritte wieder weg. Ich bitte sie, den Antrag von Felix Heller zu unterstützen.

Stadtpräsident Andreas Balg: Natürlich ist es nicht so, dass zu Unzeiten kontrolliert wird. Es sind ganz gezielte Einsätze. Eines aber kann ich ihnen versprechen, was sie hier tun, ist das falscheste was man tun kann. Sie streichen hier an Positionen und versuchen zu sparen. Was sie machen: sie reduzieren Sicherheit, gesellschaftliche Beiträge und so weiter. Das Problem, und das hat Max Gimmel vorher sehr gut aufgezeigt, ist, dass bei gleicher Situation in Frauenfeld 6 Mio. Franken Defizit entstehen oder in Kreuzlingen, weiß ich wie viele Beiträge es sind. Unsere Aufgabe ist es, mehr Erträge zu generieren. Was sie hier tun, sie zerstören das minutiös und aufs genauste aufgebaute System im Bereich des Werkhofs. im Bereich der Sicherheit und es kommen noch weitere Punkte. Sie machen hier einen riesengrossen Fehler, davon bin ich überzeugt.

Sie müssten ihr kreatives Potential in die Steigerung von Erträgen investieren, das, was der Stadtrat seit zwei Jahren versucht und immer wieder sabotiert wird. Hier läuft etwas grundsätzlich schief. Ich bin überzeugt, sie müssen dafür bezahlen.

Präsident Heinz Gygax: Wenn keine weiteren Voten sind, dann stimmen wir über diesen Antrag von Felix Heller ab.

://: **Der Antrag von Felix Heller, SP-Gewerkschaften-Juso, Reduktion des Kontos 1113.3180 Kontrolle Aussenanlagen durch Dritte um Fr. 30'000.--, wird mit 23 zu 5 Stimmen angenommen.**

Es ist 21.05 Uhr, ich schlage vor, dass wir für etwa 10 Minuten eine Pause einlegen. Wir haben sie uns verdient.

Fortsetzung der Sitzung um 21.25 Uhr.

Präsident Heinz Gygax: Ich hoffe, wir hatten alle eine gute Pause und möchten jetzt weiterfahren. Wir sind stehengeblieben bei Konto 1113 Polizei und gehen weiter zu Konto 1140 Feuerwehr.

Silke Sutter-Heer, FDP/XMV: Entschuldigen sie, wenn ich noch einmal damit komme, aber wir sind immer noch bei 1113, weil wir was vergessen haben: Konto 1113.4620. Wir müssen konsequenterweise diese Haben-Position nun auf Fr. 31'500, das wären diese 45 Prozent, reduzieren. Wir haben ja vorher die Position auf Fr. 70'000.-- reduziert, so geht die Habenposition entsprechend auch runter.

Präsident Heinz Gygax: Gibt es einen Antrag, Silke Sutter-Heer?

Riquet Heller, FDP/XMV: Ich bitte sie, aus rechtlichen Gründen auf eine Abstimmung zu verzichten. Das ist Konsequenz unseres ersten Antrags. Wenn wir Fr. 70'000.-- budgetiert haben als Aufwand, heisst das, dass die Dritten nur noch 45 Prozent dazu zahlen. Demzufolge braucht es keinen Antrag, man muss zustimmen. Man braucht keine Abstimmung. Ich bitte sie, darauf zu verzichten.

Präsident Heinz Gygax: Hiermit entscheide ich, dass wir über diesen Punkt nicht abstimmen, weil das so festgelegt ist in der Finanzordnung.

1140 Feuerwehr	keine Bemerkung
1151 Militär (ALST)	keine Bemerkung
1152 Schiessanlage Tälisberg	
Lukas Graf, Präsident FGK: 1152.3140 Baulicher Unterhalt. Die FGK beantragt einstimmig, diese Ausgaben um Fr. 10'000.-- zu reduzieren und die Umgebungsarbeiten bei der Schiessanlage Tälisberg auf ein Minimum zu reduzieren.	

1160 Zivilschutz (eigene Anlagen)	keine Bemerkung
1162 Zivilschutzorganisation Region Arbon	keine Bemerkung
1163 Regionaler Führungsstab (RFS)	keine Bemerkung

13 Kultur und Freizeit

Lukas Graf, Präsident FGK: 1300 Kulturförderung. Globalbudgets sind immer wieder ein Thema in der FGK und besonders, wenn es ums Sparen geht und entschieden werden muss, wo genau der Sparstift anzusetzen ist, wäre dies mit einem Globalbudget natürlich einfacher zu bewältigen. Die Mehrheit der FGK war in der Beratung jedoch immer gegen Sparanträge auf der Ebene eines ganzen Bereichs. Die Kultur bildet allerdings eine Ausnahme, da es eine Kulturkommission gibt, die aktuell nur über die Zuteilung eines Zehntels der Kulturgelder entscheidet.

Nachdem der Stadtrat beim letztjährigen Budget eine pauschale Kürzung von zehn Prozent beantragt hat und es danach im Parlament eine regelrechte Antragsflut gab, die letztlich dazu führte, dass das Budget auf dem Niveau der Rechnung 2013 belassen wurde, beantragt die FGK nun, den Bereich Kulturförderung künftig als Globalbudget zu führen und die Zuteilung der Gelder der Kulturkommission zu übergeben. Gleichzeitig sollen die Gesamtausgaben um Fr. 12'200.-- auf Fr. 200'000.-- gekürzt werden.

Felix Heller, SP-Gewerkschaften-Juso: Die Mehrheit der Fraktion SP-Gewerkschaften-Juso wird den Kürzungsantrag der FGK ablehnen. Wir sind dagegen, bei der Kultur zu sparen, da diese ein wesentlicher Bestandteil der Attraktivität unserer Stadt darstellt, die aus- statt abgebaut werden sollte. Ein reiches, spannendes und vielfältiges Kulturleben kann nur mit genügend Unterstützung der öffentlichen Hand überleben. Ohne diese Gelder blüht vor allem billiger Unterhaltungskitsch, Kommerz, Mainstream und Einheitsbrei. Kultursubventionen sind ausserdem nicht aus dem Fenster geworfenes Geld, nein, sie sind sogar rentabel für unsere Stadt! Aufgrund der Erfahrungswerte rechnet man mit einem Faktor zwischen 2,4 und 3.

Die Idee hingegen, ein Globalbudget Kultur zu schaffen, unterstützen auch wir. Es macht durchaus Sinn, wenn die Kulturkommission mit fachmännischen und -fräulichen Augen beurteilt, wie das Geld für die Kultur fair auf die einzelnen Kulturschaffenden und Institutionen verteilt werden soll.

Wir lehnen also den Kürzungsantrag der FGK ab, und stellen einen Antrag auf Umwandlung des Bereichs Kulturförderung in ein Globalbudget, bei gleichbleibendem Betrag von Fr. 212'200.--.

Cyrill Stadler, FDP/XMV: In der Fraktion FDP/XMV unterstützen wir das Globalbudget. Wir haben aber intern darüber abgestimmt, über wieviel Geld die Fachkommission Kultur entscheiden soll. Wir schlagen da einen Betrag von Fr. 185'000.-- anstelle der Fr. 212'200.-- vor. Es gibt wahrscheinlich eine Gegenüberstellung zum anderen Vorschlag.

Präsident Heinz Gygax: Darf ich noch diesen Antrag haben.

Arturo Testa, CVP/EVP: Ich klinke mich hier einmal unvorbereitet ein. Ich habe ein bisschen Mühe. Wir haben vorher Fr. 30'000.-- bei der Sicherheit gespart, wollen hier aber für die Kultur Fr. 12'000.-- wieder drauf packen. Das kann ich nicht verstehen bei dieser Finanzsituation. Wenn wir bei der Sicherheit sparen, was ein wichtiges Gut als die Kultur finde, habe ich Mühe, wenn dann hier aufgebaut wird.

Luzi Schmid, CVP/EVP: Die CVP/EVP-Fraktion ist für Globalbudgetposition, aber nicht für Reduktion des Betrages wie der Stadtrat das vorgeschlagen hat. Wenn wir schauen und rechnen, 2014 sind wir schon bei Fr. 221'000.-- gewesen, sind dann im Budget 2015 auf Fr. 216'000.-- und jetzt bei Fr. 212'200.--. Diesen Betrag wollen wir beibehalten. Die Kultur und Kunst ist ja die Seele der Gesellschaft und somit auch einer Stadt. Darum macht ja der Bund und der Kanton Vorschriften, dass Kultur und Kunst gefördert werden muss. Diesen Betrag von Fr. 212'200.-- sehen wir so an, dass das diese Förderung ist für Kultur und Kunst. Wir erwarten natürlich, wenn wir jetzt ein Globalbudget-Position schaffen, dass wir natürlich dann Transparenz erhalten, wie diese Ausgaben verteilt werden, dass regelmässig Rechenschaftsbericht hier abgegeben wird, um die Verhältnismässigkeit zu bewahren. Es kann natürlich nicht sein, dass die Kulturkommission dann spezielle Kultur oder spezielle Kunst fördert oder andere dann nicht fördert. Wir sind der Meinung, Globalbudget ja, aber Reduktion nein, weil das zum Auftrag der Gemeinde, der Stadt gehört.

Roland Schöni, SVP: Die SVP-Fraktion unterstützt den Antrag von Cyrill Stadler. Fr. 185'000.-- ist ein guter Betrag für die Kultur. Wir sehen, es ist ein sehr grosser Sparwille bis jetzt vorhanden. Wir sollten diesen Weg weitergehen.

Die Kultur ist nicht nur abhängig von Geld, sondern Kultur, wenn man es richtig macht, hat es immer viele Sponsoren. Es gibt viele, die der Kultur sehr zugetan sind. Hier ist mehr Engagement gefordert, um diese Spender, Spenderwillige abzuholen. Da sehe ich ein grosses Potential. Daher sind wir für den Antrag von Cyril Stadler.

Riquet Heller, FDP/XMV: Ich stelle fest, es ist ein Antrag auf Beibehaltung, es ist ein Antrag auf Senkung um Fr. 12'000.-- der Kommission und jetzt noch ein Antrag aus meiner Fraktion, unterstützt von der SVP, um weitere Fr. 15'000.-- auf Fr. 185'000.-- hinunter da. Könnten wir uns finden, dass wir auf Anträge verzichten die gegen die FGK-Kommission sind. Das heisst, der Antrag der FGK-Kommission wird als Kompromiss verabschiedet, indem sowohl die Sozialdemokraten als auch meine Fraktion ihre Anträge zurückziehen und demzufolge der Antrag der FGK unbestritten wäre. Globalbudget und Fr. 200'000.--?

Präsident Heinz Gygax: Wir lassen, so wie vorgesehen, über diese Anträge abstimmen.

Vizestadtpräsident Patrick Hug: Der Stadtrat hält am Betrag von Fr. 212'200.-- fest, der sich heute auf zwölf Positionen verteilt. Das kulturelle Leben ist, Luzi Schmid hat es ebenfalls erwähnt, die Seele einer Gemeinde. Die damit verbundenen Aktivitäten und Veranstaltungen stellen eine echte Bereicherung für unsere Stadt dar. Die Stadt Arbon – ich glaube in dieser Hinsicht sind wir uns einig – soll attraktiv sein und auch bleiben, dies auch in kultureller Hinsicht. Die verschiedenen kulturellen Initiativen, welche bereits bestehen oder noch am Entstehen sind, sollen nicht gefährdet, sondern vielmehr gefördert werden. Die sukzessive Kürzung in diesem Bereich soll nicht weiter fortgesetzt werden.

Lukas Graf, Präsident FGK: Ich möchte die FDP bitten, ihren Antrag zurückzunehmen zugunsten des FGK-Antrags. Ich kann den FGK-Antrag nicht zurücknehmen. Wir splitten so unsere Kräfte. Jene die für eine Kürzung im Bereich sind. splitten so die Kräfte nur noch auf.

Cyrill Stadler, FDP/XMV: Das zentrale Anliegen ist das Globalbudget. Es sollen Fachkräfte dahinter und überlegen, wo müssen wir Gelder investieren. In diesem Punkt bin ich absolut einverstanden mit Felix Heller. Jeder investierte Franken in die Kultur kommt auch wieder zurück. Ich glaube, wichtig ist, dass wir uns gut überlegen, in genau welche Bereiche investieren wir. In diesem Sinne glaube ich, dass wir einen gemeinsamen Weg innerhalb vom Parlament für die Fr. 200'000.-- finden und dafür aber über die Fachkommission für Kultur gesteuerte Gelder und nicht einfach nach Budgetposten gesteuerte Gelder.

Ich ziehe meinen Antrag auf Kürzung auf Fr. 185'000.-- zurück und unterstütze den Antrag FGK mit Fr. 200'000.--.

Präsident Heinz Gygax: Sind keine weiteren Wortmeldungen kommen wir zur Abstimmung.

://: **Dem Antrag der FGK-Kommission, Konto 1300, den Bereich Kulturförderung in Zukunft als Globalbudget zu führen und die Ausgaben für die Kulturförderung auf Fr. 200'000.-- zu reduzieren, wird mit 19 zu 10 Stimmen zugestimmt.**

1308 Seeparksaal

Lukas Graf, Präsident FGK: Konto 1308.3140 Baulicher Unterhalt: Die FGK hat sich beim Stadtrat erkundigt, ob hier beim Seeparksaal allenfalls Unterhaltsarbeiten verschoben werden können. Wie sie im Bericht sehen, können laut Stadtrat Fr. 5'000.-- aus diesem Budget gestrichen werden. Die FGK möchte auch dieses geringe Sparpotenzial nutzen und beantragt deshalb eine entsprechende Kürzung.

Stadtrat Peter Gubser: Wir kommen ja jetzt zu dem Bereich, für den ich seit einem halben Jahr verantwortlich bin. Ich habe mich bei der Budgetierung sehr bemüht, alle Ausgaben und Einnahmen sehr genau zu überprüfen. Ich habe sehr viele Änderungen vorgenommen.

Wenn sie das Budget 2016 vergleichen mit dem Budget 2015, werden sie feststellen, dass das Ergebnis in diesem Bereich um beinahe eine halbe Million besser ist. Ich war dann auch enttäuscht, als das Gesamtergebnis damit nicht wesentlich verbessert wurde. Ich war auch enttäuscht als ich dann im Bericht der FGK lesen musste: „Der Sparwille ist nicht ersichtlich“. Ich kann ihnen versichern, bei mir ist der Sparwille vorhanden und ich habe jeden Posten durchgekämmt.

Jetzt hat die FGK in diesem Bereich, für den ich verantwortlich zeichne, fünf Positionen reduziert. Bei vier Positionen im Einvernehmen mit uns vom Stadtrat und von der Verwaltung. Das ist beim Seeparksaal baulicher Unterhalt, das ist Energie beim Schloss und nachher beim Schwimmbad sind das Anschaffungen und wieder baulicher Unterhalt. Diese Kürzungen, die gehen in Ordnung, die sind verkraftbar, da kann man noch mehr zurückstecken.

Wo ich nicht einverstanden sein kann, das ist bei der Reduktion bei den Parkanlagen von Fr. 100'000--. Bei den Parkanlagen haben wir bei der Budgetposition 1330, insgesamt einen Betrag von 1,15 Mio. Franken. Wenn wir das jetzt ansehen, aus welchen Beträgen das sich zusammensetzt, dann sieht man, das sind wieder beinahe alles interne Verrechnungen. Bei diesen internen Verrechnungen kann man eigentlich nicht kürzen. Man kann bei gewissen Positionen „baulichen Unterhalt“ kürzen. Man kann bei Fremdarbeiten kürzen, aber das geht dann nicht, dass wir bei Totalausgaben in diesem Bereich von Fr. 250'000-- Fr. 100'000-- wegstreichen können.

So bitte ich sie: Sie haben vorhin die Personalausgaben gekürzt mit einem indirekten Rückkommensantrag. Ich habe dort etwas überreagiert. Ich habe mich deswegen auch bei Max Gimmel entschuldigt. Ich habe gemeint, es würden jetzt mehrere Stellen abgebaut. Der Antrag von damals lautete ja nur auf eine Kürzung von Fr. 35'000-- bei den Besoldungen. Die sind verkraftbar, das ist machbar. Bei den Parkanlagen ist auch eine Reduktion von Fr. 20'000-- oder Fr. 25'000-- ist verkraftbar. Aber Fr. 100'000-- geht nicht mit diesen internen Verrechnungen. So bitte ich sie denn, dort auf einen modifizierten Antrag einzuschwenken. Ich danke ihnen für ihr Verständnis dafür.

Wenn ich jetzt schon am Mikrophon bin, möchte ich noch zwei Bemerkungen loswerden zur Eintretensdebatte. In der Eintretensdebatte wurden verschiedene Fragen gestellt, die meinen Bereich berücksichtigen. Luzi Schmid hat nach den Kosten des Bushofs gefragt. Die Kosten des Bushofs sind ganz klar, die hat das Parlament hier vor etwa anderthalb Jahren festgelegt. Die sind Fr. 388'000--, und der Bushof kostet Fr. 388'000--.

Dann zu den Liegenschaften: Wir haben uns jetzt wirklich bemüht, die Liegenschaften der Stadt auszumieten. Ich kann ihnen jetzt auch ganz aktuell berichten, dass es uns gelungen ist, auch die letzten Räumlichkeiten im Schloss, die vor einiger Zeit leer wurden durch einen gewissen Rückzug der Migrosclubschule, dass jetzt die ab kommendem Frühjahr vermietet werden an einen, meiner Ansicht nach, sehr guten Mieter.

Dann kommen wir noch als letztes zur Gastrogeschichte. Es wurde im Bericht der FGK gesagt: ja man habe dort vielleicht etwas grosszügig gerechnet mit den Einnahmen. Ich habe bei allen Gastrobetrieben die Zahlen des Vorjahres übernommen, weil wir zum Zeitpunkt der Budgetierung noch nicht wussten, wie weit wir sind mit der Weitervermietung. Wir sind jetzt ein Stück weiter. Aber wir haben zur Budgetierung die Einnahmen und Ausgaben vom Vorjahr übernommen. Alles andere wäre eine zu grosse Spekulation gewesen. Ich hoffe aber, dass wir die Zahlen zumindest grösstenteils einhalten können.

Präsident Heinz Gygax: Wir sind ja immer noch bei diesem Antrag der FGK mit dem Konto 1308, wo es um das Sparpotenzial beim baulichen Unterhalt geht mit dieser Reduktion von Fr. 5'000--. Habe ich das richtig verstanden, dass das unbestritten ist, auch von Peter Gubser?

1309 Schloss

Lukas Graf, Präsident FGK: Konto 1309.3121 Wasser, Energie. Die FGK beantragt einstimmig, diese Position um Fr. 8'000.-- zu kürzen und damit dem Durschnitt der letzten Jahre anzupassen.

1310 Denkmalpflege und Heimatschutz

keine Bemerkung

1311 Museum

keine Bemerkung

1330 Parkanlagen

Lukas Graf, Präsident FGK: Konto 1330_Parkanlagen, Die FGK beantragt mehrheitlich, diese Position im Sinne der Sparanstrengungen um Fr. 100'000.-- zu kürzen.

Fabio Telatin, SP-Gewerkschaften-Juso: Ich spreche zum gleichen Konto. Ich stelle aber den Antrag, Konto 1330 Parkanlagen zu belassen, wie es der Stadtrat budgetiert hat mit 1, 148'900 Mio. Franken. Wieso? Wir von der Fraktion SP-Gewerkschaften-Juso sind überzeugt, dass eine solche Kürzung nur mit einem Stellenabbau im Werkhof umgesetzt werden könnte. Von den 1.1 Mio. Franken in diesem Konto sind über Fr. 900'000.-- interne Verrechnungen für den Werkhof. Gestiegen ist der Aufwand in diesem Bereich nur, weil neu auch noch die Kosten für die Kübeltour hier verrechnet werden und nicht mehr beim Bereich Abfallbeseitigung.

Wie im FGK Bericht gefragt und vom Stadtrat schon beantwortet wurde, würden bei Kürzung von Fr. 100 000.-- genau die Leistungen gestrichen, die wir alle sehr schätzen in Arbon.

Wegfallen und Vernachlässigung von:

- sämtlichen Blumenrabatten an Uferanlagen
- weniger Veranstaltungen an den Uferanlagen
- Instandhaltungen, -stellungen von Kieswegen
- Reduktion von Rasenpflege am Seeufer
- Einschränkung bei Baumpflege, mehr Baumfällungen ohne Ersatz, Pflanzungen und so weiter.

Diese Arbeiten sind Teil des Service Public und gehören zur Visitenkarte der Stadt Arbon. Ich möchte noch zu bedenken geben, dass in den nächsten Jahren noch mehr Parkanlagen zu unterhalten sind, wie zum Beispiel Wohnen im Park und im SauerWerk2. Zudem haben wir bei den Parkanlagen im letzten Budget schon Fr. 30'000.-- eingespart. Die Leistungsüberprüfung sieht vor, dass wir die zusätzlichen Flächen mit den gleichen Aufwänden bewirtschaften. Es wird also bereits gespart. Hier noch mehr zu kürzen, ist nicht realistisch.

Wie schon an der letztjährigen Budgetdebatte erwähnt, bei mehr Flächen-Bewirtschaftung ist weniger Aufwand nicht möglich.

Roland Schöni, SVP: Die SVP-Fraktion ist für Kürzung von Fr. 100'000.--, wenn man bedenkt wir geben Fr. 900'000.-- für unsere See- und Quaianlagen aus. Wir haben einfach nicht das Geld, um hier weiter den gleichen Standard zu bieten. Man kann ruhig sehen, dass die Stadt Arbon spart und dies kann auch in einer Reduktion, zum Beispiel der Blumenpracht ausfallen, schlimmstenfalls. Deswegen müssen nicht Wege und Strassen nicht mehr unterhalten werden. Dieses Szenario, das uns der Stadtrat hier aufschreibt, muss nicht einsetzen. Also, Fr. 100'000.--, das ist möglich, sagen wir bei einem Budget von über einer Million für Grünanlagen. Ich bitte sie, den Antrag der FGK zu unterstützen.

Was ich noch erwähnen muss: In der Bauverwaltung, das Gespräch in diesem Ressort war sehr konstruktiv und wir haben sehr kooperative Leute vorgefunden.

Dominik Diezi, CVP/EVP: Die CVP/EVP-Fraktion unterstützt diesen Antrag der FGK ebenfalls. Wenn wir wirklich sparen wollen, müssen wir uns auch mit den grossen Positionen befassen. Das ist hier eine grosse Position. Wir fragen uns und stellen diese Frage auch an den Stadtrat, ob denn hier nicht grundsätzlichere Überlegungen angestrengt werden müssten. Es geht ja letztendlich nicht nur um die Gestaltung und den entsprechenden Unterhalt bereits bestehender Parkanlagen, sondern auch neuer im Bereich des Saurer Werks2. Ziel müsste es aus unserer Sicht sein, den Aufwand für den Unterhalt der städtischen Parkanlagen wirklich massiv zu vermindern. Das geht aber nur, wenn wo immer möglich eben im Unterhalt extensive Parkgestaltungen vorgenommen werden. Das würde natürlich eine detaillierte Analyse voraussetzen, wo man eigentlich welche Nutzung haben will, wo es wirklich angebracht ist, aufwändige Rasenflächen zu unterhalten, wo Blumenbeete wirklich hingehören, oder wo man beispielsweise Magerwiesen anlegen oder Steinflächen anbringen könnte. Das muss ästhetisch überhaupt nicht weniger schön sein. Bei dieser Gelegenheit könnte man dann auch dem Grundsatz der Biodiversität vielleicht noch vermehrt nachleben. Da ist nämlich in Arbon auch noch einiges im Argen. Dieser Ist-Zustand ist für uns nicht einfach gegeben und wir finden, das wäre schon einmal sinnvoll, wenn man ein paar Überlegungen machen würde Richtung weniger Aufwand, Richtung mehr Biodiversität.

Ruth Erat, SP-Gewerkschaften-Juso: Es ist natürlich klar. Mehr Biodiversität ist wünschbar. Natürlich ist auch zu überlegen, wie die einzelnen Flächen zu pflegen sind und da gibt es durchaus Möglichkeiten, Alternativen zu wählen, die sehr gut, sehr passend sind, die Arbon auch zu viel Attraktivität verhelfen werden. Was aber nicht geht ist dies, dass man mehr Flächen, mehr Bereiche, im Saurer WerkZwei beispielsweise, unter diesem Konto belasten wird, und gleichzeitig einen so massiven Betrag zu sparen, Fr. 100'000.--. Das ist nicht möglich, das ist nicht leistbar. Begnügen wir uns damit, hier Fr. 20'000.-- zu sparen. Das ist machbar, das ist realisierbar. Das wird auch Anstrengungen kosten, das wird auch in diesem Bereich zu Buche schlagen, das ist aber ein realistischer Ansatz im Bereich der Parkanlagen, die Parkanlagen, die notabene eben Arbons Gesicht ausmachen, uns auch zu einem Image verhelfen auf das wir stolz sein können und wir auch weiterhin stolz sein wollen, in einer vernünftigen Form. Ich stelle hiermit den Antrag, das Konto 1330 Parkanlagen, um Kürzung von Fr. 20'000.--.

Präsident Heinz Gygax: Ich lasse nun über diesen Antrag von Ruth Erat abstimmen.

Stadtrat Peter Gubser: Entschuldigung, wenn ich sie nochmals bemühen muss. Roland Schöni und Dominik Diezi, wenn ihr Leute abbauen wollt im Werkhof, dann müsst ihr bei den Besoldungen den entsprechenden Antrag stellen. Das geht nicht da bei der internen Verrechnung. So funktioniert das nicht. Da müsst ihr am Schluss einen Rückkommensantrag machen und die Kürzung von Fr. 35'000.-- von Max Gimmel müsst ihr dort nochmals erhöhen, wenn ihr das wollt. Ihr könnt nicht hier bei der internen Verrechnung diese Abstriche machen. Hier sind Abstriche möglich beim baulichen Unterhalt, bei Material und bei Drittaufträgen. Das ist möglich. Ich finde, Fr. 20'000.-- sind da vertretbar. Ich bitte nochmals, nehmen sie meine Hand zu diesem Kompromiss doch an.

Präsident Heinz Gygax: Wir kommen zur Abstimmung des Antrags von Ruth Erat.

Der Antrag der FGK mit Fr. 100'000.-- wurde mit 13 zu 12 Stimmen angenommen

Stadtrat Peter Gubser: Ich erlaube mir, als ehemaliger Kantonsrat da etwas ordnungspolitisch einzuwenden. Wir haben einen Antrag des Stadtrats und jetzt haben wir zwei Abänderungsanträge. Dann werden die beiden Abänderungs-Anträge gegenübergestellt, und der obsiegende Abänderungsantrag wird nachher dem ursprünglichen Antrag gegenübergestellt. Der Betrag, der dann im Budget steht, der muss eine Mehrheit der Stimmen haben.

Felix Heller, SP-Gewerkschaften-Juso: Es stimmt immer noch nicht ganz. Es liegt nur ein Abänderungsantrag vor. Wir haben den stadtärtlichen Antrag, wie er im Budget steht, und wir haben einen Abänderungsantrag von Ruth Erat. Fabio Telatin hat lediglich gesagt, wir sollen den FGK-Antrag ablehnen. Das ist noch kein Antrag sondern ist gegen den FGK-Antrag. Wir haben FGK und den Antrag von Ruth Erat und die beiden müssen wir gegeneinander stellen.

Präsident Heinz Gygax: Ich stelle den Antrag von Ruth Erat gegenüber dem Antrag der FGK, dann sollte es klappen.

://: Dem Antrag von Ruth Erat, SP-Gewerkschaften-Juso, um Kürzung von Fr. 20'000-- des Kontos 1330 wird mit 16 zu 13 gegenüber dem Antrag der FGK zugestimmt.

Ich bin sehr daran interessiert, dass die Abstimmungen korrekt ablaufen und nicht, dass es ein hin und her geben muss.

1340 Sportanlagen	keine Bemerkung
1341 Schwimmbad	

Silke Sutter-Heer, FDP/XMV: Ich stelle den Antrag zu Konto 1341.4341 Schwimmbadeinnahmen. Die Einnahmen seien per 2016 um Fr. 55'000.-- auf total Fr. 450'000.-- zu erhöhen.

Zur Begründung: Allein beim Schwimmbad Arbon wird ein Defizit von Fr. 322'500.--budgetiert. Beim Strandbad kommt noch ein Defizit von Fr. 126'300.-- hinzu. Insgesamt ist das ein Defizit von rund Fr. 450'000.--. Die Stadt Arbon leistet sich bei einer Einwohnerzahl von rund 14'000 Personen zwei kostenintensive Bäder- Damit also zwei teure Saisonbetriebe. Die FDP/XMV-Fraktion beantragt daher mehrheitlich, dass als sofortige Massnahme auf die neue Saison die Einnahmen so angepasst werden, dass sich das Defizit zumindest um Fr. 55'000.-- reduziert. Nach Ansicht unserer Fraktion ist es durchaus vertretbar, dass diese Mehreinnahmen direkt bei dem Verursacher und damit den Nutzern dieser Anlagen erhoben werden. Es darf nicht übersehen werden, dass gerade Saisonbetriebe in einem durchschnittlichen Schweizer-Sommer sehr schlecht genutzt werden. Hierfür fast zwei Steuerprozente aufzuwenden ist angesichts der Finanzlage schlicht nicht mehr angemessen. Mittelfristig wird sich der Stadtrat und das Parlament wohl über eine bessere Nutzung insbesondere des Strandbads ernsthaft Gedanken machen müssen. Ich bitte sie, dem Antrag zuzustimmen.

Lukas Graf, Präsident FGK: Es tut mir leid, aber diesen radikalen Antrag kann ich nicht unterstützen. Ich glaube, wenn man sich die Schwimmbadeinnahmen anschaut, wie die schwanken mit dem Wetter. Wenn ich denke, dass die Fr. 55'000.-- doch ein grosser Betrag ist, das ist ein neuntel Erhöhung bei den Einnahmen, dann denke ich, der Schuss könnte nach hinten losgehen. Wir sind schon relativ teuer mit den Schwimmbadeinnahmen. Ich müsste dazu wirklich mehr Informationen haben, wieviel so elastizitätsmässig man da noch machen könnte. Bevor man eben Nachfrage hat, respektive den Preis in dieser Menge erhöht, besteht die Gefahr, dass die Nachfrage quantitativ sinkt in Anzahl Eintritten und dann nützt es uns auch nichts, wenn wir den Preis erhöhen auf die Gesamteinnahmen.

Andrea Vonlanthen, SVP: Ich bitte sie auch, den Antrag abzulehnen. Der ist nun wirklich benutzerfeindlich. Er führt zur Folge, dass das wilde Baden ausserhalb der Badeanlagen noch mehr gefördert wird. Und zweitens ist zu sagen, dass die Saisonabonnements bereits ausgeschrieben wurden und jetzt schon gelöst werden. Will man denn von diesen Beziehern einen zusätzlichen nachträglichen Beitrag einfordern? Das scheint mir sehr unrealistisch zu sein.

Wie gesagt, unsere Tarife sind jetzt schon bei den Leuten, sind nicht unbedingt günstig, und wir müssen diese Anlage, die vom breiten Volk gerne genutzt wird, nicht wirklich schlecht machen, sondern wir müssen sie fördern mit vernünftigen Tarifen.

Dominik Diezi, CVP/EVP: Ich habe es vorher gesagt. Wenn wir über sparen reden, dann müssen auch die grossen Positionen in den Fokus kommen. Da sind die Schwimmbäder automatisch ein Thema. Ich habe einfach ein bisschen Mühe jetzt mit dieser Vorgehensweise. Ich hatte schon vorher Mühe, dass wir heute Abend quasi das Sicherheitskonzept auf den Kopf stellen, ohne dass ich mir das überhaupt je seriös überlegen konnte. Ich finde es schön, wenn wir so entscheidungsfreudig sind hier. Das bin ich auch, ist sozusagen auch für meinen Beruf fast ein bisschen erforderlich, aber man sollte doch die Entscheide irgendwie auf seriöser Grundlage fällen. Einfach heute hinzugehen und sagen: so Fr. 50'000.-- weg und dann machen wir da irgendetwas, also ich kenne diesen Antrag irgendwie seit zwei Minuten.

Die Schwimmbäder werden ein Thema sein. Wir selber bereiten bei uns in der Fraktion auch einen entsprechenden Vorstoss vor. Das muss geprüft werden, aber nicht heute in dieser Budgetdebatte, praktisch handstreichartig hier ganze Konzepte über den Haufen werfen. Ich habe schon grösste Mühe was sie vorhin beschlossen haben, da bei der Sicherheit. Das muss man auch anschauen. Da aber sollten doch nicht hier im Rahmen einer Budgetdebatte praktisch einfach so zum Stand raus derartige, weitreichende Entscheide jetzt hier getroffen werden. Da muss man schauen, was hat das für die Tarife für eine Auswirkung. Wie ist das abgestimmt mit den anderen Bädern in der Region? Oder will man eben an anderen Orten allenfalls etwas anderes machen, oder muss man es eben nicht viel grundsätzlicher angehen? Ich empfehle hier Ablehnung des Antrags.

Stadtrat Peter Gubser: Wir haben die Schwimmbadpreise vor zwei Jahren erhöht. Der Einzeleintritt kostet jetzt Fr. 7.--. Sie sehen aus der Übersicht der Rechnung 2014 und dem Voranschlag 2015, dass darum die Einnahmen wesentlich angestiegen sind. Beim Voranschlag 2015 hat man sehr, sehr positiv denkend budgetiert. Man hat gewissermassen den wunderbaren Sommer kommen sehen: Mit diesem guten Sommer erreichen wir die Einnahmen ziemlich genau, die budgetiert sind im 2015. Und es muss wieder ein wirklich guter Sommer werden, damit wir dieses Ziel erreichen. Wenn jetzt verlangt wird, dass wir die Tarife erhöhen, dann haben wir Probleme mit den Abonnements. Andrea Vonlanthen hat das gesagt. Ich könnte mir jetzt ins Fäustchen lachen, ich habe heute mein Abo gekauft. Für die Einzeleintritte haben wir ein Abkommen zum Beispiel mit Romanshorn. Auch bei den Abonnements haben wir ein Abkommen mit Romanshorn und noch mit St. Gallen. Ich kann mir eigentlich nicht vorstellen, dass wir bis zum 1. Mai, wenn wir da die Badi öffnen, dass da durch diese verschiedenen Instanzen diese Erhöhungen gemacht werden können.

Da müssten wir einmal nach links und rechts sehen. In Egnach bezahlt man Fr. 5.-- Eintritt für das Strandbad. In Arbon bezahlt man für das Strandbad Fr. 7.--. Die Qualität ist etwa das Selbe von Strandbad zu Strandbad. Steinach, da bin ich mir nicht mehr ganz sicher, ist es Fr. 4.-- oder Fr. 4.50. Wir haben diese Preise angesehen und mussten dann feststellen, dass wir da an einem oberen Limit sind. Wir sind auch teurer als zum Beispiel Kreuzlingen. Von daher muss ich sie einfach bitten, uns allenfalls den Auftrag zu geben, diese Gebühren zu überarbeiten. Aber jetzt so im Budget Fr. 50'000.-- drauf zu schlagen, das kann nicht funktionieren.

Silke Sutter-Heer, FDP/XMV: Ich kann diese Argumente teilweise nachvollziehen, kann aber nicht nachvollziehen, dass man jetzt kommt und sagt, man hat mit dem Abonnementsverkauf schon angefangen. Die Frage wurde schon von der FGK in den Raum gestellt. Was dann doch ziemlich erstaunlich ist, dass man beim Bootshafen, der vorher schon Fr. 150'000.-- abgeworfen hat, sehr wohl 15 Prozent einfach pauschal erhöhen konnte. Da habe ich nichts dagegen, aber das war schon mehr als kostendeckend, während wir bei den Bädern, die Zahlen liegen schon lange auf dem Tisch, schon lange defizitär sind, und dort die Überlegungen wirklich in die Richtung gemacht haben. Wir werden immer zu spät sein. Daher ziehe ich diesen Antrag zurück, kann aber voraussagen, wir werden eine entsprechende Motion im Januar oder Februar starten, dass zumindest auf das 2017 einmal solche Anpassungen überdacht werden können, weil die Bäder, die Zahlen, Fr. 450'000.-- Defizit, das sind fast zwei Steuerprozente. Das können wir uns einfach nicht mehr leisten, Jahr um Jahr.

Wenn heute noch gesagt wird, offensichtlich liegen jetzt die Hochrechnungen vor, die haben bei unserer Diskussion noch nicht vorgelegen, dass die Fr. 395'000.-- knapp in einem solchen Sommer erreicht worden sind. Dann liebe Kolleginnen und Kollegen, wo stehen wir nächstes Jahr? Dann stimmt das Budget wahrscheinlich nicht, weil mit solchen Sommern wir nicht regelmässig rechnen können. Der letzte liegt 12 Jahre zurück. Das heisst, das Defizit wird noch wesentlich höher sein.

Ich möchte einfach wirklich einmal mit einer Fabel aufräumen. Mich haben mehrere Leute angesprochen und gesagt, sie finden gerade diese Badeabonnements mit Fr. 70.-- für einen Sommer baden gehen wirklich sehr, sehr günstig. Das bezahlen sie heute für einen Tag in einem Skigebiet pro Person. Hier können sie einen Sommer lang zwei Bäder dafür nutzen für diesen Preis. Von daher ist es nicht so, dass alle Leute in Arbon finden, die Badeabonnements seien wahnsinnig teuer. Man kann dafür auch noch nach Romanshorn gehen. Selbstverständlich braucht es diese Absprache mit den Vertragspartnern. Das aber kann über dieses Jahr geschehen und dann im nächsten Jahr, bin ich der Meinung, muss Arbon die Preise anpassen. Ich ziehe damit diesen Antrag zurück.

Stadtrat Peter Gubser: Entschuldigung, wenn ich mich nochmals melde. Ich habe nicht gesagt, die Abos seien zu teuer, sondern ich habe gesagt, wir hätten mit den Einzeleintritten ein hohes Niveau erreicht. Das Abonnement, ich weiss nicht, wo du das Abonnement bekommst, aber ich bezahle für das Abonnement Fr. 88.-- als Einheimischer, also nicht Fr. 70.--.

Der Vergleich mit dem Bootshafen, der klemmt wirklich. Im Schwimmbad wurden vor zwei Jahren die Preise angepasst. Beim Bootshafen haben wir seit 20 Jahren die Preise nicht mehr angepasst. Beim Bootshafen sind wir günstiger als alle anderen Bootshäfen rund um den See. Ich habe mich einfach bemüht, dort rasch zu handeln, und ich werde dort wieder handeln. Ich werde auch bei den Badiabos handeln, aber koordiniert auch mit den anderen Gemeinden.

Lukas Graf, Präsident FGK: Es ist keine Wortmeldung zu diesem Thema. Bei 1341 sind wir ja immer noch und da haben wir noch zwei FGK-Anträge. Konto 1341.3110 Anschaffungen Mobilien, Maschinen, Geräte Die FGK beantragt einstimmig, diese Position um Fr. 5'000.-- zu kürzen und die Anschaffung der Spielgeräte zu verschieben. Laut dem Ressortverantwortlichen kommt diese Anschaffung aus zeitlichen Gründen nicht mehr ins nächste Jahr, sondern dann ins Budget 2017.

Lukas Graf, Präsident FGK: Dann zu Konto 1341.3141 Baulicher Unterhalt. Die FGK beantragt einstimmig, diese Position um Fr. 20'000.-- zu kürzen und die genannten Unterhaltsarbeiten beim Spielplatz und der Akustikzentrale zu verschieben. Auch diese Arbeiten werden laut dem Ressortverantwortlichen dann erst im Jahr 2017 budgetrelevant.

Präsident Heinz Gygax:

1342 Sport.

Dominik Diezi, CVP/EVP: Es geht um die Position 1342.3653 Winterwasser. Hier beantragt ihnen die CVP/EVP-Fraktion, den Betrag von Fr. 10'000.-- für dieses regionale Projekt Winterwasser zu streichen. Diesen Antrag stellen wir nicht leichten Herzens. Die Vereine und ihr Engagement für die Gesellschaft, wie auch die regionale Zusammenarbeit im Oberthurgau sind uns sehr wichtig. Aber bei einem Millionenloch in der laufenden Rechnung steht der Antrag auf die neue Beteiligung, darum handelt es sich hier ja, an einem überregionalen Sportinfrastrukturprojekt quer in der Landschaft. Zuerst müssen wir unsere Rechnung sanieren, wozu wir insbesondere auf unsere kantonale Solidarität angewiesen sind, bevor wir in regionaler Solidarität neue Aufgaben übernehmen können.

Stadtrat Peter Gubser: Das Projekt Winterwasser ist ein regionales Projekt. Es ist die Überdachung eines 25m Beckens in Romanshorn. Ich bin verschiedentlich gefragt worden: wieso macht man das nicht in Arbon.

Weil wir in Arbon nur ein 50m Becken haben, die Überdachung entsprechend viel grösser wäre, und mehr Energie kosten würde. Zweitens weil nur Romanshorn eine Holzschnitzelheizung hat, und nur darum vom Kanton eine solche Überdachung eines Teils des Schwimmbades bewilligt und unterstützt wird. Darum ist dieses regionale Projekt in Romanshorn.

Dieses regionale Projekt Winterwasser in Romanshorn ist ein Low cost Projekt. Da wird mit minimalen Ausgaben gerechnet. Ich habe hier die ganze Kostenaufstellung, was das kostet. Und bei diesem regionalen Projekt ist es auch so, dass die Standortgemeinde einen wesentlich grösseren Teil übernimmt als die Aussengemeinden. Hauptträger dieses regionalen Projekts sind eigentlich Romanshorn, dann noch Amriswil und Arbon als grössere Städte. In Romanshorn hat die Gemeindeversammlung eingehend dieses Projekt diskutiert und die entsprechenden Kredite an laufenden Ausgaben und die Investitionskredite bewilligt. Ich würde es jetzt wirklich bedauerlich finden, wenn wir jetzt diesen kleinen Beitrag, und es handelt sich wirklich um einen kleinen Beitrag an dieses regionale Projekt, streichen würden. Andi Balg hat berichtet, wie er versucht, mit den anderen Gemeinden, mit den anderen grossen Gemeinden im Oberthurgau, eine gemeinsame Front zu einem besseren Lastenausgleich zu erreichen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wenn wir diese anderen Gemeinden mit einbeziehen wollen, damit wir vom Kanton nicht Fr. 10'000.-- sondern hunderttausende von Franken bekommen, dann finde ich, sei es einfach auch taktisch nicht klug, hier bei diesem kleinen Teil nein zu sagen und sich aus der regionalen Solidarität zu verabschieden. Wir sind angewiesen auf die Solidarität, auf die grosse Solidarität der anderen Gemeinden.

Andrea Vonlanthen, SVP: Mir ist die regionale Solidarität, so wie sie Peter Gubser jetzt geschildert hat, auch sehr wichtig. Wir haben in Romanshorn mit dem EZO wirklich ein fantastisches Gemeinschaftswerk, das auch von etlichen Arboner Schülern genutzt wird und als Musterbeispiel der regionalen Zusammenarbeit gilt, und es täte mir sehr leid, wenn Arbon da ein ähnliches Projekt verhindern würde. Ich bin grundsätzlich für die Zusammenarbeit, für diesen Beitrag, möchte meinen Entscheid aber von einer Antwort des Schwimmclubs abhängig machen, ob der Schwimmclub Arbon dieses Angebot auch wirklich nutzen würde, oder ob er sagt: nein für uns keine Bedeutung. Die Antwort wäre mir wichtig.

Stadtrat Peter Gubser: Beim Schwimmclub Arbon gibt es zwei Teile. Es gibt den Wasserballbereich und es gibt die Schwimmerinnen und Schwimmer. Der ist neu aufgestellt worden mit einem neuen Vorstand. Dieser Teil befürwortet die Sache, hat mitgeholfen bei diesen Unterschriftensammlungen und denkt sich auch, dass er davon direkt profitieren kann.

Wasserballer, die trainieren jetzt in Herisau und in St. Gallen und die sind eigentlich damit zufrieden, zumindest die älteren Wasserballer. Die Jüngeren, die sind weniger zufrieden, weil ich von Eltern weiß, die sich daran stören, dass Fünftklässler von abends acht bis halb Zehn Training in Herisau haben und erst dann nach Hause kommen. Diese Situation entsteht dadurch, dass es zu wenig Wasserfläche gibt für all diese Schwimm- und Wassersportvereine.

Claudia Zürcher, FDP/XMV: Ich möchte noch gerne etwas zum EZO sagen. Da geben wir jetzt jährlich Fr. 65'000.-- aus und ich denke, da ist unsere Solidarität und unsere regionale Zusammenarbeit mehr als getan. Ich hätte da gerne einmal die Zahlen, wie viele Arboner dieses EZO wirklich nützen können und wie teuer das uns pro Arboner, der das nützt, zu stehen kommt. Mit diesen Fr. 10'000.--, ich denke, wir können nicht immer nur geben. Wenn wir das jetzt vergleichen mit dem, was Andreas Balg beim Kanton fordert wegen den Soziallasten, da sind ja auch alle Gemeinden davon betroffen. Romanshorn ist auch froh, wenn der Finanzausgleich dort mehr zum Greifen kommt. Für mich ist jetzt einfach der Moment da, wo wir einmal sagen müssten: nein das können wir nicht auch noch.

Max Gimmel, FDP/XMV: Ich habe für die Solidarität ein gewisses Verständnis. Was mich am ganzen Projekt einfach stört, es ist irgendwie ein fait accompli. Man wird durch eine Initiative in einer Gemeinde aufgefordert, dass die Nachbargemeinde auch mitmacht. So war es beim EZO und so gibt es eigentlich weitere Parallelen auch noch. Wir sollten einfach vorsichtig sein. Wir haben jetzt einen relativ kleinen Betrag, Fr. 10'000.--, der ist wirklich nicht sehr hoch. Kann es bei diesem Betrag überhaupt bleiben, oder wird es in fünf Jahren doch Fr. 30'000.-- oder Fr. 50'000.-- sein, weil das Ganze vielleicht nicht mehr ganz so optimistisch getragen wird wie heute? Ich finde deshalb, wir müssen uns aus dieser regionalen Geschichte ein bisschen zurückziehen, weil wir nicht zuletzt sehen, dass unsere regionalen Anliegen eben auch nicht so stark mitgetragen werden. Ich bezweifle, ob dieser Beitrag tatsächlich das Engagement von Romanshorn bezüglich eines Sozialhilfeausgleichs fördern wird, zumal Romanshorn ja auch im eigenen Interesse schauen wird, dass sie zu diesem Sozialhilfeausgleich kommen werden. Früher oder später werden auch die Romanshorner merken, was Sozialhilfe heisst. Deshalb denke ich, man dürfte ein Zeichen setzen und diese Fr. 10'000.-- streichen.

Roland Schöni, SVP: Ich möchte auch noch kurz etwas dazu sagen. Wir reden hier nur von Fr. 10'000.-- und doch ist es ein recht happier Betrag. Ich denke auch, was kommt nachher. Jetzt bezahlt man Fr. 10'000.--, was sind die Folgekosten? Ich glaube nicht, dass es dabei bleibt. Einerseits muss ich fragen, wer benutzt das schlussendlich? Ich glaube nicht, dass normale Schwimmer sich nach Romanshorn begeben und in dieser Halle zum Schwimmen gehen. Wir haben in Wittenbach ein Schwimmbad, wir haben die Blumenwiese, wir haben Weinfelden. Für die normalen Schwimmer ist genug Kapazität da. Wenn es Fakt wäre, dass die Schulen ihre Schwimmstunde in Romanshorn im Winter in dieser Halle durchführen würden, dann könnte man noch darüber reden. Im Moment, die Romanshorner, wenn sie das so wollen, sollen sie es im Moment selber tragen und wir können uns immer noch anschliessen. Zum Beispiel hat Roggwil keinen Betrag gesprochen und Horn auch nicht.

In diesem Sinne, auch wenn es nur Fr. 10'000.-- sind, warten wir noch ab und streichen diesen Posten.

Präsident Heinz Gygax: Stimmen wir über den Antrag von Dominik Diezi ab.

://: Dem Antrag von Dominik Diezi, CVP/EVP, den Betrag von Fr. 10'000.-- im Konto 1342.3653, Winterwasser zu streichen, wird mit 22 zu 7 Stimmen zugestimmt.

1343 Bootshafen

Lukas Graf, Präsident FGK: 1343.4271 Bootsplatzmieten. Der Form halber: die FGK beantragt einstimmig, diese Erträge um Fr. 50'000.-- zu erhöhen. Im Gespräch vom 3. November hat der Stadtrat eine mögliche Erhöhung in Aussicht gestellt. Inzwischen wurde diese ja beschlossen, wie wir wissen. Mit der Medienmitteilung vom 17. November 2015 wurden wir informiert. Ab 1. April 2016 werden die Bootsplatzmieten um 15 Prozent erhöht.

Präsident Heinz Gygax:

1344 Strandbad	keine Bemerkung
1350 Camping	keine Bemerkung
1351 Kinderspielplätze	keine Bemerkung
1352 Spiel- und Sportplatz Stachen	keine Bemerkung
1356 Veranstaltungen	keine Bemerkung

14 Gesundheit

1410 Kranken- und Pflegeheime	keine Bemerkung
1440 Ambulante Krankenpflege	

Dominik Diezi, CVP/EVP: Tut mir leid, dass das immer so Auftritte werden. Dem ist aber der weite Weg geschuldet.

Im Zusammenhang mit dem Konto 1440.3652/ 1440.3651/ 1540.3650, Perspektiven ist das Thema. Da regt die CVP/EVP, an den Leistungsauftrag, den eben die Perspektive ausführt für den Zweckverband, dem die Stadt Arbon angehört, einmal grundsätzlich zu überprüfen. Diese Überprüfung muss nicht unbedingt zu einer Verminderung des entsprechenden Engagements führen, aber zu einem möglichst sinnvollen und effizienten Einsatz der Mittel im Bereich der Familien-, Eltern- und Paarberatungen.

Präsident Heinz Gygax:

1450 Alkohol- und Drogenmissbrauch
1459 Übrige Krankheitsbekämpfung
1470 Lebensmittelkontrolle

keine Bemerkung
keine Bemerkung
keine Bemerkung

15 Soziale Wohlfahrt

1500 AHV-Zweigstelle
1520 Krankenversicherung
1540 Jugendschutz

keine Bemerkung
keine Bemerkung

Cyrill Stadler, FDP/XMV: Wie sie auch dem FGK-Bericht bei den Fragen Seite 18 entnehmen können, hat die FGK zum Kontobereich 1540 verschiedene Fragen gestellt. Dabei wurde gefragt, ob es möglich wäre das Konto 1542.3010 zu reduzieren, ob die Möglichkeit bestünde 1540 / 1542 über alles, das ist ein Kostenblock von über Fr. 712'000--, einen Betrag von Fr. 100'000.-- einzusparen. Die Antwort war dann, dass mit einer solchen Reduktion einfach das Kinderhaus wegfallen würde. Bei der Position 1540.3010 wäre eine Reduktion von Fr. 70'000--, das würde 40 Stellenprozente bedeuten und das wäre eine übermässige Reduktion in diesem Team. Der Besoldungsblock macht total Fr. 242'200--. Die FDP/XMV-Fraktion stellt den Antrag, das Koto 1542.3010 auf Fr. 200'000-- zu reduzieren.

Andrea Vonlanthen, SVP: Diesen Antrag haben wir gleichlautend auch bereits beim Präsidenten deponiert. Wir meinen auch, dass man dort sparen müsse, wo es effektiv ohne grosse Qualitätseinbussen möglich ist – und wo es Alternativen gibt.

Die Qualität: Der effektive Nutzen der aktuellen Kinder- und Jugendarbeit bei den diversen Projekten und den aufsuchenden Aktivitäten ist nirgendwo stichhaltig belegt. Wir sollten aufgrund klarer Fakten und nicht einfach aufgrund positiver Gefühle entscheiden. In diesem Arbeitsbereich stimmen für uns Aufwand und Ertrag nicht überein.

Zu den Alternativen: Über Jahrzehnte hinweg wurde die Kinder- und Jugendarbeit in grossen Teilen von Freiwilligen geleistet, von der Pro Juventute, von Vereinen, von kirchlich engagierten Leuten, teils auch von der Schule. Diese Arbeit wurde mit viel Herzblut und wenig finanziellen Mitteln geleistet. Heute delegieren wir diese Aufgaben fast ausschliesslich an den Staat und seine hochbezahlten Fachkräfte. Letztere können wir uns aber immer weniger leisten. Darum gilt es heute, wieder bewusst nach Modellen der Freiwilligkeit zu suchen. Wir sind überzeugt, dass sich diese Freiwilligen in den Vereinen, den Kirchen, den Quartieren und teils auch in der Schule finden lassen. Doch dazu braucht es ein Umdenken: Der Staat soll es nur dann richten, wenn private Lösungen nicht möglich und nicht sinnvoll sind.

Die Konsequenz dieser Einsparung: Deswegen muss noch niemand entlassen werden. Doch die eine oder andere der doch sehr gut entlohnten Stelleninhaberinnen mag auch dankbar sein, wenn sie einige Stellenprozente abgeben kann.

Wir bitten sie also, den Antrag zu unterstützen.

Roman Buff, CVP/EVP: Von der SVP kommt eigentlich jedes Jahr das gleiche Argumentarium. Ich finde, man sollte diesen Posten belassen. Die Argumentation der FGK, bzw. die Antwort des Stadtrats, dass diese Entscheidung äusserst kurzfristig, kurzsichtig wäre, dass es sich um einen präventiven Bereich handelt, es auch noch um Standortmarketing geht, unterstützen wir voll.

Ich finde es einfach unseriös, wenn wir rasenmäherartig Stellenabbau im Rahmen des Budgets beschliessen. Warum kommt nicht von eurer Seite einmal eine parlamentarische Initiative oder eine Motion, wo man das Ganze einmal gründlich untersuchen könnte. Das ist seriös. Ich bin mit der FGK im gleichen Boot.

Lukas Graf, SP-Gewerkschaften Juso: Auch wir in der SP haben über die Kinder- und Jugendarbeit diskutiert und über gewisse Projekte und haben auch unsere Fragezeichen. Es ist aber so: für mich gibt es schon allein einen technischen Grund, warum ich gegen den Antrag bin. Es ist nämlich ein typischer Globalkürzungsantrag, wo man sich aus der Verantwortung ziehen will, zu sagen wo genau gespart werden muss. Das bei der Kultur, das war eine Ausnahme, dort haben wir das der Kommission übergeben, ansonsten lehne ich solche Pauschalkürzungsanträge ebenso pauschal ab.

Man muss sehen, es gibt hier einen Verein, man muss auch sehen, es gibt hier Rückerstattung. Es gibt hier eine Verpflichtung auch gegenüber der Gemeinde Steinach. Ob die dann mit einer Kürzung im gleichen Ausmass auch noch erfüllbar wäre, sind die einen Fragen. Das andere, wir haben das letztes Mal genau gleich argumentiert, sind wir grundsätzlich dagegen, dass man bei der Jugend spart. Es gibt hier ganz sicher Präventionseffekte. Auch wenn wir darüber diskutiert haben, wie gesagt, ob die aufsuchende Jugendarbeit das non plus ultra ist. Für uns ist klar, diesen Antrag lehnen wir ab.

Cyrill Stadler, FDP/XMV: Damit es noch schnell präzisiert ist: Es geht um das Konto 1542.3010 und nicht um eine globale Kürzung. Es geht hier wirklich um diese Stellenprozente.

Stadtrat Hans Ulrich Züllig: Andrea Vonlanthen hat einmal mehr beklagt, dass er den Nutzen nicht genügend erkennt. Kein Wunder, seit fünf Jahren, und auf so viele Einladungen sich einmal bei uns zu erkundigen, habe ich nur immer Entschuldigungen bekommen. Gerne würden wir ihm den Nutzen der Kinder- und Jugendarbeit etwas näher erläutern, dafür aber muss man sich mit etwas auseinandersetzen. Die Kinder- und Jugendarbeit stützt sich ja auf eine lange Tradition in der Industriestadt Arbon. Und, sie stützt sich auf einen klaren gesetzlichen Auftrag. Sie ist als eigenständiger Verein organisiert. Die Stadt Arbon finanziert die Personal- und Infrastrukturkosten und stellt im Rahmen eines Geschäftsführungsauftags die Programme zusammen. Ich darf daran erinnern, dass vor diesem Auftrag die Organisation freiwillig basiert war und sie kam stark in Misskredit in unserer Stadt. Seither funktioniert sie und gehört zu den effektivsten Kinder- und Jugendarbeitsorganisationen unseres Kantons.

Die Kinder- und Jugendarbeit wirkt an der Schnittstelle von Schulen und Familien und ergänzt das Angebot von Vereinen und kirchlichen Organisationen. Sie betreibt Gemeinwesenarbeit. Dies in drei Schwerpunkten mit aufsuchender Arbeit, mit Projekten im Präventionsbereich, die vollständig von Kanton und anderen Institutionen, aber vor allem vom Kanton, bezahlt werden. Sie ist auf kantonalen Programmen basiert und sie führt die Trägerschaft des Jugendtreffs.

Die Kinder- und Jugendarbeit steht voll am Puls unserer Gesellschaft wie keine andere Organisation und trägt mit ihrer täglichen Präsenz nicht unwesentlich zur sozialen Ruhe und damit zum Standortmarketing unserer Stadt bei.

Die Kinder- und Jugendarbeit verfügt über drei Mitarbeitende mit insgesamt 240 Stellenprozenten. Davon sind für die Gemeinde Steinach 40 Prozent reserviert, welche Steinach im Konto 1542.4520 auch sehr angemessen entschädigt, immer auch bestätigt von grossem Kompliment über die Leistung, die die Kinder- und Jugendarbeit Arbon-Steinach, wie sie heisst, erhält.

Ein Kürzung, wie sie Cyril Stadler vorschlägt, kann kaum linear erfolgen über diese Personen. Ich kann nicht wie im Märchen Aschenputtel ein Stück Ferse abschneiden. Das hätte wohl zur Folge, dass der Etat um eine Person gekürzt, und somit eine der Ersparnen eingestellt werden müsste.

Wenn die Stadt nicht mehr bereit ist, ein knappes Steuerprozent für diese Aufgabe bereitzustellen, werden wir uns danach ausrichten. Der Stadtrat empfiehlt ihnen jedoch mit Überzeugung, am beantragten Budgetbetrag festzuhalten. Ich danke Ihnen. Vielleicht will der Präsident noch ein Wort dazu sagen.

Vizestadtpräsident Patrick Hug: Ich kann mich kurz fassen und ergänze zudem, was Stadtratskollege Hans-Ulrich Züllig gesagt hat. Als Präsident des Vereins Kinder- und Jugendarbeit Arbon kann ich Ihnen bestätigen, dass sämtliche Projekte der KJA durch Bund, Kanton und anderweitige Institutionen fremdfinanziert sind. Die Aktivitäten der KJA belasten die Rechnung der Stadt Arbon also mit keinem einzigen Franken. Wenn Sie hier eine Kürzung vornehmen, hätte dies, das wurde bereits durch Hans-Ulrich Züllig erwähnt, einen Stellenabbau zur Folge. Für die Dienstleistungen der KJA zahlt die Gemeinde Steinach jährlich Fr. 50'000.--, und, geschätzte Parlamentarierinnen und Parlamentarier, diesen Betrag wollen wir nicht mit einer unbedachten Kürzung gefährden.

Max Gimmel, FDP/XMV: Ich habe eine Verständnisfrage: Hans-Ulrich Züllig hat vorher gesagt, dass der Anteil Steinach, das Penum 40 Prozent sei. Dann würde ich meinen, dass die Fr. 50'000.-- eigentlich doch relativ wenig sind für diese 40 Prozent. Es müsste eigentlich höher sein. Wenn man Fr. 242'000.-- Besoldungen hat, davon 40 Prozent nimmt, bin ich noch nicht bei Fr. 50'000.--. Ist das 40 Prozent von einer Stelle von diesen 2,4 Stellen für Steinach?

Stadtrat Hans Ulrich Züllig: Von den 240 Stellenprozent, die insgesamt verfügbar sind, sind insgesamt 40 Prozent in etwa für Steinach.

Präsident Heinz Gygax: Wir kommen zur Abstimmung über den Antrag von Cyril Stadler.

://: **Der Antrag von Cyril Stadler, FDP/XMV, das Konto 1542.3010 um Fr. 42'200.-- auf Fr. 200'000 zu reduzieren, wird mit 17 zu 12 Stimmen abgelehnt.**

Roland Schöni, SVP: Es ist ein bisschen zügig gegangen. Ich komme nochmals zum Konto 1540 Jugendschutz zurück. Seite 18 Konto 1540.3655 Beitrag an Tagesschule. Ich beantrete im Namen der SVP-Fraktion den Betrag von Fr. 40'000.-- zu streichen. Es geht da um eine Kostenbeteiligung an Betreuungskosten für die Tagesschule gemäss Stadtratsbeschluss. Ich denke, die Primarschule ist gut aufgestellt. Es ist ja noch nicht alles realisiert und man weiss noch gar nicht, was für effektive Kosten hier anfallen. Aufgrund der schlechten finanziellen Situation der Stadt Arbon sehen wir davon ab, dass wir jetzt schon diese Fr. 40'000.-- sprechen. Wie gesagt, die Schule ist gut aufgestellt. Wir haben auch verzichtet, man hätte eigentlich auch zwei Prozentpunkte mit den Steuern runter müssen. Daher hoffe ich auf ein Entgegenkommen der Schule.

Wenn es dann in Zukunft so ist, dass wirklich diese massiven Defizite eintreffen, dann können wir uns immer noch dem anschliessen und einen Betrag sprechen. Also, kein Schüler muss eine kalte Suppe essen. Daher mein Antrag, diese Fr. 40'000.-- zu streichen.

Regina Hiller, FDP/XMV: Dass ich da nicht sitzen bleiben kann, das verstehen vermutlich alle. Ich fühle mich sehr direkt angesprochen. Beim Betreuungsangebot für Schulkinder von berufstätigen Eltern geht es um eine klassische Grundaufgabe von Stadt und Schulgemeinden. Im Auftrag des Bundes verpflichtet der Kanton im Gesetz über die Familienergänzende Betreuung, §3, die politischen Gemeinden, entsprechende bedarfsgerechte Betreuungsangebote sicher zu stellen und zu schaffen.

Im §6 wird die Zusammenarbeit zwischen politischen Gemeinden und Schulgemeinden vorgegeben und in Abs. 3 werden die Schulgemeinden lediglich dazu angehalten, im Rahmen ihre Möglichkeiten Leistungen zu erbringen. Dazu sind wir bereit.

Nun, ob es um ein sinnvolles Angebot geht, Tagesschulplätze, gerade mal 50 auf 870 Kinder anzubieten, das scheint offensichtlich nicht in Frage gestellt. Deshalb argumentiere ich nicht weiter, was Sinn und Zweck eines Tagesschulangebotes ist, sondern beantrage, dass diese Kosten, die an und für sich Auftrag der Gemeinden wären und wir die Räumlichkeiten zur Verfügung stellen, vom Personal: das ist Koch, Hauswart und Betreuungspersonal, wo die Primarschule viel investiert, dass sich die Stadt mit der Hälfte am Defizit beteiligt, wie das zum Beispiel auch in Frauenfeld seit vielen Jahren der Fall ist. Ich bitte sie, den Fr. 40'000.-- für das Jahr 2016 zuzustimmen.

Präsident Heinz Gygax: Wir stimmen über diesen Antrag von Roland Schöni ab.

://: Der Antrag von Roland Schöni, SVP, beim Konto 1540.3655, Beitrag an Tagesschule, den Betrag von Fr. 40'000.-- zu streichen, wird mit 21 zu 7 Stimmen abgelehnt.

1550 Invalidität	keine Bemerkung
1560 Sozialer Wohnungsbau	keine Bemerkung
1570 Alterssiedlung	keine Bemerkung
1580 Altersfürsorge	keine Bemerkung

1581 Öffentliche Sozialhilfe

Andrea Vonlanthen, SVP: Zuerst eine Bemerkung zum zuständigen Stadtrat Züllig. Sie haben vorhin einmal mehr versucht, dem Parlament ein schlechtes Gewissen zu vermitteln, indem sie fordern, dass das Parlament eine Holschuld habe. Wir 30 Parlamentarierer müssten zu ihnen kommen und um Informationen bitteln. Ich denke, es müsste wirklich anders sein, dass sie Informationen vermitteln, dass sie eine Bringschuld haben, dass wir mehr wissen als in dem Jahresbericht steht. Im Jahresbericht heisst es einfach: so und so viele Kontakte hat es gegeben. Das ist nun wirklich keine konkrete Information.

Ich komme zum Konto 1581 Öffentliche Sozialhilfe, und hier zu den drei Konten .3661/.3662/.3663. Wir beantragen hier bei der Unterstützung an die verschiedenen Empfängergruppen, Kürzungen vorzunehmen.

1581.3661 Unterstützungen an Thurgauer Bürger um Fr. 100'000.--

1581.3662 Unterstützungen an Schweizer Bürger um Fr. 250'000.--

1581.3663 Unterstützungen an Ausländer um Fr. 200'000.--, insgesamt also um Fr. 650'000.--

Geschätzte Kolleginnen und Kollegen, so wahnsinnig weit sind wir heute mit Einsparungen nicht gekommen. Am Schluss bleibt wohl etwa der Betrag, den die FGK errechnet hat. Viel weiter haben wir jetzt nicht gespart.

Wir alle wissen, dass im Sozialressort die Kosten am meisten steigen, und dass effektiv in diesem Ressort am wenigsten gespart wird. Hier ist eine spürbare Reduktion möglich und verantwortbar. Hier wird immer noch einiges unternommen, was gesetzlich nicht vorgeschrieben ist: Stichwort Haushaltshilfen, Stichwort begleitetes Besuchen, Stichwort Familienmanagement usw.

Auch mit diesen Kürzungen bleiben wir durchwegs deutlich über den Beträgen aus der Rechnung 2014 und dem Budget 2015. Es ist einfach so. Ohne politischen Druck gibt es bei der öffentlichen Sozialhilfe keine Bewegung und keine Besserung. Ich denke, mit diesen Anträgen liegen wir sehr wohl auf der Linie der CVP, die ja im Juni in der Thurgauerzeitung schrieb: „Auch die Verwaltungsabläufe und die Unterstützungspraxis müssen hinterfragt werden. Die hohen Sozialkosten sind herunterzufahren“. soweit Originaltext CVP in der TZ vom 11. Juni.

In Arbon sind eine optimierte Fallbetreuung und revidierte Beitragsleistungen nach den geänderten Skos-Ansätzen möglich und nötig. Die meisten von uns Parlamentsmitgliedern kennen ja den neuesten Expertenbericht zur Sozialhilfe noch nicht. Wir fordern genau, wie Ruth Erat am Anfang, dass dieser Bericht den Parlamentsmitgliedern nächstens zugestellt wird. Ich denke, es würde aber niemanden überraschen, wenn in diesem Bericht klare Fingerzeige zu einer besseren Fallbetreuung enthalten wären. Wir hören immer wieder: „Es geht nicht, da ist nichts zu machen“. Es geht nur dann nicht, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, wenn der politische Wille fehlt! Der fehlt bis anhin immer noch.

Nehmen wir die explosionsartig steigenden Kosten weiterhin schulterzuckend zur Kenntnis, oder wollen wir dem Stadtrat einen klaren Sparauftrag und dem zuständigen Ressort einen deutlichen Fingerzeig geben? Wir haben heute die Gelegenheit dazu. Wir sollten sie nicht fahrlässig verpassen.

Lukas Graf, SP-Gewerkschaften-Juso: Es stimmt, dass bei diesem Konto 1581 und auch beim Konto 1589 übrige Sozialhilfe, dass sich hier die strukturellen Probleme in Arbon zeigen. Ja, es gibt vermutlich noch Optimierungs-Potential, aber wir können sicher nicht hier einfach Unterstützungsgelder kürzen. Da gibt es gesetzliche Verpflichtungen. An der Informationsveranstaltung vom 24. November, ich weiss nicht ob du, Andrea Vonlanthen, auch dabei warst, da wurden die neuen Erkenntnisse aus der Betriebsanalyse vorgestellt. Diese attestiert der Abteilung Soziales, und damit verrate ich nicht zuviel, denn das wurde damals gesagt, mustergültige Strukturen und eine qualitativ hochstehende Führung, aber auch deutliche personelle Unterdotierung und Verbesserungs-Potential in der Fallführung, der Dokumentation und zum Teil der Fachlichkeit.

Als Mitglied der FGK habe ich diesen Bericht bereits erhalten. Ich bin gespannt auf die Massnahmen, die die Stadt daraus ableiten wird, und ich bin sicher, da werden Massnahmen kommen. Aber umso unseriöser wäre es jetzt hier, wieder einmal Pauschalkürzungen vorzunehmen. Meiner Meinung nach wäre es sinnvoll, den Bericht, über den man ja öffentlich informiert hat, allen Parlamentsmitgliedern zukommen zu lassen.

Wir von der Fraktion SP-Gewerkschaften-Juso werden uns sicherlich nicht gegen eine Stellenerhöhung im Bereich Soziales wehren. Denn die aktuelle Belastung ist offensichtlich nicht nur untragbar für die Mitarbeitenden, sondern kostet uns auch Geld. Wenn es möglich ist, das ist vermutlich die Kernaussage des Berichts, durch vertiefte Fallführung die Nettokostenkosten zu senken, so ist eine Stellenaufstockung eine lohnende Investition. Hier aber, bei den Unterstützungen, Kürzungen vorzunehmen, da wehren wir uns dagegen.

Stadtrat Hans Ulrich Züllig: Ich möchte nicht unnötig verlängern, das Wichtigste ist gesagt worden, vor allem von Lukas Graf. Ich möchte noch einmal darauf hinweisen, Andrea Vonlanthen: Die Sozialhilfe ist nach Sozialhilfegesetz delegiert an die Gemeinden, Sozialhilfe ist Aufgabe der Gemeinden, und die Gemeinde Arbon hat diese Aufgabe delegiert an eine selbstständige Behörde, die Sozialhilfebehörde, in der, ich habe es hier schon mehrfach erwähnt (soviel zur Bringschuld) in der alle im Parlament vertretenen Parteien auch vertreten sind. Jeder Franken, den sie hier in Konto 1581 finden, basiert auf einem Beschluss dieser Sozialhilfebehörde. Ich werde Ihnen gerne einmal, falls sie es wünschen, die Abstimmungsresultate in globo, vielleicht mal sagen. Ich kann Ihnen nur soviel sagen, und es ist ein Zeugnis der hohen Qualität der Arbeit, die die Sozialen Dienste, ihren Vorlagen leisten, dass über 95 Prozent aller Abstimmungen einstimmig sind, und betragsmäßig ein geringer Teil, eigentlich noch bestritten ist. Der liegt auch unter fünf Prozent. Sie sehen eigentlich, hier ist die Kontrolle der politischen Instanz, die funktioniert und es ist eine hervorragende Arbeit, die geleistet wird. Hier haben wir wenig Spielraum. Wir reden hier von gebundenen Kosten und sind eingespannt in einen gesetzlichen Rahmen. Jetzt einfach solche Kürzungen zu beantragen, ich sage Ihnen voraus, das führt dann halt zu irgendwelchen Überschreitungen, weil wir hier gebundene Ausgaben haben.

Präsident Heinz Gygax: Dann stimmen wir über jeden einzelnen dieser Anträge ab.

Andrea Vonlanthen, SVP: Sie müssen nicht einzeln abgestimmt werden.

Präsident Hein Gygax: Das Problem besteht darin, dass alle verschieden sind und das macht das Problem grösser. Ich empfehle daher, die Abstimmung einzeln vorzunehmen.

://: **Der Antrag von Andrea Vonlanthen, SVP, beim Konto 1581.3661 Unterstützungen an Thurgauer Bürger, um Reduktion von Fr. 100'000.--, wird mit 23 zu 6 Stimmen abgelehnt.**

://: **Der Antrag von Andrea Vonlanthen, SVP, beim Konto 1581.3662 Unterstützungen an übrige Schweizer Bürger, um Reduktion von Fr. 250'000.--, wird mit 23 zu 6 Stimmen abgelehnt.**

://: **Der Antrag von Andrea Vonlanthen, SVP, beim Konto 1581.3663 Unterstützungen an Ausländer, um Reduktion von Fr. 200'000.--, wird mit 23 zu 6 Stimmen abgelehnt.**

1582 Arbeitsamt

keine Bemerkung

1583 Integration von Ausländern

Stadtrat Hans Ulrich Züllig: Ich habe noch eine kleine Verbesserung anzubringen. Wir haben eben einen Bescheid bekommen für das Konto 1583.4610 Beitrag Kanton an Integrationsfachstelle: Wir dürfen die Habenposition auf Fr. 15'000.-- erhöhen.

Präsident Heinz Gygax:

1589 Übrige Sozialhilfe

keine Bemerkung

16 Verkehr

1610 Staatsstrassen

keine Bemerkung

1620 Gemeindestrassen

keine Bemerkung

1621 Parkierungsanlagen / Blaue Zone

keine Bemerkung

1622 Parkplatzbewirtschaftung

keine Bemerkung

1650 Öffentlicher Verkehr

Lukas Graf, Präsident FGK: 1650.3641 Rufmiettaxi und die entsprechende Entnahme 1650.4800. Im Sinne der Sparanstrengungen beantragt die FGK mehrheitlich, den Betrag für das Rufmiettaxi zu streichen und diese Dienstleistung in Zukunft nicht mehr anzubieten. Entsprechend reduziert sich die Entnahme aus der Spezialfinanzierung um den gleichen Betrag. Auf das Gesamtergebnis wirkt sich diese Massnahme kostenneutral aus.

Felix Heller, SP-Gewerkschaften-Juso: Das Rufmiettaxi wurde 2009 als Ergänzung zum ÖV-Angebot in den Randstunden eingeführt. Für Fr. 5.-- pro Fahrt fährt das Taxi von den beiden SBB-Haltestellen zum Wohnort seiner Fahrgäste und umgekehrt. Die Fraktion SP-Gewerkschaften- Juso wehrt sich gegen die Streichung dieses Angebots.

Auch mit dem neuen Fahrplan kommt man unter der Woche nach 20.40 Uhr von den beiden Zughaltestellen nicht mehr mit dem ÖV nach Frasnacht. Am Wochenende fährt der letzte Bus sogar um 19.15 Uhr, was nun wirklich nicht spät ist. Die Abschaffung des Rufmiettaxi trüfe also vor allem Einwohnerinnen und Einwohner aus Frasnacht sowie Arbonerinnen und Arboner, die an schlecht erschlossenen Orten in unserer Stadt wohnen. Das Rufmiettaxi leistet einen nicht zu unterschätzenden Beitrag für den Zusammenhalt unserer Gemeinde. Solange es keinen Stadtbus gibt, der alle Arbonerinnen und Arboner aus allen drei Ortsteilen auch zur späteren Stunde noch nach Hause bringt, muss das Angebot des Rufmiettaxi bestehen bleiben.

Gerade ältere Leute nehmen den Service des Rufsummeltaxis gerne in Anspruch, da für manche bereits kürzere Wege von der Bushaltestelle zum Wohnort beschwerlich sind. Aber auch junge Leute sind froh, wenn sie nach dem Ausgang für Fr. 5.- sicher nach Hause gefahren werden.

Wenn sie immer noch nicht überzeugt sind, dann habe ich ein weiteres stichhaltiges Argument für sie, weshalb wir getrost von der Streichung des Rufsummeltaxis absehen können, Lukas Graf hat es erwähnt: Die Fr. 17'000.-- sind nicht budgetrelevant, da sie aus der Spezialfinanzierung Parkplatzbewirtschaftung entnommen werden. Das Defizit verringert sich also nicht, wenn wir dem FGK-Antrag zustimmen.

Auf der Internetseite unserer Stadt steht: „Eine gute Erschliessung ist wesentlich für die Standortqualität einer Stadt. Der Stadtrat Arbon verfolgt das Ziel, die innerstädtische Erschliessung wo immer möglich zu verbessern.“ Mit der Abschaffung des Rufsummeltaxis würde diese innerstädtische Erschliessung aber massiv verschlechtert. Ich bitte sie im Namen der einstimmigen SP-Gewerkschaften-Juso-Fraktion, den Kürzungsantrag der FGK beim Konto Rufsummeltaxi abzulehnen und in der Folge auch beim Konto Entnahme aus Spezialfinanzierung auf die Kürzung um denselben Betrag zu verzichten.

Dominik Diezi, CVP/EVP: Auch unsere Fraktion möchte ihnen beliebt machen, auf diese Streichung zu verzichten. In Zeiten knapper Finanzen ist zwar möglichst effizienter Einsatz der zur Verfügung stehenden Mittel unabdingbar. Aber nach unserer Auffassung ist eben genau das beim Rufsummeltaxi der Fall. Statt in den Randstunden noch mehr halbleere Busse für teures Geld herumfahren zu lassen, erbringen eben kleine Taxis nur bei Bedarf diese Dienstleistung. Wenn man hier schon grundlegende Überlegungen anstellt Richtung Sparen, müsste man sich fragen, ist das Angebot noch auszudehnen? Jetzt machen wir genau das Gegenteil: Busausbau, schlägt sich auch schön in der Rechnung nieder, haben sie ja alle gesehen. Das ist hier ein sehr effizientes Angebot, das wirklich nur kostet, wenn es wirklich auch direkt was nützt. Das Angebot ist zudem gut eingeführt und genutzt. Dieser Streichungsantrag mag gut gemeint sein, aber eben wie gesagt, gerade in Zeiten knapper Finanzen scheint diese Streichung letztlich als kontraproduktiv. Da ist die laufende Rechnung nicht entlastet und ist darauf bereits zutreffend hingewiesen worden.

Riquet Heller, FDP/XMV: Mein Kollege Dominik Diezi wird seinen eigenen Prinzipien untreu. Er tut so, als gäbe es nichts als ein Sammeltaxi und alle Leute seien so arm, dass sie nichts bezahlen könnten. Das stimmt nicht. Wir haben in Arbon ein privates Taxiunternehmen. Wenn sie zu zweit dort sind, kann auch noch jemand mitfahren, dann wird es ein bisschen günstiger. Und wer sagt, wer den öffentlichen Verkehr gebrauche, sei ein derart armer Mensch, dass er das Rufsummeltaxi unbedingt braucht, das ist doch nicht der Fall. Und Anbetracht der desolaten Lage unserer Stadt, bitte ich sie doch auch, dieses Rufsummeltaxi zu streichen. Unsere Bevölkerung spürt den Sparwillen, den wir haben und das ist zum Beispiel, dass das Rufsummeltaxi jetzt halt fehlt. Denn das ist die Konsequenz. Wir müssen schauen, dass bei der Budgetabstimmung dieses Budget überhaupt genehmigt wird mit diesem grossen Defizit. Demzufolge bitte ich sie, Streichung des Rufsummeltaxis.

Stadtpräsident Andreas Balg: Ich muss sie informieren, dass wir vertraglich gebunden sind bis 2016. Wir könnten einfach vertragsbrüchig werden, oder das denn auf 2017 in Betracht ziehen. Zusätzlich kann auch ganz deutlich auf den Widerspruch hingewiesen werden: das Agglomerationsprogramm fordert von uns die Gelder, die da gesprochen worden sind, ein angemessenes ÖV-Angebot zu haben. Ich darf auch daran erinnern, dass sie dem Ausbau der AOT-Verbindungen, die Verdopplung der Frequenz deutlich, wenn nicht sogar einstimmig zugestimmt haben, und dass diese Massnahme insbesondere Schwache und Alte treffen würde. Ich glaube die Diskussion erübrigt sich.

Roland Schöni, SVP: Wir haben das in der FGK diskutiert und der Antrag ist nicht einmal von uns gekommen. Uns hat einfach irritiert, dass man gar nicht weiss, wer dieses Angebot nutzt. Sind es Jugendliche oder Erwachsene, die spät nach Hause kommen? Wer benutzt das eigentlich? Darüber hat man überhaupt keine Angaben, sind es Kunden aus Frasnacht oder Stachen? Das hat uns eigentlich bewogen, auf diese Rückweisung zu kommen. Es wäre wünschenswert, man kann beides, man kann es belassen oder, wir haben es gehört, es besteht noch ein Vertrag, aber es wäre wünschenswert, sicher dienlich, wenn man wüsste, wer genau von diesem Angebot profitiert.

Stadtrat Peter Gubser: Ich möchte nur rasch Roland Schöni die Antworten liefern. Die Statistik zeigt, dass ungefähr etwa die Hälfte der Benutzer dieses Rufallsammeltaxis in die dritte Zone fahren. Wir haben drei Zonen: eine nahe, eine mittlere und eine weite Zone. Die Hälfte benutzt die weiteste Zone, und die anderen beiden Zonen, die sind etwa je hälftig, je ein Viertel der Benutzer. Das dazu, wer wie weit fährt mit dem Taxi.

Die zweite Frage, wer benützt das Taxi? Ich habe Taxifahrer gefragt im Hinblick auf diese Sitzung: sind es jetzt vornehmlich Ältere oder sind es vornehmlich Jüngere? Die Auskunft des Taxifahrers, den ich gefragt habe, die Auskunft, die Ruth Erat erhalten hat von Taxifahrern, ist immer dieselbe: es ist nicht eine spezifische Gruppe. Es sind alte und junge Benutzer. Es ist eine bunt gemischte Gesellschaft, die dieses Angebot nützt.

Riquet Heller, FDP/XMV: ich finde es äusserst unfair, wenn ein Antrag gestellt wird, der rechtlich nicht einmal zulässig ist. Nämlich dass mir der Stadtpräsident antworten kann: wir sind rechtlich gebunden, es sei eine gebundene Ausgabe. Demzufolge müssen wir darüber gar nicht abstimmen. Weshalb der Antrag nicht bereits in der Kommission entsprechend kommentiert wurde und demzufolge in der Kommission wahrscheinlich schon gestorben ist, begreife ich nicht. Das ist sehr unfair, dass nicht erwähnt worden ist, dass ein Bindungsvertrag besteht.

Lukas Graf, Präsident FGK: Da muss ich den Stadtrat in Schutz nehmen. Wir haben hierzu keine Frage gestellt, sondern es wurde nachträglich dieser Entscheid gefällt. Danach wurden wir noch informiert, dass es spezialfinanziert ist, was dann auch....

Riquet Heller, FDP/XMV: Wortmeldung ohne Mikrophon....

Präsident Heinz Gygax: Riquet Heller, bitte nicht dreinreden!

Lukas Graf, Präsident FGK: Das ist korrekt. Ich habe nur gesagt, es gab dazu keine Frage, deshalb konnte der Stadtrat sich bezüglich des Vertrags auch nicht äussern. Wir wurden nach diesem Antrag noch informiert, dass es spezialfinanziert ist. Das ist der andere wichtige Punkt, weshalb ich die Aufregung gar nicht versteh'e.

Präsident Heinz Gygax: Kommen wir nun zur Abstimmung. Es ist ein Antrag gestellt worden und wenn das so ist, müssen wir darüber abstimmen, ob uns das gefällt oder nicht. Wir haben keinen Antrag von Felix Heller, aber einen Antrag von Dominik Diezi. Ich stelle den Antrag der FGK gegenüber dem Antrag des Stadtrats.

://: **Der Antrag der FGK, beim Konto 1650.3641 Rufsummeltaxi, den Betrag von Fr. 17'000.-- zu streichen, wird einstimmig abgelehnt.**

1651 Übriger Verkehr keine Bemerkung

17 Umwelt und Raumordnung

1711 Abwasserbeseitigung keine Bemerkung

1720 Abfallbeseitigung

Lukas Graf, Präsident FGK: Konto 1720.4341 Gebühren für Grünabfuhr. Die FGK beantragt mehrheitlich, die Gebühren für die Grünabfuhr um Fr. 25'000 zu erhöhen, da diese nicht kostendeckend ist. Die Grünabfuhr kostet die Stadt gemäss Konto 7120.3180 nächstes Jahr Fr. 90'000.-- und die Gebühren betragen nur Fr. 65'000.--. Durch diese Erhöhung reduziert sich die Abfallgrundgebühr in Konto 1720.4345 entsprechend, da der ganze Bereich Abfallgrundgebühr gemäss kantonalem Abfallgesetz kostendeckend sein muss.

Ich werde also, wenn dieser Antrag angenommen wird, den Antrag zur Abfallgebühr nicht stellen, da dies wiederum ein Automatismus ist, auch wenn er im FGK-Bericht separat drin ist.

Stadtpräsident Andreas Balg: Das ist ein erneuter unseriöser Antrag und ich sage ihnen auch warum. Es ist klar, dass wir die Abfallgebühren im Rahmen der Aufgaben- und Leistungsüberprüfung diskutieren. Ich habe mich bei den Fraktionspräsidenten rückversichert, dass das auch im Interesse ist, zumindest diskutiert werden soll. Jetzt dürfen sie davon ausgehen, dass in der ersten Jahreshälfte nächsten Jahres eine Botschaft kommt, wo all diese Bereiche aufgelistet sind und wo aufgrund solider Basisdaten inhaltlich wirklich sinnvoll diskutiert werden kann. Das was hier geschieht, ist jetzt bereits zum wiederholten Male geschehen. Sie wissen nicht, wie die Sicherheitskontrollen laufen, sie wissen nicht, wie die Planung der Parkanlage Werk2 aussieht und trotzdem wird hier munter diskutiert und am Schluss sogar entschieden, ohne genauere Sachkenntnis der Grundlage. Das bedauere ich sehr, und ich bitte sie hier, das zurückzustellen und die Botschaft in Empfang zu nehmen und dann substantiell zu diskutieren.

Lukas Graf, Präsident FGK: Konto 1720.4345 Verkauf Containerplomben. Die FGK beantragt einstimmig, die Einnahmen für den Verkauf von Containerplomben um Fr. 7'000.-- zu erhöhen und damit dem Betrag in der Rechnung 2014 anzupassen. Auch diese Erhöhung reduziert die Abfallgrundgebühr um denselben Betrag.

Jacob Auer, SP-Gewerkschaften-Juso: Aus Zeitgründen laufe ich jetzt schon zum Pult, möchte aber darauf hinweisen, dass ich keine viertelstündliche Diskussion erwarte aufgrund meines Antrages.

Mit der Einführung der versenkbaren Sammelstellen haben sehr viele Vermieter die Container eingezogen. Das ist auch bei unserer Liegenschaft so. Wir allein haben 11 Container eingezogen und kaufen daher keine Plomben mehr, da der Mieter den Abfall direkt selber in den versenkbaren Abfalleimer legen muss. Daher ist es natürlich logisch, dass dieser Betrag nicht weiter erhöht werden kann, sondern bleiben soll, wie er ist, weil in Zukunft wahrscheinlich vermehrt vertiefte Abfalleimercontainer angeschafft werden.

Daher beantrage ich, diesen Antrag der FGK kommentarlos abzulehnen.

Stadtpräsident Andreas Balg: Ich weise gerne noch einmal darauf hin, dass die Grundgebühr, Containerplomben, die Grünabfuhr alles in einem Paket kommt. Ich bitte sie, das abzukürzen.

Jacob Auer, SP-Gewerkschaften-Juso: Aufgrund dieses Votums ziehe ich den Antrag zurück.

Lukas Graf, Präsident FGK: Ich denke, unter diesen Umständen können wir den Antrag zu den Containerplomben im Namen der FGK zurückziehen. Wenn du deinen Antrag zurückziehest, ist es offensichtlich so, dass die FGK etwas nicht bedacht hat bei den Containerplomben. Ich muss aber sagen, der Antrag zur Grünabfuhr ist durch. Der ist gemäss FGK durch, so wie es jetzt gelaufen ist. Diesen Antrag betreffend Containerplomben ziehen wir zurück und er ist nichtig.

1740 Friedhof und Bestattung

Monika Strauss, SVP: Zum Konto 1740.3010 Besoldung Friedhof und Bestattungen habe ich eine Frage an den zuständigen Stadtrat. Ich stellte im Voranschlag 2016 wiederum einen hohen Besoldungsantrag, wie schon in den Vorjahren fest. Fr. 328'300.-- für drei Personen, die je zu 100 Prozent angestellt sind und noch zusätzlich eine Person mit 30 Prozent-Anstellung. Früher wurde diese Arbeit von nur zwei Personen ausgeübt und damals hatte es noch ein Vielfaches mehr an Erdbestattungen gegeben als heute sind. Zusätzlich kommen noch Kosten für Dritte von Fr. 7'000.-- unter Konto 1740.3183 dazu. Diese 330 Prozent Anstellungspensum erachte ich als zu hoch. Demzufolge sollte eine Reduktion der Stellenprozente vorgenommen werden. Wie stellt sich der Stadtrat dazu und warum braucht es diese 330 Stellenprozente bei weniger Arbeit?

Stadtrat Konrad Brühwiler: Da gebe ich gerne Auskunft. In diesem Betrag sind nicht nur diese drei Vollzeitstellen, sowie der Springer, den wir noch zusätzlich haben, sondern das sind auch noch alle administrativen Stellen vom Büro, sprich Peter Wenk, seine Stellvertreterinnen, etc., die dann mit dem Bestattungswesen, mit der Aufnahme einer Todesanzeige etc. zu tun haben. Diese Löhne sind alle in dieser Kontogruppe.

Präsident Heinz Gygax:

1750 Gewässerverbauungen	keine Wortmeldung
1770 Naturschutz	keine Wortmeldung
1780 Öffentliche WC-Anlagen	keine Wortmeldung
1781 Fachstelle Umweltschutz	keine Wortmeldung
1782 Altlastensanierungen	keine Wortmeldung
1789 Übriger Umweltschutz	keine Wortmeldung
1790 Raumordnung	keine Wortmeldung

18 Volkswirtschaft

1803 Tierseuchenbekämpfung	keine Wortmeldung
1804 Gemeindestelle Landwirtschaft	keine Wortmeldung
1820 Jagd und Fischerei	keine Wortmeldung
1840 Industrie, Gewerbe, Handel	keine Wortmeldung

Lukas Graf, Präsident FGK: Ich komme zu diesem Konto mit vier Anträgen der FGK. Konto 1840.3180 Öffentlichkeitsarbeit Die FGK beantragt einstimmig, den Betrag wieder auf Fr. 10'000.-- zu kürzen. Auf Antrag der FGK hat das Parlament diese Kürzung bereits im Budget 2015 vorgenommen. Die Ausgaben sollen nun nicht wieder erhöht werden.

Stadtpräsident Andreas Balg: In diesem Betrag enthalten sind Weggeld für Zimmermannsleute, Informationsbroschüre, Bildmaterial, Unterstützungsbeiträge für Erzählnacht, Usestuehlete usw., das würde dann entsprechend gekürzt werden.

Lukas Graf, SP-Gewerkschaften-Juso: Konto 1840.3181 Standortmarketing. Auch hier dasselbe: Die FGK beantragt einstimmig, den Betrag wieder auf Fr. 25'000.-- zu kürzen. Denn auch hier haben wir das letztes Jahr schon erfolgreich gemacht.

Stadtpräsident Andreas Balg: Ich möchte eine Abstimmung hier. Es ist klar, der Stadtrat hält fest an seinen Angaben. Das sind Marketingmassnahmen: positive Inszenierung der Stadt, Inserate und Reportagen, Mitglieder- und Jahresbeiträge (ava, ihk, Expo-Bodensee), Apéro-Sponsoring von kantonalen und nationalen Meetings. Die Fr. 30'000.-- sind nicht zuviel, sondern eindeutig zuwenig. Bei einer Kürzung müssen wir auf die ohnehin spärlichen Marketingmassnahmen ganz verzichten. Das kann ich nicht mit gutem Gewissen empfehlen.

Präsident Heinz Gygax: Ich muss noch etwas Andreas Balg fragen. Es geht noch einmal um diesen Antrag der FGK Konto 1840.3180 Öffentlichkeitsarbeit, den Betrag auf Fr. 10'000.-- zu kürzen. Über den haben wir nicht abgestimmt, weil ich dachte, es gäbe keine Opposition.

Stadtpräsident Andreas Balg: Das ist nicht so. Es gibt für alle Anträge der FGK ein Festhalten der Anträge des Stadtrats.

Präsident Heinz Gygax: Dann müssen wir noch zuerst über diesen Antrag abstimmen.

://: **Der Antrag der FGK, Konto 1840.3180 Öffentlichkeitsarbeit von Fr. 15'000.-- auf Fr. 10'000.- zu kürzen, wird mit 25 zu 3 Stimmen angenommen.**

://: **Dem Antrag der FGK, das Konto 1840.3181 Standortmarketing wieder auf Fr. 25'000.-- zu kürzen, wird mit 23 zu 6 Stimmen zugestimmt.**

Lukas Graf, Präsident FGK: Konto 1840.3185 Einwohneranlässe auch hier wiederum dasselbe. Ein erfolgreicher Antrag im Budget 2015 soll nun laut dem Budget des Stadtrats wieder rückgängig gemacht werden. Die FGK beantragt einstimmig, den Betrag wieder auf Fr. 20'000.-- zu kürzen.

Stadtpräsident Andreas Balg: Bei den Anlässen handelt es sich um die Neujahrsbegrüssung, 1. Augustfeier, Jungbürgerfeier und Neuzuzügerbegrüssung. Je erfolgreicher wir sind, desto mehr Gäste dürfen wir zählen, desto mehr steigen die Kosten. Ausserdem haben wir für 2016 einen weiteren Anlass geplant. Am 14. Januar präsentieren wir das Legislaturprogramm 2015 – 2019 und die Jahresziele 2016 der Öffentlichkeit. Dies soll sich jährlich wiederholen. Wenn Sie bei der Kürzung bleiben, können wir noch maximal 3 Anlässe durchführen.

://: **Dem Antrag der FGK, das Konto 1840.3181 Einwohneranlässe auf Fr. 20'000.-- zu kürzen, wird mit 18 zu 9 Stimmen zugestimmt.**

Lukas Graf, Präsident FGK: Konto 1840.3186 Corporate Design. Die FGK beantragt einstimmig, diese Ausgaben zu streichen, da wir hier keinen dringenden Handlungsbedarf erkennen können.

Max Gimmel, FDP/XMV: Ganz schnell. Wir haben jetzt über das Konto: 1840 Industrie, Gewerbe und Handel gesprochen. Nur haben wir relativ wenig über Industrie, Gewerbe und Handel gehört, sondern viel mehr über Einwohneranlässe und andere Sachen. Ich möchte, das nicht zum ersten Mal, aber heute doch einmal ändern.

Das Konto vermittelt den Eindruck, dass für Industrie, Gewerbe und Handel Fr. 100'000.-- ausgegeben wird. Einwohneranlässe und Corporate Design Stadt Arbon haben meiner Ansicht nach aber wenig zu tun mit Industrie, Gewerbe und Handel.

Ich stelle den Antrag, dass das Konto 1840 im Namen geändert wird und zwar auf Stadtentwicklung. Es sieht so aus, als ob Fr. 100'000.-- für Industrie, Gewerbe und Handel ausgegeben werden, das ist es aber mitnichten. Ich begreife auch, dass man das Geld hat, dass man Fr. 100'000.-- für Industrie, Gewerbe und Handel ausgeben kann, aber dann sollte man wenigstens das Konto so benennen, dass es neutral ist und nicht suggeriert, man mache soviel für die Industrie.

Stadtpräsident Andreas Balg: Hier darf ich vielleicht noch eine Antwort geben. Wir führen HRM 2 ein und da heissen die Konti sowieso alle anders.

Präsident Heinz Gygax:

://: **Dem Antrag von Max Gimmel, FDP/XMV, das Konto 1840 Industrie, Gewerbe und Handel auf Stadtentwicklung umzubenennen, wird mit 19 Stimmen zugestimmt.**

1860 Durchleitungsrechte
19 Finanzen und Steuern

keine Bemerkung

Präsident Heinz Gygax:

1940 Zinsen und Emissionskosten

Lukas Graf, Präsident FGK: Das ist der letzte FGK Antrag in der laufenden Rechnung.

Konto 1940.4220 Aktien, Anteilscheine, Obligationen Die FGK beantragt mehrheitlich, diesen Ertrag um Fr. 100'000.-- zu erhöhen. Gemäss Aufgaben- und Leistungsüberprüfung könnte eine Optimierung des Geschäftsmodells der Arbon Energie ab 2015 zu jährlichen Mehreinnahmen von Fr. 100'000.-- bis Fr. 200'000.-- führen. Der Stadtrat hat bereits beim Budget 2015 auf eine entsprechende Frage der FGK geantwortet, dass es sein Ziel sei, den Beitrag der Arbon Energie zu erhöhen. Die FGK vertritt den Standpunkt, dass im Jahr 2016 eine deutliche Steigerung der Erträge aus dieser 100 prozentigen Beteiligung resultieren muss und die Stadträte, welche die Aktionärsrechte der Stadt vertreten, auf eine Erhöhung der Dividende hinwirken sollten.

Stadtpräsident Andras Balg: Dazu gibt es doch einige Bemerkungen. Die Dividende einer Aktiengesellschaft orientiert sich am wirtschaftlichen Resultat. Im Strommarkt herrscht ein zunehmender und intensiver Wettbewerb. Die goldenen Zeiten sind vorbei. Im Vordergrund steht auch deshalb für den Verwaltungsrat die gute und konkurrenzfähige Leistungserbringung und die Stärkung der Organisation. Je leistungsfähiger und besser die Organisation, desto erfolgreicher ist diese auch wirtschaftlich. Insgesamt erbringt die Arbon Energie rund eine Million an Leistungen für die Stadt. Nicht alle sind für die Stadt direkt und offensichtlich budgetwirksam. Aktuell muss die Arbon Energie zudem bedeutende Investitionen im WerkZwei erbringen. Der Jahresbericht wird die Möglichkeit bezüglich Dividende aufzeigen. Es wäre unseriös, bereits heute eine andere Zahl zu nennen als das was budgetiert ist, es könnte aber auch weniger sein.

Präsident Heinz Gygax: Wir stimmen über den Antrag der FGK und über den Antrag des Stadtrats ab.

://: Der Antrag der FGK, beim Konto 1940.4220 Aktien, Anteilschein, Obligationen den Ertrag um Fr. 100'000.-- zu erhöhen wird mit 18 zu 9 Stimmen angenommen.

1941 Restaurant Seeparksaal	keine Bemerkung
1943 Rebenstrasse 33 (Sonnenblumenhaus)	keine Bemerkung
1944 Schädlerliegenschaft	keine Bemerkung
1945 Div. Liegenschaften des Finanzvermögens	keine Bemerkung
1646 Rathausgasse 1-3	keine Bemerkung
1948 Feilenstrasse 1, Stachen	keine Bemerkung
1949 Schulstrasse 2, Frasnacht	keine Bemerkung
1950 Restaurant Strandbad	keine Bemerkung
1951 Rondelle	keine Bemerkung
1952 Hamel-Areal	keine Bemerkung
1971 Rückverteilungen	keine Bemerkung
1995 Ausserordentliche Aufwendungen und Erträge	keine Bemerkung

Präsident Heinz Gygax: Damit haben wir die Detailberatung der Laufenden Rechnung beendet. Den Finanzplan haben wir lediglich zur Kenntnis zu nehmen.

Damit kommen wir zur Beratung der Investitionsrechnung, die auf den rosa Seiten 1 bis 10 des Investitionsplans 2016-2018 ersichtlich ist:

Finanzplan keine Bemerkung

Finanzvermögen

Lukas Graf, Präsident FGK: Position 1 1023.35 Restaurant Strandbad. Die FGK beantragt einstimmig, diese Position um Fr. 100'000.-- zu kürzen und nur Planungskosten in der Höhe von Fr. 50'000.-- im Budget 2016 zu belassen. Diese Position ist im Finanzvermögen und nicht im Verwaltungsvermögen, weshalb die Kürzung beim Total der Änderungen der Investitionsrechnung nicht erscheint.

Stadtrat Peter Gubser: Beinahe alle diese Positionen im Investitionsplan berühren mein Ressort. Es gibt verschiedene Positionen, die durch die FGK eine Veränderung erhalten sollen. Insgesamt sind es fünf Positionen, die geändert werden sollen. Bei vier Positionen sind wir einverstanden. Einverstanden sind wir bei der Kürzung beim Restaurant Strandbad auf diese Fr. 50'000--, das geht in Ordnung. Dann sind wir auch einverstanden mit der Kürzung bei der Restaurierung des Kappelis auf ein Minimum von Fr. 250'00--. Zwei andere Änderungen sind bei der Waag- und Parkstrasse. Dort verschieben wir diese Sanierung der Park- und Waagstrasse auf das Planjahr 2017, weil wir stattdessen die Rebenstrasse sanieren müssen.

Bei der Rebenstrasse haben die Arbeiten begonnen im Untergrund von Gaswerk, Elektrizitätswerk und Wasser und Abwasser. Wenn wir dort in diesem Zug auch die Strasse sanieren können, kostet uns diese Strassensanierung Fr. 300'000--. Wenn wir ohne Mithilfe und Mitfinanzierung durch die Werke diese Arbeiten machen müssen, müssten wir Fr. 600'000-- bezahlen. Darum ist es meiner Ansicht und sicher auch ihrer Ansicht nach richtig, bei der Rebenstrasse diese Sanierung jetzt durchzuführen und damit Fr. 300'000-- weniger auszugeben. Dafür stellen wir die Waagstrasse zurück.

Der fünfte Punkt, der zu einem Antrag der FGK geführt hat, bei dem bin ich nicht einverstanden. Es geht dann da um Punkt 1029 8 506 beim Ersatz von Fahrzeugen und Geräten. Die Stadt Arbon hat einen Häcksler. Dieser Häcksler ist 25 Jahr alt. Der muss immer wieder mal geflickt werden. Die Effizienz ist nicht gut. Dieses Gerät soll ersetzt werden. Ein neuer grosser Häcksler, wie es für eine Gemeinde zweckmässig ist, kostet ungefähr Fr. 60'000.-. Nun wurde bei der Diskussion mit der FGK und den Ressortverantwortlichen der Vorschlag gemacht, man könne auch den Häcksler der Gemeinde Roggwil mitbenützen. Wir haben da Kontakt aufgenommen, wie das mit der Benützung allenfalls wäre, wo der stehen würde.

Dazu kann ich Ihnen folgende Rechnung aufzeigen:

Dieser Häcksler kostet circa Fr. 60'000.--. Wenn sie jetzt diesen Häcksler auf zehn Jahre abschreiben, das ist eigentlich noch ganz zackig, (der jetzige Häcksler hat 25 Jahre gehalten), schreiben wir den auf zehn Jahre ab, dann haben wir pro Jahr Fr. 6'000.--. Der Häcksler der kommt in Arbon ungefähr an 18 Tagen zum Einsatz bei diesem Häckslerdienst bei den einzelnen Liegenschaftenbesitzern. Meiner Ansicht nach ein sehr guter Dienst für die Liegenschaftenbesitzer, weil dann das Grüngut in den Gärten bleibt. Etwa an gleich vielen Tagen wird der Häcksler benutzt durch die Stadt selber, durch Baumschnitt usw. der öffentlichen Anlagen. Also während etwa 35 bis 40 Tagen wird dieser Häcksler benutzt. Das heisst, wenn sie Fr. 6'000.-- pro Jahr abschreiben müssen, kostet der Häcksler pro Tag circa Fr. 160.--. Jetzt müssen sie aber berechnen, wenn sie den Häcksler ausmieten wollen, bekommen sie den auch nicht gratis. Unter Gärtnerbetrieben gilt ein Häcksler zur Ausleihe glaube ich Fr. 500.--. Das wäre also weit weg. Ausserdem müsste der Häcksler jeweils in Roggwil geholt werden und nachher nach Roggwil zurückgebracht werden.

Wahrscheinlich gäbe es immer wieder Koordinationsprobleme, denn die Roggwiler wollen den Häcksler selber brauchen, gleichzeitig wie in Arbon benötigt. Einen Häcksler, der pro Tag Fr. 160.-- kostet, finde ich, müsste man sich eigentlich leisten. Ich bin dann auf die Idee gekommen, jetzt keinen neuen Häcksler zu kaufen, sondern den auszuleihen in der Nachbargemeinde Es wäre dann so, wie wenn ich meinen Staubsauger, der nicht mehr richtig funktioniert, auf die Seite stelle, und jedes Mal, wenn ich staubsauge, bei meiner Tochter im unteren Stock den Staubsauger hole. Es ist eine nicht gute Situation für die Arbeiter im Werkhof. Ausserdem meine ich eigentlich, sie haben betont, dass die Männer im Werkhof eine gute Arbeit leisten sollen und dass sie auch immer wieder gute Arbeit leisten. Aber um gute Arbeit zu leisten, brauche ich auch gutes Werkzeug. Zum guten Werkzeug einer Gemeinde gehört nun mal ein solcher grosser Häcksler. Ich bitte sie in diesem Sinne, den vier Anträgen der FGK, denen wir auch zustimmen können, denen zuzustimmen, und hier in diesem Bereich, bei den Ersatzfahrzeugen, dem Antrag des Stadtrates zuzustimmen.

Präsident Heinz Gygax: Zurück zum Antrag der FGK 1 1023 35 Restaurant Strandbad nehmen wir so zur Kenntnis.

1000 Allgemeine Verwaltung

Wir kommen zum Antrag 1029 5 506 Ersatz Fahrzeuge / Geräte

Lukas Graf, Präsident FGK: Konto 1029 8 506 Werkhof: Ersatz Fahrzeuge/Geräte. Ich stelle diesen Antrag trotzdem. Die FGK beantragt mehrheitlich, diese Position um Fr. 70'000 zu kürzen. Im Gespräch mit den Verantwortlichen hat sich gezeigt, dass ein neu angeschafftes Fahrzeug bereits über einen Salzstreuaufzett verfügt. Bei der Holzhackmaschine könnte nach Ansicht der FGK auch eine Kooperation mit einer umliegenden Gemeinde eingegangen werden.

Präsident Heinz Gygax: Somit stimmen wir über diesen Antrag ab.

://: Der Antrag der FKG, beim Konto 1029 5 506 Ersatz Fahrzeuge/Geräte den Betrag um Fr. 70'000.-- zu kürzen, wird einstimmig abgelehnt.

1091 Verwaltungsliqenschaft Kappeli

Lukas Graf, Präsident FGK: Konto 1091 1 Verwaltungsliegenschaft Kappeli. Aufgrund der Antwort des Stadtrats beantragt die FGK einstimmig, diese Position um Fr. 250'000.-- zu kürzen und damit den Anteil für den Ausbau zu verschieben.

Präsident Heinz Gygax:

1100 Öffentliche Sicherheit keine Bemerkung

1300 Kultur und Freizeit keine Bemerkung

1400 Gesundheit keine Bemerkung

1600 Verkehr

1621 Parkierungsanlagen

keine Bemerkung

Angela Di Santo, CVI

keine Bemerkung

Tempo 30 Zehen in den vorgesehenen. Ich bitte den

keine Bemerkung

keiner schlüssigen und
einen Antrag auf Redukti

einen Antrag auf Reduktion vor.

Stadtrat Peter Gubser: Die Herren Heller haben eine Eingabe lanciert zur Schaffung einer Tempo 30-Zone im Bergli. Die Vorarbeiten zu dieser Tempo 30-Zone sind vorangetrieben worden. Es fand eine Sammlung der Einwohnerinnen und Einwohner statt. Da wurde diese Tempo 30-Zone begrüsst. Dann wurden die entsprechenden Planungen vorangetrieben und die gehen jetzt an den Kanton. Wenn der Kanton das Einverständnis gibt zu diesen Massnahmen, zu diesen verschiedenen Einzeichnungen von Parkplätzen und Signalisationen, dann können wir den nördlichen Teil dieser Tempo 30-Zone ausführen. Der südliche Teil dieser Tempo 30-Zone, der soll in etwa zwei Jahren folgen.

Angela Di Santo, CVP/EVP: Ich habe noch eine kurze Frage dazu. Sind bauliche Massnahmen vorgesehen oder sind bereits nur signalisierte, sprich Parkplätze vorgesehen? Wir möchten einfach keine vergoldeten Strassen in Arbon.

Stadtrat Peter Gubser: Genau vor einem Jahr habe ich gegen vergoldete Strassen gewettet. Ich kann dir versichern, dass ich keine Strassen vergolden will. Mit Fr. 95'000.-- da kann man auch nicht sehr viel anstellen und es gibt nicht noch irgendwelche zusätzliche Schwellen, das kann ich dir auch zusichern. Das ist ja etwas, was die Bevölkerung nicht liebt.

Präsident Heinz Gygax:
1625 Gemeindestrasse (Unterhalt)

Lukas Graf, Präsident FGK: Konto 1625 13 501 Waagstrasse und Parkstrasse. Die FGK beantragt einstimmig, diese Position um Fr. 370'000 zu kürzen. Aufgrund neuer Informationen hat der Ressortverantwortliche der FGK diese Anpassung im Rahmen des Gesprächs vom 3. November empfohlen.

Arturo Testa, CVP/EVP: Ich fasse mich kurz anhand der späten Zeit. Zu Konto 1625 11 501 Seestrasse mit Einbezug von Konto 1625 13 501 Waagstrasse und Parkstrasse. Sanierung Seestrasse: Aus den Ausführungen des FGK-Berichts ist für mich der Sachverhalt nicht eindeutig nachvollziehbar. Für mich als Laien ist es nicht schlüssig, dass bei der Waagstrasse, die ein ähnliches Fehlerbild aufweist wie die Seestrasse, bei der einen die Sanierung gestrichen wird und die andere saniert wird. Als Anwohner der Waagstrasse sehe ich die Verschiebung die Sanierung jedoch als gegeben und diese in der jetzigen Situation nachzuvollziehen. Es geht also nicht darum, dass ich die Waagstrasse wieder will. Weiter ist in den nächsten Jahren mit erhöhter Bautätigkeit zu rechnen an der Seestrasse. Macht es hier nicht Sinn, die Sanierung der Seestrasse auf das Ende der Bautätigkeit zu verschieben, da ja mit erhöhtem Schwerlastverkehr gerechnet werden muss. Ich bitte den Stadtrat, eine kurze Stellungnahme über meine Fragen abzugeben und behalte mir das Recht vor, anhand der Antwort Anträge nachzuschieben.

Stadtrat Peter Gubser: Bei der Seestrasse handelt es sich nicht um die ganze Seestrasse, sondern nur um den hintersten Abschnitt, also von der Seemoosholzstrasse Richtung Städtli. Die wird nicht belastet durch irgendwelche Bauarbeiten. Die Bauarbeiten sind zwischen Seegarten und Seemoosholzstrasse. Ich hoffe eigentlich, dass wir den Kredit von Fr. 730'000.-- nicht ausschöpfen müssen.

Arturo Testa, CVP/EVP: *Wortmeldung ohne Mikrophon*

Stadtrat Peter Gubser: Die Planung für die Seestrasse ist schon weiter fortgeschritten und dort haben wir schon das Ingenieurbüro beauftragt, die Planung zu machen. Bei der Waagstrasse ist das noch nicht der Fall.

Lukas Graf, Präsident FGK: Konto 1625 46 501 Sanierung Rebenstrasse, es handelt sich um ein neues Konto. Die FGK beantragt einstimmig, hier einen Betrag von 230'000.- Franken ins Budget aufzunehmen. Der Ressortverantwortliche hat uns am 3. November informiert, dass bei der Sanierung der Rebenstrasse im nächsten Jahr Synergien mit den Fremdwerten genutzt werden können, die den Gesamtaufwand für die Stadt reduzieren. Ich bedanke mich für die Geduld!

Arturo Testa, CVP/EVP: Konto 1625 70 501 mit Einbezug des Kontos, da muss ich ein bisschen springen, 1711 16 501 Baukosten und Kanalisation Römerstrasse. Die Römerstrasse wurde ja bereits überarbeitet und nun kommen nochmals rund Fr. 220'000.-- dazu. Die Einbringung des Deckbelags kann ja noch nachvollzogen werden, auch wenn die Zahl hinterfragt werden muss. Jedoch nochmals Fr. 93'000.-- in die Kanalisation einer fertigen Strasse zu investieren, das entzieht sich unserem Verständnis. Ich bitte den Stadtrat, dies zu begründen und die Findung der Zahl offenzulegen. Auch hier behalte ich mir die Möglichkeit von Anträgen vor.

Stadtrat Peter Gubser: Ich bin noch nicht Strassenbauer, aber ich versuche es dir einmal so zu erklären: Wenn die Strasse gemacht wird, ist dort die Kanalisation nicht überall erneuert worden. Dann wird zuerst die Strasse gemacht und nachher wird bei der bestehenden Kanalisation wie ein Strumpf - ein Kunststoffstrumpf in die Röhre hineingeblasen, wird dann erwärmt und führt dann zur Dichtigkeit. Das kann man, wie man mir erklärt hat, erst machen, wenn auch die Strasse gebaut ist, weil die grossen Erschütterungen nicht mehr da sind.

Präsident Heinz Gygax:
1700 Umwelt und Raumordnung

1780 Öffentliche WC-Anlagen

Roland Schöni, SVP: ich spreche hier zu Position 1780 2 503 Öffentliche WC-Anlage Seeaufschüttung. Ich beantrage Streichung dieses Budgetpostens. Es geht da um eine WC-Anlage für Fr. 180'000.--, die man am See erstellen will. Wir denken, in Anbetracht der finanziellen Situation, ist es vorläufig nicht angebracht, Fr. 180'000.-- nur für eine WC-Anlage auszugeben, die, sagen wir mal, nur vier bis fünf Monate in Betrieb wäre. Vielmehr sehen wir eine provisorische Lösung, wie sie bis anhin schon bestand. Es ist klar, wenn man die Seeaufschüttung immer mehr belebt, ich sage jetzt nicht, was noch dazugekommen ist – sie wissen es, braucht es nachher mehr Infrastruktur, aber der Wunsch geht nicht immer auf. Daher beantrage ich Streichung dieses Budgetpostens mit Fr. 180'000.--. Wir können gerne später noch einmal darauf zurückkommen, wenn wir die Finanzen einigermassen im Lot haben.

Präsident Heinz Gygax: Roland Schöni kann ich noch den Antrag haben?

Stadtrat Peter Gubser: Um es vorweg zu nehmen. Wir benötigen diese Anlage nicht für den Skatepark. Wir hatten bisher eine provisorische WC-Anlage, da an der Hinterseite des Seeparksaals. Die ist aber in einem schlechten Zustand gewesen. Das war keine erfreuliche Sache, und ich habe oftmals Reklamationen, vor allem auch von Frauen erhalten über den schlechten Zustand dieser WC-Anlage. Wenn man jetzt eine neue WC-Anlage baut, dann baut man eine (nicht gerade bombensicherfest), die eigentlich nicht kaputt gemacht werden kann, die gut gereinigt werden kann. Eine solche Anlage, wie sie auch auf Autobahnen oder bei Bahnhöfen üblich ist. Ich meine eigentlich, es müsste in unserem Interesse sein, dass eine gute, intakte WC-Anlage da ist, wenn so viele Leute da bei der Aufschüttung sind. Die Aufschüttung wird nicht nur während fünf Monaten benutzt, Roland Schöni. Die wird wirklich während 12 Monaten benutzt und wird gerade auch zur Winterszeit bei Joggerinnen, Joggern, von Spaziergängern benutzt: Mir ist es eigentlich lieber, da Geld auszugeben für eine anständige WC-Anlage, als die Mitarbeiter des Werkhofs anzustellen, überall nachher den Dreck wegzusuchen. Ich bitte sie inständig, diesem Kredit zuzustimmen.

Präsident Heinz Gygax: Wir stimmen über den Antrag von Roland Schöni ab.

://: **Der Antrag von Roland Schöni, SVP, den Betrag von Fr. 180'000.-- beim Konto 1780 2 503, öffentliche WC-Anlage zu streichen, wird mit 21 zu 6 Stimmen abgelehnt.**

1790 Raumordnung

Arturo Testa, CVP/EVP: Konto 1790 7 501 Stadt Arbon, Ortseingangstafeln. Die CVP/EVP-Fraktion kann diesen Punkt nicht nachvollziehen. Bei der jetzigen Finanzlage Fr. 100'000.-- für eine elektronische Anzeige auszugeben, ist als unnötig zu betrachten. Dieses Geld kann besser eingesetzt oder gespart werden.

Wir stellen den Antrag, das Konto 1790 7 501 ersatzlos zu streichen.

Präsident Heinz Gygax:

://: **Dem Antrag von Arturo Testa, CVP/EVP das Konto 1790 7 501, Fr. 100'000.-- ersatzlos zu streichen, wird mit 20 zu 8 Stimmen zugestimmt.**

Grafiken und Finanzplan Seite 8 / 9 und 10:

keine Bemerkung

Präsident Heinz Gygax: Sind noch Rückkommensanträge? Wenn kein Rückkommensantrag vorliegt, schliesse ich diese Diskussion und machen noch eine wirklich kurze Pause, bis die überarbeiteten Zahlen vorliegen.

Präsident Heinz Gygax: Es liegen die Zahlen vor: Beim Stand der Laufenden Rechnung nach den Korrekturen wäre das verabschiedete Defizit nach Parlament Fr. 2'406'600.--.

Stand der Investitionsrechnung nach der Korrektur 8'889'000.-- Mio. Franken.

Mit der Kenntnis dieser Zahlen kommen wir zur Verabschiedung der stadträtlichen Anträge, welche von der FGK mehrheitlich unterstützt werden.

1. Der Steuerfuss für das Jahr 2016 sei bei 76 Prozent zu belassen.

://: **Der Antrag des Stadtrates, den Steuerfuss bei 76 Prozent zu belassen, wird mit 28 zu 1 Stimme angenommen.**

2. Genehmigung des Voranschlags 2016 der Laufenden Rechnung mit einem Aufwandüberschuss von neu Fr 2'406'600.--

://: **Der Antrag wird mit 22 zu 7 Stimmen genehmigt.**

3. Genehmigung der Investitionsrechnung 2016 mit Nettoinvestitionen von 8'889'000.-- Mio. Franken

://: **Dem Antrag wird mit 22 zu 7 Stimmen zugestimmt.**

Voranschläge mit Steuerfuss unterliegen gemäss Art. 7 der Gemeindeordnung obligatorisch einer Volksabstimmung und werden den Stimmbürgerinnen und Stimmbürgern am 28. Februar 2016 zur Genehmigung unterbreitet.

Damit ist der Voranschlag durchberaten. Ich danke Mischa Vonlanthen und Bernhard Egli für ihre grosse Unterstützung und der Finanz- und Geschäftsprüfungskommission für die geleistete grosse Arbeit.

5. Fragerunde

Cyrill Stadler, FDP/XMV: Ich stelle einen Ordnungsantrag, die Fragerunde und die Informationen aus dem Stadtrat auf die nächste Sitzung zu verschieben.

Andrea Vonlanthen, SVP: Ich möchte sie darauf aufmerksam machen, dass die Fragerunde obligatorisch zum Programm einer Parlamentssitzung gehört, gemäss unserem Reglement. Ich möchte ihnen aber beliebt machen, da wir doch eine etwas ausserordentliche Situation jetzt haben, dass der Stadtrat allfällige Fragen und Antworten uns vor Weihnachten zustellt, ebenso den Medien, damit wir hier die Zeit gewinnen, um die Nachtruhe doch noch ein bisschen geniessen zu können. Wäre damit der Stadtrat einverstanden, Fragen und Antworten uns und den Medien vor Weihnachten zuzustellen?

Stadtpräsident Andreas Balg: Das wäre auch mein Vorschlag gewesen.

Roman Buff, CVP/EVP: Ich habe jetzt schon einige Budgetsitzungen erlebt, aber noch nie eine, die über Mitternacht ging. Darum möchte ich eine Empfehlung abgeben, ob wir die nächste Budgetsitzung nicht am Nachmittag anberaumen sollen, am späten Nachmittag? Ich danke ihnen.

Präsident Heinz Gygax: Wir müssen nun aber noch über diesen Ordnungsantrag von Cyrill Stadler, FDP/XMV abstimmen.

://: **Der Ordnungsantrag von Cyrill Stadler wird grossmehrheitlich angenommen.**

Präsident Heinz Gygax: Somit ist die Frage geklärt. Geschätzte Anwesende, Besucherinnen und Besucher, Parlamentsmitglieder, Stadtratsmitglieder, Vertreter der Medien, es war eine sehr anspruchsvolle Sitzung. Ich danke ihnen allen deshalb für die aktive Mitarbeit und allen Anwesenden für ihr Interesse an unserer Ortspolitik und ihr langes Ausharren. Ich wünsche eine frohe Weihnachtszeit und zufriedene Stunden im Kreise der Angehörigen und Freunde und allen auch einen guten Start ins 2016.

Die Parlamentssitzung vom 26. Januar 2016 entfällt. Somit treffen wir uns zur 6. Parlamentsitzung am 23. Februar 2016 um 19.00 Uhr.

Schluss der Sitzung um 00.37 Uhr.

Arbon,

Für die Richtigkeit des Protokolls:

Die Parlamentspräsident:

Heinz Gygax

Die Parlamentssekretärin:

Evelyne Jung